Antifaschistisches Info Blatt

Nr. 121 | Winter 2018 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR

RECHTE SECURITY

RASSISTEN.HOOLIGANS.NEONAZIS

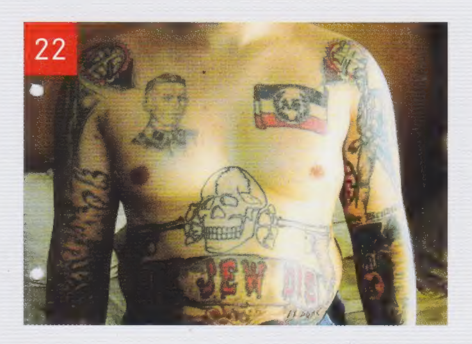




Foto: David Janzen

RECHTE SECURITY

Der Securitysektor boomt. Der Einsatz von Neonazis für Bewachungsaufträge, z.B. an Unterkünften für Geflüchtete, ist der enormen Nachfrage geschuldet und macht deutlich, wie sich entsprechende Netzwerke breit machen konnten.



GERMAN-BRITISH TERRORMACHINE

Um den Einfluss von „Combat 18" auf deutsche Neonazi-Zusammenhänge zu erfassen, werfen wir einen Blick auf das Konzertgeschehen, sowie auf Musikproduktionen, die durch das deutsche und internationale „Blood & Honour"-Netzwerk vertrieben wurden.



ANTIFA.FUSSBALL.KROATIEN

In Kroatien versuchen Antifaschist_innen mit einem Fußballverein sowohl auf den Rängen als auch in der Region gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck vorzugehen.



KRIMINALISIERUNG DER SEENOTRETTUNG

Das Rettungsschiff Iuventa wurde vor 15 Monaten von den italienischen Behörden beschlagnahmt, nachdem die Crews der Iuventa über 14.000 Menschen aus Seenot gerettet hatten.

TITEL

NS-SZENE

BRAUNZONE

ANTIFA

RASSISMUS

GESCHICHTE

GESELLSCHAFT

REPRESSION

INTERNATIONAL

RUBRIKEN

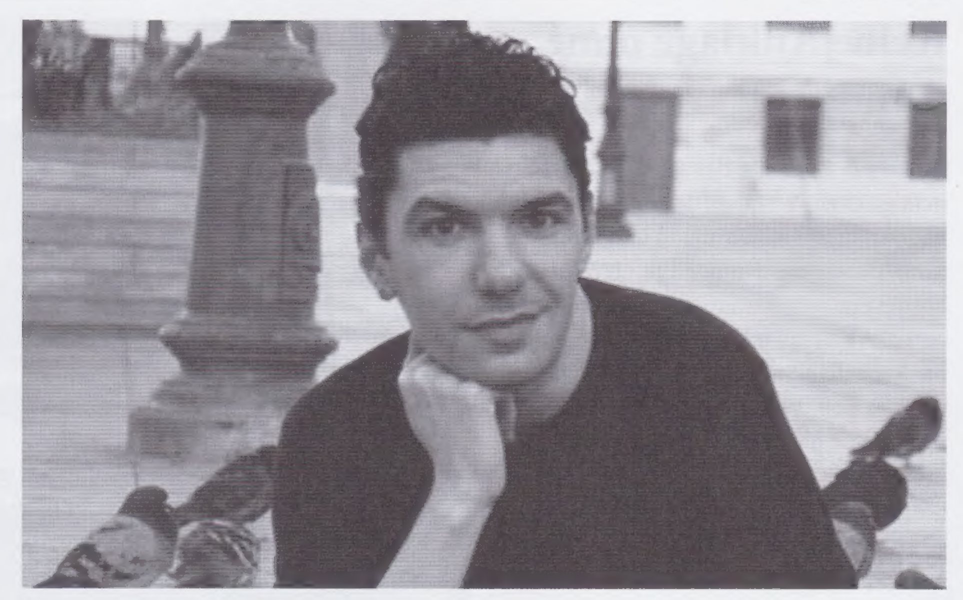
Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen

Es ist Mitte Dezember, und die Redaktion sitzt an den letzten Texten und dem Layout für die Ausgabe, die ihr nun in den Händen haltet. Im Schwerpunkt widmen wir uns dieses Mal den Verbindungen extrem rechter Akteure in das Sicherheitsgewerbe. Der Blick auf einige Beispiele aus Bayern und Sachsen zeigt, dass nicht zuletzt die Privatisierung des Geschäfts mit der Sicherheit eine Strafverfolgung von rassistisch motivierten Übergriffen durch Security-Mitarbeiter erheblich erschwert. Der Schwerpunkt ist ein erster Aufschlag, wir werden an dem Thema dran bleiben.

Etliche alarmierende Ereignisse der letzten Wochen haben es leider nicht mehr ins Heft geschafft.

So wurde zuletzt gleich über mehrere extrem rechte Netzwerke innerhalb von Behörden berichtet. Die taz schrieb im November in ihrem umfangreichen Rechercheartikel „Hannibals Schattenarmee" über rechte Zellen in der Bundeswehr. Nachdem trotz der offensichtlichen Brisanz eine Resonanz zunächst weitestgehend ausblieb, befassen sich inzwischen der Verteidigungsausschuss, der Innenausschuss sowie das Parlamentarische Kontrollgremium im Bundestag mit dem Thema. Auch die Polizei machte Schlagzeilen: Bereits im August erhielt eine Frankfurter Rechtsanwältin und Nebenklägerin im NSU-Prozess ein Drohschreiben, unterzeichnet vom „NSU 2.0". Die Spur führte in ein Frankfurter Polizeipräsidium, wo die Daten der Anwältin ohne erkennbaren Grund abgefragt worden waren. Inzwischen ermittelt der Staatsschutz gegen fünf Polizeibeamte, die im Verdacht stehen, ein extrem rechtes Netzwerk gebildet zu haben und für die Verschickung des Schreibens verantwortlich zu sein. Fast schon Erstaunen gab es innerhalb der Redaktion über die Durchsuchungen in Sachen „Blood & Honour" in fünf Bundesländern. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, das im Jahr 2000 verbotene Netzwerk wiederbelebt zu haben. Antifaschistische Rechercheteams, auch wir, haben in den vergangenen Jahren immer wieder ausführlich über die Umtriebe von B&H etwa im Kontext von RechtsRock-Konzerten berichtet. Vor wenigen Tagen fiel das Urteil im Prozess gegen vier Beteiligte der „Weissen Wölfe Terrorcrew" in Bamberg. Der Vorwurf der „kriminellen Vereinigung" wurde dabei fallen gelassen. Der Prozessbeobachter Robert Andreasch berichtete auf twitter von einem „Ermittlungs- und Verfahrensdesaster". Im Prozess sei deutlich geworden, so Andreasch, dass der Verfassungsschutz in den Komplex involviert war. Einer der Angeklagten hatte seit 2015 im Gefängnis regelmäßig Besuch eines VS-Mitarbeiters erhalten.

In Frankreich protestieren seit Ende Oktober regelmäßig mehr als hunderttausend Menschen im Rahmen der sogenannten „Gelbwesten"-Bewegung. Was zunächst als Protest gegen die Erhöhung der Benzinsteuer an Verkehrsknotenpunkten in vielen ländlichen Regionen startete, hat sich nach kurzer Zeit auch auf die Städte und weitere Themen wie Steuergerechtigkeit ausgeweitet. Viele Beteiligte der Proteste sind Berichten zufolge parteipolitisch eher ungebunden, dennoch versucht auch die extreme Rechte Einfluss auf die Mobilisierungen, die sich auch gegen „das Establishment" richten, zu gewinnen. In seiner umfassenden Einschätzung für das Portal labournet resümiert unser Frankreich-Korrespondent Bernard Schmid: „Die extreme Rechte hat die Proteste als solche nicht initiiert. Doch sie betreibt Politik mit und in ihnen." Auch die rassistische Protestbewegung in Deutschland versuchte schnell, von der Entwicklung in Frankreich zu profitieren und rief zum Tragen gelber Warnwesten auf. Eine neue Dynamik gelang ihr damit allerdings nicht.



Zak Kostopoulos wurde im September in Athen zu Tode geprügelt

In Athen wurde im September der LGBTIQ-Aktivist Zak Kostopoulos von einer Gruppe Männer zu Tode geprügelt. Inzwischen wird auch gegen beteiligte Polizisten ermittelt, die ebenfalls auf den am Boden Liegenden eintraten und ihm Handschellen anlegten, anstatt ihm zu helfen. Im selben Monat erschoss ein 51-jähriger Weißer in Kentucky/ USA an einem Supermarkt die beiden Schwarzen Maurice Stallard und Vickie Jones. Die Morde werden als „hate crime" verfolgt. Ebenfalls in den USA eröffnete am 27. Oktober ein 46-Jähriger aus Pittsburgh in einer Synagoge während eines Gottesdienstes das Feuer. Elf Menschen wurden getötet und sechs weitere verletzt. Die Opfer heißen Joyce Fienberg, Richard Gottfried, Rose Mallinger, Jerry Rabinowitz, Cecil Rosenthal, David Rosenthal, Bernice Simon, Sylvan Simon, Daniel Stein, Melvin Wax und Irving Younger. Ein Genosse aus den USA schrieb uns dazu: „Bei uns ist jüngst eine alte Gewissheit zusammengebrochen: dass Juden in den USA sicher sind." •

Keine Anklage ohne Admin?

Im Juli 2018 hat das Berliner Amtsgericht etlichen Personen, die über Jahre einer neonazistischen Bedrohung und Diffamierung durch die Homepage „NW-Berlin" ausgesetzt waren mitgeteilt, dass deswegen die Anklage gegen den NPD-Funktionär Sebastian Schmidtke nicht zugelassen werden soll. Wie bereits die Indizierung der hierfür genutzten Webseite, war auch die Anklage gegen den mutmaßlich beteiligten Schmidtke[1] auf den beharrlichen Druck von antifaschistischen Initiativen zurückzuführen. Zuletzt hatten wir im AIB Nr. 111 berichtet[2], dass es zu einer Übermittlung von Daten des Hostbetreibers Dennis Giemsch („Die Rechte") von Seiten des Webhosters (USA) an die Ermittlungsbehörden gekommen war und Szeneaussteiger sich als Zeugen äußerten. Anfang des Jahres 2015 war schließlich Anklage erhoben worden, dann passierte über drei Jahre nichts und wesentliche Delikte waren bereits verjährt. Dass nicht alle Delikte bis zur Verjährung verschleppt wurden, war das Ergebnis beharrlicher Nachfragen. Mehrere mutmaßlich an dem Internetprojekt „NW-Berlin" (sowie der später hinzugekommenen Ausweichdomain „chronik-berlin") beteiligte Personen standen im Fokus der Ermittler, neben Berliner Neonazis auch ein in Dänemark wohnender Schwede: Als die Inhalte umgelagert werden mussten, hatte Christian Kjellsson die Anmeldung übernommen. Dennoch kamen Jürgen R., Thomas M., Andreas T. (als Postfachinhaber), Corinna H. (die das Webhosting bezahlt haben soll) und der Berliner NPD-Kandidat Marcel Rockel (der die Zahlungen veranlasst haben soll) ohne ein Gerichtsverfahren davon. Dabei wurde Rockel von Corinna H. belastet. Was antifaschistische Medien und Anwält_innen gebetsmühlenartig wiederholten war kein Geheimwissen: Das Label „NW-Berlin" kann einem klar umgrenzten Kreis von Neonazis zugeordnet werden. Im Ausschuss für Verfassungsschutz war recht konkret von „ein bis vier Personen" die Rede[3].

Im Jahr 2010 war „szenekundigen" Polizeibeamten aufgefallen, dass die Berliner



Neonazis Björn Wild (JN-Berlin), Christian B. und Thomas M. auf einem Trauermarsch Fotos für die Internetpräsenz anfertigten. Christian B. filmte sich gar selbst beim Anbringen von NW-Berlin-Propaganda. Im April 2011 hatten Berliner Neonazis noch zusammen mit den später von den Ermittlungen Betroffenen Sebastian Thom (NPD-Berlin) und Christian B. öffentlich NW-Berlin-Flugblätter verteilt. Später wurde ein „Verräter" aus der Szene selbst auf der Webseite bedroht und nannte der Polizei den Kreis der Beteiligten. Den Ermittlern wurde es hier also nicht unbedingt schwer gemacht. Von 2009 bis 2013 lief eine zentrale telefonische Kontaktnummer des „NW-Berlin" auf Schmidtke, dessen Neonazi-Demonstrationen wurden über die Mail „demoleitung@nw-berlin.net" organisiert. Auf seinem ungenügend verschlüsselten Datenträger fand sich Material, das der Webseite hätte zugeordnet werden können. Der für die Propaganda-Erstellung genutzte Farblaserdrucker konnte einer Druckerei zugeordnet werden. Viele Indizien also.

Deutlich wird zudem, dass der Angeklagte Schmidtke zwar das Aushängeschild von „NW-Berlin" war, aber keineswegs die alleinige treibende Kraft. Exemplarisch lässt sich dies am Beispiel des zu diesem Zeitpunkt von den Neonazis um „NW-Berlin" angemieteten Ladenlokals in der Lichtenberger Lückstraße illustrieren. Am 26. November 2012 fürchtete das Aktionsnetzwerk „NW-Berlin" wegen einer linken Demonstration um ihr „Jugendzentrum". Schmidtke musste daher auch eine Versammlung anmelden und dies mit Björn Wild besprechen. Die Ermittler fassten zusammen: Wild meint, dass es mit der Lückstrasse alles bei dem Abgesprochenen bleibt. Schmidtke soll eine kleine Lautsprecheranlage rumbringen. Schmidtke will außerdem ein Transparent („vom nationalen Widerstand zum nationalen Angriff") mitbringen. Selbst die NPD-Pressemeldung kam offenbar nicht ohne Björn Wild aus. Am gleichen Abend schrieb er den Neuköllner Neonazis Julian B. und Sebastian Thom, sie müssten bei einem Artikel dazu noch etwas ändern. In seiner ablehnenden Haltung bezüglich einer Anklage hat sich das Gericht auf die Frage fokussiert, ob Schmidtke „persönlich und eigenhändig" die strafbaren Artikel und Fotos hochgeladen habe (ob er alleine die Entertaste drückte). Die neonazistische Struktur, die das Label für Bedrohungen und etliche gewalttätige Angriffe nutzte, wurde hingegen nicht in den Blick genommen. Für die Betroffenen rechter Gewalt sind die Administratorenrechte wohl zweitrangig, solange die Zuarbeiter und Ausführer frei agieren können. •

1. Kleine Anfrage vom 14. November 2013, „Straftaten mit Bezug zu NW Berlin", Abgeordnetenhaus von Berlin, Drucksache 17/12795. **2** www.antifainfoblatt.de/artikel/das-verfahren-gegen-die-neonaziseite-„nw-berlin" **3** Bernd Palenda im Abgeordnetenhaus von Berlin, Inhaltsprotokoll VerfSch 17/31, 19. November 2014.

Neonazi-Anschläge unter Aufsicht?

Berliner Ermittlungsbehörden betrachten Sebastian Thom (NPD) und Tilo Paulenz (AfD) als dringend tatverdächtig, Brandstiftungen an Autos von politischen Gegnern in Berlin-Neukölln begangen zu haben. Die extrem rechten Nachbarn Thom und Paulenz sollen am Morgen des 1. Februar 2018 unter anderem das Auto eines Politikers der Partei DIE LINKE angezündet haben. Der Carport stand neben einem zur Tatzeit bewohnten Einfamilienhaus. Der Gasanschluss der Familie befand sich unmittelbar neben der Brandstelle. Kurz zuvor brannte in unmittelbarer Umgebung das Auto eines Buchhändlers, welcher bereits mehrmals Attacken der lokalen Neonaziszene ausgesetzt war. Die lebensbedrohliche Tat hätte möglicherweise in mehrerer Hinsicht verhindert werden können. Schon früh haben Antifaschist_innen konkrete Verdächtige aus der lokalen Neonaziszene präsentieren können. Zuletzt hatten wir im AIB Nr. 119 über Paulenz und Thom berichtet. Offenbar hatten sich auch Sicherheitsbehörden jenseits der Berliner Polizei zu einer Überwachung der Tatverdächtigen entschlossen. Die zeitliche Abfolge der Maßnahmen wirft Fragen auf. Ein „Behördenzeugnis" schilderte den Ermittlern unmittelbar vor der Tat, dass die beiden Neonazis im Januar 2018 das spätere Opfer und dessen Auto ausforschten[1]. Offenbar trafen sich die Tatverdächtigen nach der Verfolgung des Geschädigten in der Nähe des späteren Tatorts. Dass die Neonazis sich um die Enttarnung der Wohnanschrift des verhassten Linken-Politikers bemühten war den Sicherheitsbehörden schon Anfang 2017 zur Kenntnis gekommen. Thom dürfte nicht entgangen sein, dass er im Fokus der Behörden steht. Der Eindruck „unantastbar" zu sein wird unterstützt durch den Unwillen der zuständigen Gerichte, zielführende Erkenntnisse der Ermittlungsbehörden auch gegen ihn umzusetzen. Eine bei ihm aufgefundene handschriftliche „Feindesliste" und die festgestellten Ausforschungsaktivitäten führten bis jetzt nicht dazu, dass spätere Angriffe verhindert oder begangene Taten angeklagt wurden. Dem AfD-Funktionär Paulenz hat der Tatvorwurf



Foto: Paul Hanewacker

Tilo Paulenz bei einer Demonstration gegen den UN-Migrationspakt im November 2018 in Berlin.

politisch nicht geschadet. Er trat in Chemnitz beim AfD-Aufmarsch und Mitte November bei einem Anti-Migrationspaktmarsch als AfD-Partei-Aktivist auf und ist trotz der Tatvorwürfe vor ein paar Monaten in den Bezirksvorstand der AfD Berlin-Neukölln gewählt worden. •

1 Bernd Palenda, der damalige Leiter des Verfassungsschutz Berlin verwies das LKA Berlin am 1. Februar 2018 auf ein Behördenzeugnis vom 30. Januar 2018 - also zwei Tage vor der Tat.

KS-Tor goes AfD?

Im Dezember 2018 berichtete „Die Welt" über den AfD-Landtagsabgeordneten Ralph Weber aus Greifswald. Der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern hat in seinem Wolgaster Bürgerbüro einen (ehemaligen) Neonazi aus der Berliner Kameradschafts-Szene angestellt. Laut dem Bericht habe sein Mitarbeiter „glaubhaft und nachhaltig" versichert, „dass er nie in der benannten oder einer anderen Kameradschaft oder deren Umfeld aktiv tätig geworden sei". Für Berliner Antifaschist_innen stellt sich dies jedoch anders dar. Marcus G. galt hier als eine der Personen, die den Kreisen um die „Kameradschaft Tor Berlin" (KTB) zugeordnet werden konnte. Bei einem „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" 2004 in Wunsiedel lief er gemeinsam mit KTB-AktivistInnen hinter dem KTB-Transparent. Im Juli 2005 war er gemeinsam mit AktivistInnen der (ehemaligen) KTB in einer bewaffneten Neonazi-Gruppe unterwegs, die eine linke Demonstration in Berlin stören wollte. Laut der Beobachtungen eines Polizeizeugen soll es Marcus G. gewesen sein, der die Gruppe vermummt angeführt habe. In diesem Zusammenhang wurde bei ihm Vermummungsmaterial und ein Mundschutz beschlagnahmt. Marcus G. wohnte zeitweilig gemeinsam mit zwei früheren Aktivistinnen der KTB „Mädelgruppe" in einer Wohngemeinschaft in Berlin-Lichtenberg, bevor er in eine Neonazi-WG nach Greifswald zog. Auch die Sicherheitsbehörden sahen offensichtlich seine engen Kontakte zur (ehemaligen) KTB-Struktur. Im Sommer 2005 ermittelte das Berliner LKA gegen zwölf Berliner Neonazis, die im Verdacht standen, die Aktivitäten der Anfang März 2005 verbotenen „Kameradschaft Tor" fortsetzen zu wollen. Unter den Tatverdächtigen befand sich damals auch Marcus G. Als die Polizei deswegen Anfang 2006 in Greifswald Durchsuchungen bei ihm durchführte, fand sie neben NS-Literatur, Adresslisten linker Personen und einem Hakenkreuz-Teller auch Propagandamaterial, die „Satzung" und ein Polo-Shirt der „KS Tor". Noch im Januar 2015 nahm Marcus G. zusammen mit dem Neonazi-Kader David Petereit am neonazistischen „Tollensemarsch" in Neubrandenburg teil. Petereit hatte das Neonazi-Heft „Der Weisse Wolf" herausgegeben, in dem 2002 dem NSU für eine Spende gedankt worden war. (Vgl. AIB Nr. 95) Der MV-Landtag hat einen eigenen NSU-Untersuchungsausschuss eingerichtet, in dem auch die NSU-Spende Thema sein dürfte. Für die AfD sitzt ausgerechnet Ralph Weber im Ausschuss, der Arbeitgeber von Marcus G. •

1 „Verbotene Kameradschaft - Wie ein AfD-Politiker rechte Seilschaften knüpft", welt.de vom 03.12.2018.
2 „Umstrittene Personalie. AfD-Neonazi marschierte Seit an Seit mit NPD-Größe", Nordkurier vom 06.12.2018.

TITEL

„Sicherheit" als Diskurs- und Aktionsfeld von RassistInnen und Neonazis

Das Selbstbewusstsein extrem rechter Akteure ist in den letzten Jahren massiv gewachsen. Dies zeigt sich in entsprechenden Mobilisierungszahlen rassistischer Agitationen sowie den Fallzahlen der Opferberatungsstellen. Auch die Qualität ändert sich: Gefährliche Körperverletzungen und Brandstiftungen haben wieder Konjunktur. Grundlage dessen ist nicht zuletzt der rechte Bedrohungsdiskurs. Extrem rechte Akteure hegen eine dauerhafte „Defend"-Attitüde (Defend Cottbus, Defend Europe, usw.) und agitieren gegen eine vermeintliche Umvolkung. Parolen, Einstellungen und Weltbilder propagieren Abwehr, Kampf und Widerstand. Dass dies den autoritären Charakteren und völkischen Fans der Abschottung notwendig erscheint, hängt nur bedingt mit dem zusammen, was in der Öffentlichkeit als „Flüchtlingskrise" benannt wird. Neonazis leben nicht erst seit dem Jahr 2015 in permanenter Angst, Abwehr und Unsicherheit. Die stete Bedrohung durch den imaginierten Volkstod, die Denunziation durch vermeintlich kontrollierte Medien, die allgegenwärtige Repression eines „linksgrünversifften Staates", der die Antifa subventioniert und im Gegenzug alles Erdenkliche in die Waagschale gegen nationale Aktivisten - wie sie sich selber gerne nennen - wirft, gehören seit eh und je zum extrem rechten Repertoire. Dennoch haben entsprechende Narrative derzeit Hochkonjunktur und finden durch eine inzwischen hochprofessionelle rechte Medienlandschaft und sogenannte Fake News eine weite Verbreitung. In vielen Bildern und Begriffen verbirgt sich eine anti-moderne Sehnsucht nach Einheitlichkeit und Eindeutigkeit, die in den verschiedenen Bereichen, in denen RassistInnen und Neonazis Phantasmen der nationalen Sicherheit leben, ihre Entsprechungen finden.

Neonazis und RassistInnen in der Security-Branche

Der Sicherheits- bzw. Security-Bereich ist einer der wahrnehmbaren Dreh- und Angelpunkte einer sogenannten Mischszene aus organisierter Kriminalität, Rocker- und Kampfsportstrukturen. Anders als bei Kampfsportevents oder Tattoomessen, bei denen sich Neonazis und ihr Umfeld punktuell und eventbezogen treffen, gestaltet sich der Security-Bereich als alltäglicher Begegnungs-, Austausch- und Wirkungsort. Hier überschneiden sich private und gewerbliche Sphären. Das Knüpfen von Kontakten und Vernetzung sind so einfacher möglich.

Neonazis können im Sicherheitsgewerbe vielfältig Einfluss nehmen, dabei Geld verdienen, Fähigkeiten erlernen und sich in sicherheitstechnischer Hinsicht professionalisieren. Als Wachpersonal in Unterkünften für Geflüchtete, als Fahrkartenkontrolleure oder an Clubtüren können sie rassistisch agieren und die von Rassismus Betroffenen drangsalieren und schikanieren. Das Sicherheitsgewerbe ist jedoch auch an sich ein interessantes Betätigungsfeld für Neonazis, Macht und Gewalt können in Übereinstimmung mit ihrer Ideologie, aber nicht notwendiger Weise abhängig davon ausgeübt werden. Die Professionalisierung ermöglicht zudem eine Organisierung von gewalttätigen Strukturen. Mit einer auch im medialen Diskurs stattfindenden Ethnisierung von Kriminalität können Neonazis aus einer, vermeintlich professionellen, „Security-Perspektive" die Debatte entsprechend mitprägen.

Auch die Sicherheitsbranche ist von der zunehmenden Privatisierung aller gesellschaftlichen Bereiche nicht ausgenommen. Der Rückzug staatlicher Autorität zugunsten privater Anbieter wird zudem durch den Stellenabbau bei der Polizei, insbesondere in den neuen Bundesländern bzw. in dünn besiedelten Gebieten begünstigt. Dass eine linke Kritik hieran nicht der Ruf nach einem starken Staat sein kann, liegt genauso auf der Hand wie offensichtlich ist, dass private Sicherheitsunternehmen oder auch Bürgerwehren genau in diese Kerbe schlagen. Nach Informationen des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft stieg die Zahl der Zusammenschlüsse in Form von Bürgerwehren seit 2015 und insbesondere im Januar 2016 sprunghaft an. Anlass hierfür war die Debatte um die sexualisierten Übergriffe in der Silvesternacht 2015 in Köln (siehe AIB Nr. 110).

Rassistische Annahmen und Bilder in der Security-Ausbildung

Die Relevanz rassistischer Bilder in der Sicherheitsbranche lässt sich auch durch einen Blick in die Literatur zur Sachkundeprüfung im Bewachungsgewerbe verdeutlichen. Hier sind weit verbreitete rassistische und kulturalisierende Zuschreibungen

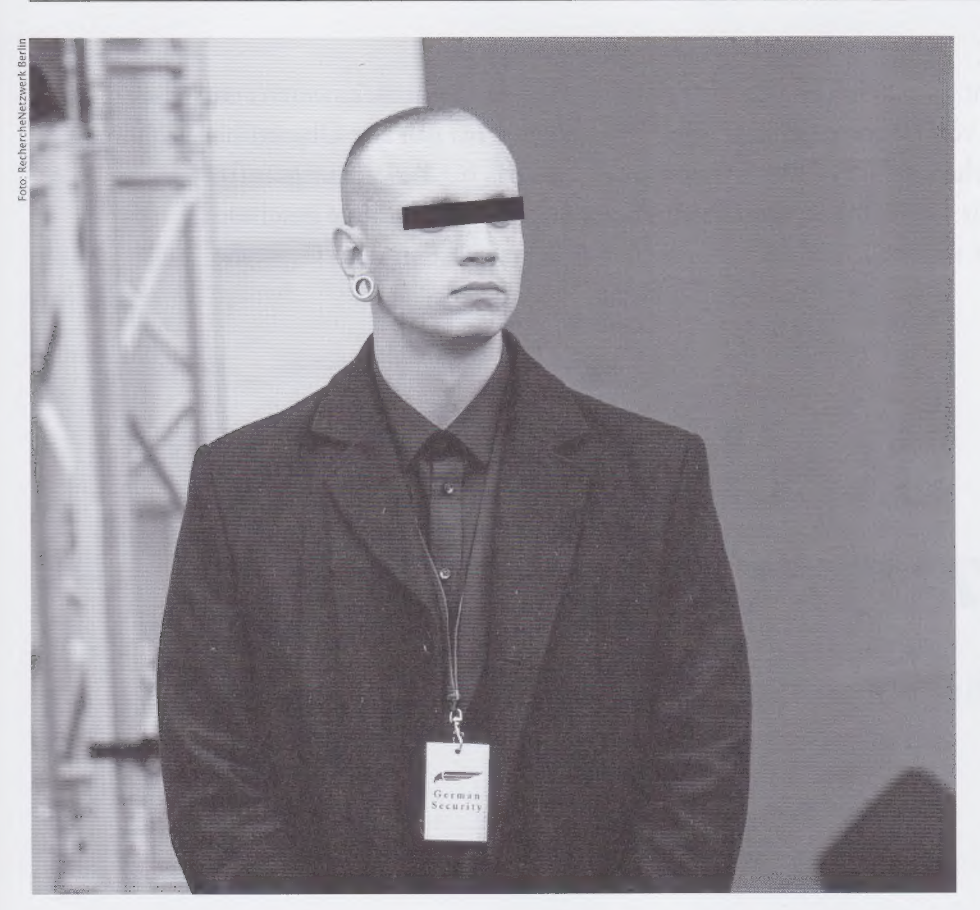


Foto: RechercheNetzwerk Berlin

Gabor G., hier als Security auf einer Wahlkampfveranstaltung der AfD im September 2017 in Potsdam tätig, tritt auch als Aktivist der organisierten Potsdamer Neonazi-Szene in Erscheinung.

gegenüber „Ausländern" zu finden.

Der Umgang mit Menschen nimmt nicht nur formal eine zentrale Rolle in der Ausbildung ein. Ein IHK-Ausbilder (und Youtuber mit zum Teil mehreren hunderttausend Klicks) bezeichnet es als „das gewichtigste Thema im Rahmen der IHK-Sachkundeprüfung". In diesem Kontext attestiert er „vielen Völkern des Südens und des Ostens [eine] starke Autoritätsgläubigkeit". Solche Zuschreibungen zeichnen und verfestigen das rassistische Bild des „archaischen fremden Mannes" und seines imaginierten Herkunftsmilieus in „primitiven Bedingungen", wie es weiter heißt. Dort herrsche ein „absolutes Patriarchat", in dem „unsere Auffassung der Gleichberechtigung der Geschlechter (...) fremd" sei.

Ganz andere rassistische Zuschreibungen lassen sich in einem beliebten und vielfach verkauften Buch zur Thematik finden. Unter dem Punkt „Umgang mit Menschen" bezüglich der „Spezifika ausgewählter sozialer Gruppen" heißt es dort, dass „Ausländer (...) oft über ein großes Maß an Freiheitsliebe" verfügen und ihnen „die Übernahme unseres Verständnisses von Disziplin (...) nicht leicht" fallen würde.

Das Buch ist von Autoren und Ausbildern der Industrie-und Handelskammer verfasst. Diese nimmt die Sachkundeprüfungen zur Bewachungserlaubnis ab, bekannt als „§34a-Schein". Wenn dieses Menschenbild Teil der Ausbildung für Securitykräfte ist, verwundert es wenig, wenn wir regelmäßig von Gewalt und Machtmissbrauch in Unterkünften für Geflüchtete oder öffentlichen Verkehrsmitteln lesen. Denn die Selbstwahrnehmung als fortschrittlich und zivilisiert gehört ebenso zur rassistischen Weltsicht wie einfache Projektionen gegenüber „den Anderen".

Bedarf nach Sicherheit

Im Kontext deutschland- und europaweiter rassistischer Mobilisierungen befassen sich viele Debatten der letzten Jahre regelmäßig implizit oder explizit mit dem Thema Sicherheit - gerade jene, die sich um die Schlagwörter Migration, Asyl, Integration oder einer ethnisierten und ethnisierenden Lesart von Kriminalität bewegen. Das Thema Sicherheit ist allgegenwärtig, denn alle wollen in Sicherheit leben - was auch immer das genau bedeuten soll. So passt es ins Bild, dass u.a. Kampfsportvereine wie „K4 Alliance" in Brandenburg Sicherheitsausbildungen und -kurse anbieten, und gleichzeitig in einem Werbevideo über ihr beworbenes Verteidigungssystem „Slow Motion" angeben, damit „ihre Familien schützen zu können". Weiterhin wird durch die breite Verfügbarkeit von Pfefferspray in Drogerien oder die regelmäßige Berichterstattung über Geflüchtete und Migration im Kontext von Kriminalität deutlich: Die Facetten dieser Denkart werden medienvermittelt immer wieder mit den Begriffen der „Ängste und Sorgen" assoziiert und haben, aus guten Gründen aber mit den falschen Konsequenzen, in den letzten Jahren eine mediale und politische Aufmerksamkeit bekommen, die ihresgleichen sucht. So können sich RassistInnen und Neonazis, über einen vermeintlich empathischen und die entsprechenden Ängste und Sorgen ernst nehmenden Umgang öffentlich als MacherInnen und BeschützerInnen wahlweise der Nation, des Volkes oder der Frauen präsentieren. Sie vertrauen nicht auf den Staat, sondern nehmen das Recht - Stichwort Bürgerwehr oder Widerstand - in die eigenen Hände. Schauen wir uns die Folgen dieses Wirkens an, stellen wir fest, dass sich Neonazis und ihre SympathisantInnen in der jüngeren Vergangenheit selten so erfolgreich in der Um- und Durchsetzung ihrer gewalttätig artikulierten Vorstellung von Sicherheit erlebt haben, wie in den letzten Monaten und Jahren der rassistischen Mobilisierungen in Freital, Heidenau, Köthen, Chemnitz und anderswo. •

TITEL

Der Bewachungssektor boomt. Vor allem durch die Privatisierung des Sicherheitswesens entstehen immer mehr Unternehmen, die von Personenschutz, über Einlassdienst bis hin zur Objektüberwachung das Bedürfnis nach Sicherheit erfüllen. Der Einsatz von Neonazis für Bewachungsaufträge, etwa an Unterkünften für Geflüchtete, ist zum einen der enormen Nachfrage geschuldet, zum anderen macht er deutlich, wie sich entsprechende Netzwerke in dem Gewerbe breit machen konnten.

Recht(s) zuverlässig

Sicherheitsfirmen als Auffangbecken für organisierte Neonazis?

„Moin Leute aus dem Raum Chemnitz, Aue, Stollberg usw. ein Kamerad sucht noch ordentliche, zuverlässige und fleißige Mitarbeiter in Vollzeit für Bewachungsaufgaben (...)". Es folgt der Name David Hasenkrug[1] sowie eine Handynummer, bei der sich Interessierte an dem Jobangebot melden können. Verbreitet wurde die Annonce im Frühjahr 2017 in den sozialen Netzwerken u.a. über das Profil eines bekannten Thüringer Neonazis. Beigefügt war ein Screenshot eines Stellenangebots der Distelkam Dienstleistungsgruppe GmbH.

Mit dem Wort „Kamerad" suggeriert der Verfasser dieses Postings durchaus, welche Art von Team den potentiellen Bewerber erwartet. Die Verbreitung dieses Stellenangebots über einschlägige, extrem rechte Freundeslisten bedeutet auch, sich einem rechten Klientel gegebenenfalls bedienen zu wollen. Verbindungen zu Personen aus dem (extrem) rechten Spektrum sollten für gewinn-orientierte Unternehmen wie die Distelkam Dienstleistungsgruppe GmbH eigentlich geschäftsschädigend sein. Denn spätestens ab 2015, als bundesweit Notunterkünfte für Geflüchtete eröffnet wurden, entstand im Bewachungssektor ein lukrativer Zweig, der zwar nicht neu ist, aber dessen Nachfrage sich enorm gesteigert hat. Nicht nur durch die Vielzahl an Unterkünften, sondern auch durch die Ausdünnung der Polizei in der Provinz wurde eine Privatisierung des Sicherheitsgewerbes vorangetrieben. Aufgrund der erhöhten Nachfrage wuchs die Wahrscheinlichkeit, dass auch kleine Unternehmen davon profitieren. Zahlreiche Beispiele belegen, dass mittelständige Firmen im Bewachungssektor Angebote stellen, die sie selbst durch ihren eigenen MitarbeiterInnen-Stamm gar nicht bewältigen können. Oft entstehen dadurch Firmengeflechte aus SubunternehmerInnen, die niemand so recht nachvollziehen kann. Durch diese Gemengelage ist es im Falle von rassistischen Übergriffen durch Wachpersonal oft schwer, den oder die Täter zu benennen. Zumal sich die Firma, die solche Aufträge von offiziellen Stellen bewilligt bekommt, im Nachgang solcher Vorfälle reinwaschen kann, da sie ja nicht die Zuverlässigkeit der Subunternehmen prüfen konnte. Auch bei etablierten, marktführenden Sicherheitsfirmen ist dieses Geschiebe von Verantwortung zu beobachten, nur mit dem Unterschied, dass die Auftragsvergabe an Subunternehmen noch viel undurchsichtiger ist als bei kleinen Firmen.

Ideologischer Widerspruch oder Ermöglichung von Übergriffen?

RassistInnen oder gar organisierte Neonazis als MitarbeiterInnen von Sicherheitsfirmen sollen nun die Unversehrtheit von Geflüchteten garantieren? Das klingt paradox. Dutzende in der lokalen wie auch überregionalen Presse behandelte Beispiele beweisen jedoch, dass der Einsatz von Personen aus der (extrem) rechten Szene in Unterkünften für Geflüchtete keine Seltenheit ist rassistisch motivierte Vorfälle seitens der Wachschützer ebenso wenig.

Zwei Mitarbeiter der Distelkam Dienstleistungsgruppe GmbH hatten in der Silvesternacht 2017/2018 den Einlass einer Unterkunft in Cottbus-Sachsendorf bewacht, als es im Eingangsbereich der Unterkunft zu einem Übergriff durch sechs bis zehn Neonazis auf drei Afghanen kam. Die Betroffenen berichten, dass sie bereits auf dem Weg zu ihrer Unterkunft von der Gruppe Neonazis beschimpft, bedrängt und angegriffen wurden. An der Wohnan-



l.v.r.: David Hasenkrug als Teil einer aggressiven Gruppe aus Neonazis und Hooligans, die antifaschistische Demonstrant_innen in Chemnitz 2004 provozierte, einschüchterte und teilweise gewaltsam angriff.

lage angekommen flüchteten die drei in den Eingangsbereich. Die Angreifer folgten ihnen in die Unterkunft. Mitarbeiter des eingesetzten Sicherheitsdienstes hätten diesen bewusst den Einlass gewährt und damit den Angriff ermöglicht. Die Wachschützer sollen außerdem bis zu 20 Minuten gewartet haben, bis sie sich in die Schlägerei einmischten und hätten dann den Tätern empfohlen das Gebäude zu verlassen, da die Polizei auf dem Weg sei. Den eintreffenden Polizisten sollen sie zudem eine falsche Fluchtrichtung der Täter genannt haben, so die Afghanen. Haben sich die Wachschützer, deren Auftrag es war, die Unterkunft und deren BewohnerInnen zu schützen, damit zu Mittätern gemacht? Haben sie eventuell aufgrund von Sympathien zur rechten Szene den Angriff wohlwollend in Kauf genommen?

Gerade in Cottbus ist solch ein Vorfall unbedingt in den gesellschaftlichen, dort vorherrschenden rassistischen Diskurs zu setzen. Keine andere Stadt stand in den letzten Jahren in einem vergleichbaren Ruf wie die kreisfreie Stadt im Süden Brandenburgs. Neben dem enormen Einfluss einer gewachsenen, äußerst gewaltbereiten Mischszene aus Rockern, Hooligans und Neonazis konnten sich dort rechte Akteure wie „Zukunft Heimat e.V" etablieren und vorhandene Ressentiments gegenüber Geflüchteten bekräftigen. In regelmäßigen Abständen kommt es zu Übergriffen auf Menschen aus Syrien, Afghanistan und anderen Kriegsgebieten.

Politik und Polizei haben Mühe, das aggressive Klima in der Stadt zu bändigen. Schon in der Hochzeit der sogenannten Flüchtlingskrise, im Oktober 2015, gelangte Cottbus in die Schlagzeilen, als ein bedrohlicher Mob von bis zu 400 „besorgten Bürgern" und Neonazis ein Willkommensfest für Geflüchtete im Plattenbauviertel Sachsendorf versuchte zu verhindern. Es gelang der Polizei gerade so, ein gewalttätiges Aufeinandertreffen vor der Unterkunft zu verhindern.

In den folgenden Jahren war regelmäßig von Auseinandersetzungen zwischen Cottbussern und Geflüchteten zu lesen. „Aggressive Flüchtlinge, gewaltbereite Nazis" betitelt der „Spiegel" einen seiner Beiträge im Januar 2018 und suggeriert damit, dass die Gewalt ebenfalls von Geflüchteten ausgeht. Im Hinblick auf das tägliche Bedrohungspotential in Cottbus erscheinen Abwehrmechanismen und eine Verrohung der Zustände auch in den Geflüchteten-Communities als nachvollziehbar. Übergriffe wie der in der Silvesternacht 2017/2018 in Sachsendorf vergiften die Stimmung noch weiter. Das Wachpersonal, das den Angriff beeinflusst haben soll, kann sich dabei einer grundsätzlichen Sympathie gewiss sein. Vor allem dann, wenn Geflüchteten im gesellschaftlichen Diskurs eine Grundschuld zugewiesen wird, d.h. wenn davon ausgegangen wird, dass dem Angriff eventuell Provokationen vorausgegangen sein können. Dass das Innenministerium im Januar 2018 u.a. wegen anhaltender Auseinandersetzungen zwischen Einheimischen und minderjährigen Geflüchteten beschloss, die Unterbringung von Geflüchteten in Cottbus auszusetzen, spricht für die unkontrollierbaren Zustände in der Stadt und ist ein Armutszeugnis.

Keiner Schuld bewusst

Die Distelkam Dienstleistungsgruppe GmbH streitet die Mittäterschaft ihres Personals an dem Angriff in der Silvesternacht ab. Der Angriff soll sich außerdem nicht wie von den Afghanen geschildert zugetragen haben. Die Wachschützer hätten demnach nicht gewusst, wem sie da die Tür öffneten. Auch die Polizei in Cottbus ermittelte nicht gegen das Wachpersonal. Man habe darüber hinaus nicht feststellen können, dass die beiden Wachschützer in der rechten Szene in Cottbus eine Rolle spielen. Gegenüber den Potsdamer Neuesten Nachrichten sagte Kai Distelkam wenige Tage nach dem Übergriff in Cottbus beschwichtigend: „Sollten wir bei Mitarbeitern feststellen, dass diese eine radikale Einstellung haben, trennen wir uns von diesen." Wie Distelkam eine „radikale Einstellung" definiert, bleibt dabei wohl sein Geheimnis.

Auf seinem mittlerweile gelöschten Profil auf Facebook gefielen ihm schließlich selbst Seiten wie „Sachsen stellt sich quer: Asylmissbrauch stoppen", „AfD Fraktion Sachsen" oder das Profil des extrem rechten Liedermachers Frank Rennicke. David Hasenkrug, der 2017 in der Annonce als Kontakt zu der Sicherheitsfirma genannt wurde, war bis zur Löschung von Distelkams Profil in 2017 nachvollziehbar ein Vertrauter des Geschäftsführers. Schon im Mai 2015 bestritten Hasenkrug und Distelkam zusammen den sogenannten Fichtelbergmarsch. Die Startgebühr der Gruppe um Hasenkrug und Distelkam übernahm dabei die Distelkam Dienstleistungsgruppe GmbH. Die Firma trat ebenfalls bis 2018 als Sponsor dieser nicht-



Screenshot Facebook

Unten links: David Hasenkrug als Teammitglied der rechten Kampfsportgruppe „Barbaria Schmölln" auf einem Turnier des „Kampf der Nibelungen" im November 2018 in Ostritz.

rechten Wandertour im sächsischen Erzgebirge auf.

Hasenkrugs Aktivitäten in der extrem rechten Szene führen nachweisbar bis ins Jahr 2004 zurück, wo er Teil einer über hundert Personen starken, aggressiven Gruppe von Neonazis und Hooligans war, aus der es zu Einschüchterungen und Übergriffen auf eine antifaschistische Demonstration in Chemnitz kam. In den letzten Jahren war der aus Sachsen-Anhalt stammende Neonazi darüber hinaus Teilnehmer mehrerer RechtsRock-Konzerte in Sachsen und Thüringen. Hasenkrug unterhält außerdem Kontakte zu Dennis K., einem exponierten Mitglied der elitären Neonazi-Bruderschaft „Hammerskins". K. arbeitete gewerblich in der Sicherheitsbranche in Braunschweig und half bei der Absicherung von Neonazi-Events in Themar und Ostritz.

Hasenkrug war zudem Teil der extrem rechten Mobilisierungen im Spätsommer 2018 in Chemnitz und nahm 2018 an Neonazi-Kampfsportturnieren des „Kampf der Nibelungen" in Ostritz teil. Dort war er nicht nur Zuschauer, sondern Coach und Begleiter dort antretender Teams: Im Oktober trainierte er das Chemnitzer „Tiwaz"-Team um Robert Andes und Tim K. und im November unterstützte er das Team „Barbaria Schmölln" um Martin Langner aus Thüringen. Hasenkrug ist zudem regelmäßiger Teilnehmer der jährlich im Februar stattfindenden, NS-verherrlichenden Leistungsmärsche in Budapest (Ungarn). Der 60km-Marsch soll den deutschen und ungarischen Soldaten gedenken, die im Winter 1944/1945 von den sowjetischen Alliierten in Budapest belagert worden und schließlich den Befehl bekamen auszubrechen. 2017 nahmen an dem Leistungsmarsch bis zu 150 deutsche Neonazis teil aus ganz Deutschland teil.

Ein Foto, das u.a. Hasenkrug offensichtlich im Rahmen dieses Leistungsmarsches 2016 zeigt, kommentierte Kai Distelkam mit den Worten: „Bringt mir ne Salami mit! (...)". Distelkam wusste also genau, wo sich die „Kameraden" - wie Hasenkrug in einem anderen Kommentar auf das Bild betitelt wird - aufhielten, schließlich ist Ungarn u.a. für seine Salami bekannt. Dass es sich bei dem Ausflug Hasenkrugs um einen Leistungsmarsch handelte, verdeutlicht Distelkam mit dem Kommentar „ (...) dafür bin ich zu alt." Ein Foto, dass Distelkam im April 2017 teilte, zeigt Hasenkrug zudem auf einer nicht-rechten Wanderung, bekleidet mit einem T-Shirt des besagten ungarischen „Ausbruch60"-Marsches.

Verwundern dürfte daher, dass die Distelkam Dienstleistungsgruppe GmbH seitens der Behörden als „zuverlässig" eingestuft wurde. „Das Vertragsverhältnis mit dem Wachschutz gibt es seit 2017, alle rechtlichen Gegebenheiten wurden beachtet", so der Cottbuser Oberbürgermeister Holger Kelch in einem Ausschuss Ende Januar 2018. Im Antwortschreiben des sächsischen Staatsministerium des Innern auf eine Kleine Anfrage eines Abgeordneten des sächsischen Landtags heißt es im Februar 2018, dass die Sicherheitsfirma im Juni 2016 auf ihre Zuverlässigkeit geprüft wurde. Dabei „wurden keine Tatsachen bekannt, die eine Versagung der Erlaubnis gerechtfertigt hätten". Anders ausgedrückt: Bei der Überprüfung von Kai Distelkam hätten die zuständigen Kontrollorgane keine extrem rechte Gesinnung feststellen können, obwohl er mit Klarnamen bei Facebook öffentlich einsehbar Seiten rechter, flüchtlingsfeindlicher Gruppen „geliked" hatte und u.a. mit Neonazis wie David Hasenkrug bekannt war.

Eine Anerkennung der Zuverlässigkeit von Sicherheitsunternehmen durch die Behörden dürfte also nicht aufgrund politischer Unbedenklichkeit erfolgen. Vielmehr beeinflussen die dem Landeskriminalamt vorliegenden strafrechtlich relevanten Einträge eine solche Zuverlässigkeit.

Ähnlich verhält es sich bei der Vergabe eines kleinen Waffenscheins. Denn durch die hohe Zahl der Anträge zum Erhalt eines solchen Scheins dürften einer tiefer gehenden Beurteilung jedes einzelnen Antragstellers zeitlich Grenzen gesetzt sein. Zum anderen berufen sich die Waffenbehörden auch auf die ihnen vorliegenden strafrechtlichen Erkenntnisse. Sollten keine vorliegen, werden kleine Waffenscheine gegen eine Gebühr erteilt, ähnlich wie bei der Vergabe einer Bewachungserlaubnis. „Behördlich geprüft" ist damit kein Gütesiegel, denn jeder und jede könnte sich sowohl einen „Kleinen Waffenschein" besorgen, als auch eine Prüfung zur Sicherheitskraft bei der Industrie-und Handelskammer (IHK) ablegen. Gegen die nötige Gebühr und eine positive Zuverlässigkeitsprüfung, jedoch ohne eine gewissenhafte Prüfung der Eignung für etwaige Bewachungsaufträge etwa an und in Unterkünften für Geflüchtete.

Dieser Vorgehensweise entsprechend erteilten die sächsischen Behörden also auch Distelkams Firma eine Bewachungserlaubnis nach §34 Gewerbeordnung, auf dessen Basis diese 2017 auch den Einlasskontrolldienst im sächsischen Staatsministerium der Justiz in Chemnitz und Zwickau ausführen durfte.



Foto C. Ritter

Daniel S. und Denis Zadow (rechts) in Kleidung von „Combat 18" auf einem Aufmarsch am 1. Mai 2014 in Dortmund.

Von „Combat 18" zum Personenschutz
Mehr als fraglich ist auch die Vergabe der Bewachungserlaubnis an den ehemals bundesweit aktiven Neonazi Denis Zadow. Der aus der Nähe von Bremen stammende Zadow begann sich bereits 2005/2006 im Umfeld der Bremer NPD zu organisieren und wurde um 2008 Sänger der überregional bekannten RechtsRock-Band „Strafmass". Diese verortete sich selbst im Netzwerk der international agierenden, rechtsterroristischen Gruppe „Combat 18" (C18) und bestritt Auftritte im 2000 in Deutschland verbotenen Netzwerk von „Blood & Honour" (B&H) in Polen und in den Niederlanden. „Wir stellen uns dem Gegner und setzen uns zur Wehr. Für euch gibt es keine Gnade, wir kämpfen Hand in Hand. Merkt euch unseren Namen. Combat 18 Deutschland", heißt es in einem Song von „Strafmass". Bis 2014 war die Band aktiv und teilte sich bei einem ihrer letzten Auftritte in Gera die Bühne mit „Heiliges Reich" und dem Neonazi-Liedermacher Frank Rennicke.

Zadow selbst unterstützte nicht nur mit seiner Musik das Netzwerk um B&H und C18. Bis Oktober 2014 hatten er und seine damalige Frau Agnes Z. monatlich einen festen Betrag auf das Konto von Stanley R. überweisen, der als Sektionsleiter der deutschen C18-Gruppe gilt. Zadow machte aus seiner Anbindung an die Gruppe keinen Hehl und trug u.a. auf Aufmärschen Kleidung von „Combat 18 Deutschland". 2015 gründete Zadow die Deutschrock-Band „Schuldig" und will sich laut eigenen Angaben von der extrem rechten Szene gelöst haben. Bei „Schuldig" wirkte nicht nur ein weiteres ehemaliges Bandmitglied von „Strafmass" mit, sondern auch Falk Pirnke – ehemals Schlagzeuger der bedeutenden C18-Band „Oidoxie" aus Dortmund.

„Jedem, der ein wenig Griebs [sic!] im Kopf hat, sollte aufgefallen sein, dass ich nicht mehr in der rechten Szene aktiv bin," verlautbarte Zadow, nachdem Antifaschist_innen auf die Verstrickungen der Bandmitglieder von „Schuldig" aufmerksam gemacht hatten. Zwar scheint es so, dass Zadow tatsächlich seine Aktivitäten in der extrem rechten Szene einstellte, nicht aber Mitstreiter wie das „Schuldig"-Mitglied Falk Pirnke. Dieser spielt bei der „Böhse Onkelz"-Coverband „28 – Gehasst, verdammt, vergöttert", der mehrere Musiker aus aktiven RechtsRock-Bands wie „Oidoxie" und „Faust" angehören.

Im Oktober 2017 erhielt der ins Berliner Umland verzogene Denis Zadow ein Zertifikat der IHK-Projektgesellschaft mbH, in Kooperation mit der Sicherheitsakademie Berlin, zur „Personenschutzfachkraft". Der damit verbundene Lehrgang beinhaltete u.a. Schießübungen und Waffensachkunde, sowie „waffenlose Selbstverteidigung" und „mittelbarer und unmittelbarer Personenschutz". Schießübungen hatte auch C18 in Deutschland mehrfach absolviert. Stanley R., an den Zadow mutmaßlich seinen Gruppenbeitrag überwies, wurde im März 2018 zu einer Geldstrafe verurteilt, da er im September 2017 unerlaubt Munition nach Deutschland eingeführt hatte. Zuvor besuchte er und weitere C18-Mitglieder einen Schießstand in Tschechien.

Im Internet findet man Zadow heute als Mitarbeiter des Sicherheitsunternehmens „P.A.S – Personenschutz, Aufklärung, Sicherheit". Die Webpräsenz erscheint jedoch mehr als dubios, denn selbst ein Impressum bzw. Angaben zur Geschäftsführung fehlen.

Dass Zadow mit „P.A.S." hochrangige Politiker wie Horst Seehofer absicherte sowie für den Personenschutz von Prominenten aus der Unterhaltungsindustrie zuständig war, wirkt da wie ein schlechter Witz. Mehrere Bilder zeigten ihn auf dem mittlerweile gelöschten Profil der „P.A.S." in den sozialen Netzwerken im Rahmen brisanter Aufträge. Offenbar wurde die Firma bei einem Auftrag sogar vom Bundeskriminalamt autorisiert, wie ein Bild suggerieren soll.

Nur drei bis vier Jahre liegen zwischen Zadows Aktivitäten in Gruppen wie C18 und den Aufträgen im Personenschutz von Politikern wie Horst Seehofer oder Prominenten wie Eric Roberts und Oliver Pocher.

Dass Zadow im Sicherheitsgewerbe als „zuverlässig" gilt, bestätigt die bereits oben beschriebene Annahme: Ausschlaggebend sind nicht die teilweise zurückliegenden politischen Aktivitäten, die bei den Landesämtern und beim Bundesamt für Verfassungsschutz über zehn Jahre gespeichert werden können, sondern strafrechtlich relevante Einträge etwa bei den Landeskriminalämtern. Zadows Ausstieg verlief klammheimlich und wirkte unsauber. Interne Streitigkeiten bei C18 könnten ihn dabei bekräftigt haben. Spätestens seit den umfassenden Veröffentlichungen der „EXIF-Recherche" zu C18 im Juli 2018 dürfte sich Zadow in der Branche unangenehme Fragen gefallen lassen müssen. Informationen zu seinen Aktivitäten waren jedoch schon seit Jahren öffentlich. •

1 Bekannt wurde Hasenkrug u.a. durch einen Fernsehbeitrag des Polit-Magazins „Monitor" im Oktober 2018.



1
2
3
4

TITEL

Glaubt man der Selbstdarstellung vieler Sicherheitsfirmen, so haben diese nichts mit Neonazis am Hut. Durch überregionale Kontakte und einen Korps-Geist innerhalb der Firmen fällt es schwer, deren Geschäftsstrukturen zu durchblicken. Anhand des Leipziger Sicherheitsunternehmens „Black Rainbow Security – P.E.A.S. GmbH" möchten wir dennoch den Versuch wagen, ein Netzwerk zu skizzieren, in dem auch rechte Hooligans und Personen aus der organisierten Neonazi-Szene maßgeblich mitwirken.

Verschobene Selbstwahrnehmung

Frühjahr 2008 in der Leipziger Innenstadt. Die Ereignisse, die als „Diskokrieg" betitelt wurden, entfachten eine öffentliche Debatte. Sicherheitsfirmen wie der „Black Rainbow Security" (BRS) wurde vorgeworfen, ihre Vorherrschaft im Geschäft gewaltsam verteidigt und teils rassistisch motiviert Gäste aus den Clubs geworfen zu haben.

In der Nacht des 8. März 2008 hatten u.a. Türsteher der BRS in der Diskothek „Schauhaus", laut Beobachter_innen äußert brutal, eine Gruppe von Migrant_innen aus der Lokalität geworfen. In der Gruppe befand sich auch Artur T., der in der Zeit versuchte im Leipziger Drogenmilieu Fuß zu fassen. Kurz nach dem Rausschmiss folgte ein Angriff durch diesen Personenkreis auf die Türsteher. Diese waren auf solch eine Situation vorbereitet und hatten sich laut Insidern Unterstützung von Türstehern aus Magdeburg und Zwickau geholt. Eine wüste Schlägerei mit bis zu 150 Menschen entstand, in der Marko Zschörner, damals Chef der „L.E. Security", schwer verletzt wurde. Im Nachgang zog ein Teil der Angreifer aus Artur T.'s Gruppe weiter durch die Innenstadt, wobei es zu Schüssen vor der Disko „Mia's" kam und ein Gast tödlich verletzt wurde. Wenige Tage später brannte eine Sporthalle, in der auch MitarbeiterInnen der „L.E. Security" trainierten. Zschörner, der in der Kampfsportszene als „The Bulldog" bekannt ist, hat lange Zeit selbst Kampfsport-Events in Ostdeutschland ausgerichtet.

Kampfsport und Hooliganismus – zwei eng an die beiden genannten Leipziger Sicherheitsfirmen assoziierte Elemente. Martin Krause, der auf zahlreichen Präsentationen von BRS im Internet als Mitarbeiter zu sehen ist, trägt sogar den Kämpfernamen „The Bouncer" (dt.: „Der Türsteher"), wenn er etwa auf Events wie „Ostdeutschland kämpft" in den Ring tritt. Er hat die gekreuzten Hämmer, das Symbol der elitären Neonazi-Bruderschaft „Hammerskins" auf dem Bauch tätowiert und gehörte der Kameradschafts-Szene in Westsachsen an. Vor fast drei Jahren war er einer der 215 Neonazis, die in Leipzig-Connewitz von der Polizei festgesetzt wurden, nachdem es zu einen koordiniertem Angriff auf Geschäfte des als links geltenden Viertels gekommen war. Krause, wie auch etwa Brian Engelmann, stand mehrfach für das „Bushido Muay Thai & Free Fight Team" im Ring, welches auch von Marko Zschörner angeleitet wird. Engelmann wurde auch im Januer 2016 in Connewitz von der Polizei festgesetzt und arbeitete mindestens bis Mai 2018 bei BRS.

Zschörner bietet auch Krav Maga-Kurse an. Mit den Worten „Selbstverteidigungskurse für ihre Mitarbeiter" und der Web-Adresse von „L.E. Security" endet eines der Promovideos solcher Kurse. Auch wenn Zschörner heute keine geschäftlichen Verbindungen zum Sicherheitsgewerbe inne hat, so impliziert diese Bewerbung doch eine gewisse Nähe. Ein Geschäftsmann und erfolgreicher Kampfsportler mit jahrelanger Erfahrung im Sicherheitsgewerbe, der Neonazis, Hooligans und Türsteher trainiert und privat selbst Sympathien für rechtspopulistische Gruppierungen hegt. Eine Person, die man als eine Art Netzwerker bezeichnen kann.

„Netzwerken" ist auch das, was die BRS in ihrem 25-jährigen Bestehen gelernt hat. „Vereinigte Türsteher Ostdeutschland" (VTO) ist das Label, welches u.a. von BRS entwickelt wurde. Die Tragweite des informellen Zusammenschlusses wird in den sozialen Netzwerken ersichtlich, etwa anhand von Bildern der jährlichen Weihnachtsfeiern der BRS. Ein Potpourri des (rechten) Hooligan- und Neonazispektrums, sowie Personen des öffentlichen Lebens. So findet man Martin Krause und den rechten Hooligan und MMA-Kämpfer Benjamin Brinsa in trauter Eintracht etwa mit Steffen Kubald. Der ehemalige Präsident des 1. FC Lokomotive war in der Presse mehrfach für sein angebliches Engage-

Ein Potpourri rechter, sächsischer Akteure auf dem Aufmarsch der „Hooligans gegen Salafisten" im Oktober 2014 in Köln.

1. Martin Krause – Türsteher, Kampfsportler und „Hammerskin"
2. Siegfried Däbritz – stellv. Vorsitzender des PEGIDA-Forderverein e.V.
3. Hendrik Lasch, Betreiber eines rechten Szeneladens in Chemnitz und ehemals Bekannter des (späteren) NSU
4. Lars Franke, heute Ansprechpartner für Veranstaltung/Organisation der AfD in Chemnitz

ment gegen die extreme Rechte gelobt wurden. Oder Frank Schütze, der zur Oberbürgermeisterwahl 2018 in Altenburg kandidierte und sich im rechten Verein „Deutscher Zivilschutz“ engagiert. Eine eigene Jahresabschlussfeier 2014/2015 kommentierte Schütze mit den Worten: „mit den Freunden von der Tür.... und alle feiern den Erfolg von PEGIDA in Dresden (...)“. Dass man sich bei den befreundeten Türstehern in Leipzig wohl fühlt, verwundert also nicht.

Auch die Chemnitzer Sicherheitsfirma „S3 Security“ wird dem Netzwerk zugerechnet. Deren Aushängeschild Hardy Wittig arbeitete als Subunternehmer für die BRS. Er und weitere Mitarbeiter wie Tim K. nahmen ebenfalls an den alljährlichen Feiern in Leipzig teil. Tim K. wird der Hooligangruppe „Kaotic Chemnitz“ zugerechnet und gilt als Mitveranstalter des extrem rechten Kampfsport-Turniers „Tiwaz“. Neben Tim K. ist auch Hoang Bui Q. auf Bildern der Weihnachtsfeier als Mitarbeiter der „S3 Security“ erkennbar. Hoang Bui Q. fungierte Anfang der 2000er Jahre auf Kampfsport-Turnieren als Ring-Coach für Neonazis wie Rico Malt. Malt war bis zu seinem Tod 2007 Anführer der extrem rechten Hooligangruppe „HooNaRa“[1] und war ebenfalls als Türsteher tätig - u.a. für die „ Haller-Security“. Deren Chef Thomas Haller hatte die „HooNaRa“ Anfang der 1990er Jahre ins Leben gerufen. Die Tätigkeit als Türsteher brachte Rico Malt nicht nur Reputation, sondern auch Kontakte zu ClubbetreiberInnen ein. So konnten unter seiner Leitung mindestens zwei Rechts-Rock-Konzerte in Lokalitäten durchgeführt werden, die er im Wochenendbetrieb als Security betreute. Etwa 2005 in der Hohenstein-Ernstthaler Diskothek „La Belle“. Die damals dort tätige „Haller Security“ stand schon im Fokus polizeilicher Ermittlungen, nachdem extrem rechte Türsteher im Oktober 1999 den 16-jährigen Punk Patrick Thürmer zu Tode geschlagen hatten (siehe AIB Nr. 111).

Der Bezug der BRS zur Chemnitzer Türsteher- und Neonaziszene lässt sich auch noch weiter zurück verfolgen. Über 100 Neonazis und Hooligans, darunter auch Rico Malt und Thomas Haller, hatten sich 2004 in der Nähe des rechten Chemnitzer Szenegeschäfts „Backstreetnoise“ versammelt um eine antifaschistische Demonstration zu stören. In dieser Gruppe, in unmittelbarer Nähe zu Haller, befand sich auch ein Mitarbeiter der BRS, der 2008 in einem Video des Magazins „Spiegel“ zu sehen ist. Das Fernsehteam wollte von den Türstehern vor dem „Schauhaus“ Näheres zum „Diskokrieg“ wissen. Dies scheint offensichtlich kein „Ausrutscher nach rechts“ zu sein, denn auch der bei BRS als Gesellschafter eingetragene Alexander Faust scheint mit Haller bekannt zu sein. Ein Foto zeigt Faust 2015 als Ordner im Zwickauer Stadion „Sojus“, gemeinsam mit Haller.

„Wir möchten euch um folgendes bitten: Solltet ihr (...) Euch an Kundgebungen, egal wofür oder wogegen, beteiligen, so tut das BITTE als Privatpersonen und zieht eure Privatklamotte dazu an. Wir (...) bitten euch ausdrücklich keine Firmenkleidung oder Sachen mit VTO-Logo zu solchen Anlässen zu tragen (...)“, heißt es in einer Bekanntmachung der BRS im Januar 2015. Nur wenige Monate später folgte die nächste Stellungnahme der Firma, in der das Unternehmen reklamiert, dass das verhaftete Mitglied der rechtsterroristischen Gruppe „Oldschool Society“, Markus Wilms, zu keinem Zeitpunkt als Mitarbeiter der Firma tätig gewesen sei. Wilms posierte damals auf Fotos in einem Pullover der BRS. Den habe er im Rahmen eines Großauftrages als Subunternehmer erhalten, rechtfertigt sich die BRS. Auch in Wittenberg fielen Mitarbeiter der BRS 2009 auf. Dort war u.a. der Leipziger Neonazi Thomas K. während seiner Schicht am Eingang eines Supermarktes in eine Schlägerei verwickelt. Das Opfer war in dem Fall eine dem Äußeren nach der linken Szene angehörende Person. Thomas K., der dem Kreis um Benjamin Brinsa zugerechnet wird, erwartet demnächst erneut einen Gerichtsprozess. Er soll im November 2015 Steine und Buttersäure in die Privatwohnung des sächsischen Justizministers geworfen haben.

Die Verstrickungen der BRS mit der Neonazi-Szene reichen bis in den Harz. 2012 geriet dort die Incognito Security GmbH & Co. KG, kurz IS, in den Fokus von Antifaschist_innen, nachdem die Firma in Nienhagen ein RechtsRock-Konzert betreut hatte. Einer der Mitarbeiter der IS trug dort ein Hemd mit dem Logo der „Vereinigten Türsteher Ostdeutschland“ (siehe Bild im Inhaltsverzeichnis). 2014 war die IS erneut für die Sicherheit eines RechtsRock-Konzertes in Nienhagen zuständig. Die Verbindung der Incognito Security zur BRS wird nicht nur anhand des informellen Zusammenschlusses der VTO deutlich. Mindestens bis 2017 übernahmen beide Firmen gemeinsam Großaufträge wie z.B im Juni 2017, wo sie beide für die Sicherheit auf dem nicht-rechten Volksfest „Thüringentag“ in Apolda zuständig waren.

Vorherrschaft & Kontrolle

Der Leipziger „Diskokrieg“ war mit den Angriffen im März 2008 in die Öffentlichkeit gerückt, begonnen hatte er aber früher. Jahrelang waren die „Türen“ in der Stadt aufgeteilt und mehrheitlich in „deutscher Hand“. Die Gang um Artur T. wurde schon vor den blutigen Auseinandersetzungen im März mehrmals vor die Tür gesetzt. Sie hätten den Drogenmarkt auflockern und sich im Geschäft etablieren wollen. Die Türsteher der entsprechenden Diskotheken hätten dies unterbinden wollen, denn Drogenhandel wäre angeblich ein Tabu gewesen. In entsprechenden Kreisen gilt es jedoch als bekannt, dass auch in dem Milieu aus Hooligans und Kraftsportlern, welches oft an den Türen eingesetzt wird, der Konsum und Handel von Amphitaminen teilweise verbreitet ist. Artur T.'s Unterfangen, in die kriminelle Geschäftswelt Leipzigs einzudringen, forderte somit auch die Hooligans heraus. Videos verabredeter Kämpfe zwischen Hooligans des 1. FC Lokomotive Leipzig auf der einen und Artur T.'s Bande auf der anderen Seite bestätigen dies. Eine Auseinandersetzung, die bis heute anhält.

Im Sommer 2008 eröffnete der „Hells Angels MC“ einen Ableger in Leipzig. Auch der „Bandidos MC“, verfeindet mit den „Angels“, ließ sich etwa zeitgleich in der Stadt nieder. Beide Clubs erhielten dabei Unterstützung aus Berlin. So waren es u.a. die Berliner „Hells Angels“, die Ende September 2008 mit bis zu 100 Personen in der Gottschedstraße in Leipzigs Innenstadt eine Art Kontrollzone einrichteten



Thomas Haller (rechts) und ein zeitweiliger Mitarbeiter der BRS am Rande einer antifaschistischen Demonstration in Chemnitz 2004.

und damit ihre Vorherrschaft demonstrierten. In dem Gebiet lag auch die von der BRS betreute Diskothek „Schauhaus". Die Verbindung zu „Rot-Weiß"[2] kann auf den heutigen Gesellschafter der BRS, Alexander Faust, zurück geführt werden. Er soll 2007 beim Berliner „Nomads"-Chapter der „Hells Angels" angeheuert haben, ähnlich wie Endrik „Kanone" P.. Letzterer scheiterte als Anwärter und wurde stattdessen bei den „Bandidos" angenommen, was den Konflikt in Leipzig befeuerte. Als im Februar 2009 ein Brandanschlag auf das Anwesen von Alexander Faust begangen wurde, nahm man Endrik P. in U-Haft. Nur wenige Monate nach der Entlassung wurde Endrik P. von Unbekannten niedergestochen. Berliner „Hells Angels" des „Nomads"-Chapters um deren Präsidenten André Sommer pflegen bis heute guten Kontakt zu Faust und der BRS. 2011 besuchte er Faust auf dessen Anwesen, 2014/2015 nahm Sommer u.a. an der Jahresfeier der BRS teil. Auch 2018 war Sommer bei Faust zu Gast, auf einer Privatfeier, der u.a. auch der Neonazi Martin Krause beiwohnte.

Neonazis, Türsteher, Hooligans und die „Hells Angels" in trauter Eintracht: Das wissen auch die migrantisch geprägten Gangs in Leipzigs Osten. So stellt der dort sozialisierte Rapper „Omik K" in einem 2011 veröffentlichten Song fest, dass „rotweiß kontrolliert" und „Black Rainbow an der Tür" steht. Außerdem „herrscht LOK auf den Wiesen". „Omik K" gründete gemeinsam mit Afif M. die rocker-ähnliche Straßengang „White Lions". Diese Gruppe unterhält u.a. ein Klamotten-und Tattoo-Geschäft, dessen Geschichte und Geschäftsstruktur bis in das frühere NSU-UnterstützerInnen-Netzwerk reicht. Das hauptsächlich dort vertriebene Label „Barstool Sports" wurde einst von Ralf „Manole" Marschner ins Leben gerufen, der unter Verdacht steht, das NSU-Kerntrio in Zwickau mit Arbeit versorgt zu haben. Sein Kontakt nach Leipzig entstand offensichtlich durch Oliver Riedel, der nach Marschners Verschwinden aus Deutschland in 2007 u.a. auf der Webseite von „Barstool Sports" im Impressum stand. Riedel soll laut einem Geschäftspartner Marschners mit Nachdruck die Herausgabe von dessen Computer gefordert haben. Auf diesem fanden die Ermittler später die Titelmelodie von „Paulchen Panther" – die Hintergrundmusik des NSU-Bekennervideos. Auch der rechte Szeneladen „Streetwear und Fitnessshop LE" wurde 2011 von Oliver Riedel geführt, unweit vom Laden „Fighting Catwalk". In den Räumen des „Fighting Catwalk" befand sich später das Geschäft „Streetwear LE", welches heute den Namen „Babo Tattoo" trägt, jedoch auch weiterhin in den Händen der „White Lions" um Afif M. ist. Es liegt somit nahe, dass Riedels Geschäft mit dem der „White Lions" fusionierte. Bis heute gilt er als ein Weggefährte von Afif M.

Ein Infragestellen der Macht der „Hells Angels" schien es seitens der „White Lions" nicht gegeben zu haben. Vielmehr wird wohl auf Synergien gesetzt, ähnlich wie im Türsteher-Gewerbe. Ein Blick auf die von Oliver Riedel und Tobias Brendel betriebene Sicherheitsfirma „PRO-GSL GmbH" (PG) verdeutlicht dies. Riedel selbst unterhält Kontakte zur „Black Rainbow Security" und war selbst schon dort beschäftigt. Dass MitarbeiterInnen der PG aus dem Umfeld der BRS rekrutiert werden, wirkt demnach schlüssig. So soll etwa Markus Kottke 2012 bei BRS gearbeitet haben und war spätestens ab 2017 auch für die PG tätig. Bilder der PG, die im Rahmen eines Auftrags auf dem Lindenauer Hafenfest 2017 entstanden, zeigen auch Frank F. als Beschäftigten der Firma. Kottke, als auch Frank F. sind Teil des „Imperium Fight Team" um Benjamin Brinsa und befanden sich unter den festgesetzten Neonazis im Januar 2016 in Leipzig-Connewitz – gemeinsam mit Tobias Brendel, dem zweiten Geschäftsführer der PG. Brendel, Frank F. und der Neonazi-Hooligan Riccardo Sturm waren schon im April 2015 Teil einer bedrohlich wirkenden Gruppe am Rande eines Aufmarsches von „LEGIDA", während Oliver Riedel auf dem Aufmarsch als Ordner tätig war. Immer wieder sammelten sich im Rahmen dieser Aufmärsche Neonazis und Hooligans in Lokalitäten in der Großen Fleischergasse 4 in der Nähe des Auftaktortes und wirkten so als eine Art Schutzgruppe. Die selbe Adresse wird auch von PG als Firmensitz angegeben, obwohl sich der offizielle Sitz seit 2014 wo anders befindet. Im November 2016 hatten sich dort auf dem Dach mehrere vermummte Neonazis eingefunden, um eine antifaschistische Demonstration zu provozieren, die sich auch gegen die „PRO-GSL GmbH" richtete. Dabei sollen die anwesenden Neonazis lautstark „NSU, NSU" gerufen haben.

Leipzig mag nicht die einzige Stadt sein, in der die Grenzen zwischen Neonazis, Hooligans und Rockern verschwimmen und diese Gruppierungen vor allem im Sicherheitsgewerbe ein finanzielles Auffangbecken finden. Sicherlich nicht ohne Widersprüche, aber im gegenseitigen Interesse konnten sich Strukturen entwickeln, die einen Einfluss auf den „Frieden" und die „Sicherheit" in Leipzig nehmen. Ein absurde Situation, denn es sind schließlich diese Zusammenhänge, von denen eine ständige Gefahr ausgeht. Im Moment scheint das Netzwerk die Füße still zu halten. Wie schnell die Stimmung kippen kann, ist im Hinblick auf den koordinierten Angriff auf den Stadtteil Connewitz in 2016 zu erahnen. Auch der Konflikt in der Rocker-Szene schwelt. Im Juni 2016 hatten Mitglieder des „Hells Angels MC" auf eine Gruppe der verfeindeten „United Tribuns" in Leipzigs Osten geschossen und dabei eine Person getötet. Ein Vorfall mit Vorgeschichte, denn der Vize-Präsident der „United Tribuns" war kein geringerer als Sooren O., der gemeinsam mit Artur T. eine maßgebliche Rolle im „Diskokrieg" 2008 spielte. •

1 „Hooligan Nazis Rassisten" **2** Ein Synonym für den „Hells Angels MC"

TITEL

Vigilantismus in Deutschland: Über extrem rechte Selbstjustiz

MATTHIAS QUENT

Acht mutmaßlichen Rechtsterroristen aus Chemnitz und Umgebung mit einschlägigen ‚Karrieren' in der Neonazi-Szene wirft die Bundesanwaltschaft derzeit Anschlagspläne gegen Menschen aus Einwandererfamilien, Politiker_innen und Linke vor. Ihre Telegram-Chatgruppe hieß „Revolution Chemnitz". Weniger umstürzlerisch als in dem konspirativen Messenger-Kanal gaben sich einige der Beschuldigten noch kurz vor ihrer Festnahme: Als Bürgerwehr inszenierte sich am 14. September ein Mob von 15 Rechtsextremen. Sie zogen bewaffnet mit Quarzsandhandschuhen und Elektroschockern durch Chemnitz, forderten Ausweise von Migrant_innen, bedrohten und beleidigten diese rassistisch. Einen iranischen Staatsangehörigen verletzten sie mit einer Flasche am Kopf.

Die „Vikings Security" (früher „Soldiers of Odin"), der Kölner Verein „Begleitschutz", die „Steeler Jungs" in Essen", die „Schutzzonen" der NPD, die rechtsterroristische „Bürgerwehr Freital" und die NSU-Vorgängerorganisation „Thüringer Heimatschutz" sind weitere Beispiele dafür, wie die extreme Rechte Narrative der Verteidigung zur Rechtfertigung ihrer rassistischen Aggressionen nutzt. Dies geschieht durch Androhung oder Durchführung der Übernahme hoheitlicher Aufgaben, insbesondere der angeblichen Kriminalitätsprävention als Bürgerwehr. Dieses extrem rechte Narrativ ist anschlussfähig: Im Jahr 2016 konnten sich einer Yougov-Umfrage folgend 29 Prozent der Deutschen vorstellen „in einer Bürgerwehr mitzumachen, die auch mit körperlicher Gewalt ihre Interessen schützt, wenn der Staat es nicht tut".[1]

Nicht alle „Bürgerwehren" sind extrem rechts oder rassistisch motiviert, insbesondere die gleichnamigen historischen Traditionsvereine haben in der Regel keine gesellschaftspolitische Agenda. Viele Bürgerwehren bleiben weitgehend virtuelle Inszenierungen in sozialen Netzwerken. Doch vor allem nach kriminellen Ereignissen mit Beteiligung von Migrant_innen treten diese Aktionsformen verstärkt auf, so beispielsweise nach den Straf- und Gewalttaten der Kölner Silvesternacht oder dem Todesfall in Chemnitz. Teilweise erfindet die extreme Rechte auch Vorfälle, um ihre Raumnahmebestrebungen zu verschleiern und zu rechtfertigen. Die Inszenierung als Schutzmacht vor „kriminellen Ausländern" bietet der extremen Rechten eine aus ihrer Sicht ideale Möglichkeit, Autoritarismus und Rassismus zu verbinden und Erwartungen an den Rechtsstaat gruppenbezogen menschenfeindlich umzudeuten. Zentrale Absichten und Wirkungen hinter diesen extrem rechten Inszenierungen sind:

- ein Bedrohungsszenario zu behaupten, welches insbesondere von Migration ausgehe
- das Versagen des staatlichen Gewaltmonopols zu behaupten und den Staat bloßzustellen
- die positive Selbstdarstellung als präsente „Ersatzpolizei"
- die Auslebung und Präsentation soldatischer und toxischer Männlichkeit
- Raum- und Sozialkontrolle auszuüben, d.h. durch die Androhung oder Anwendung von Gewalt zu bestimmen, welche Orte für welche Menschen (nicht) risikofrei zugänglich sind
- Menschen aus Einwandererfamilien und Nicht-Rechte einzuschüchtern
- Einschüchterung und Gewalt als „Notwehr" erscheinen zu lassen, um das Verständnis der Öffentlichkeit für rassistische Aggressionen zu gewinnen

Die Inszenierung von „Bürgerwehren" durch die extreme Rechte ist weder neu noch eine singulär deutsche Strategie: Der Straßenterror von SA und Freikorps in den 1920er und 1930er Jahren, die vorgaben, Deutschland gegen den Kommunismus zu verteidigen, sind dem zuzurechnen. An der amerikanisch-mexikanischen Grenze operieren bewaffnete private rassistische Milizen, um Einwanderer_innen abzuschrecken. In Bulgarien wehren extrem rechte „Bürgerwehren" Geflüchtete an der Grenze zur Türkei ab – in der Vergangenheit unter anderem mit der Unterstützung von Tatjana Festerling (PEGIDA Dresden). Sie wollen die „Festung Europa" privat aufbauen und damit politischen Druck auf Politik und staatliche Grenzschützer_innen ausüben.

Deutlich wird in diesen Aktionen das ambivalente Verhältnis zwischen staatlicher Autorität und den autoritären Erwartungen der extremen Rechten: Einerseits unterminieren „Bürgerwehren" das staatliche Gewaltmonopol über Gesetzesverstöße bis zum rassistischen Terrorismus, andererseits streben sie politisch danach, das Monopol der Gewalt selbst zu übernehmen. Gesetz- und Regelüberschrei-

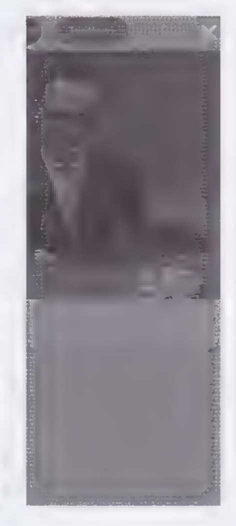
Screenshot twitter





Morgen wird unsere #AfD #Bürgerwehr mit @Joerg_Nobis_AfD & @Alice_Weidel in Kiel #Gaarden prüfen ob es in Kiel linke #NoGoAreas gibt. #ltwSH





Das extrem rechte Narrativ der Verteidigung dient zur Rechtfertigung politischer Aggressionen.

tungen sind dabei keine generalisierte Absage an das Ordnungssystem des Nationalstaats, sondern Ausdruck des Misstrauens in dessen Autorität und Wirkungsmacht. Es geht diesen Akteuren zunächst nicht darum, das ‚System' grundlegend zu verändern, sondern dessen alte Ordnung (oder was man dafür hält) zu verteidigen – auch wenn dies bedeutet, dass das staatliche Gewaltmonopol zwischenzeitlich suspendiert werden muss. Der durch die Bürgerwehren erklärte Vertrauensverlust – insbesondere in die nationale Flüchtlingsabwehr – verlangt nach der harten Hand des Staates[2]. Diese Form systemstabilisierender Selbstjustiz nichtstaatlicher Akteure mit vorgeblich protektiven Motiven beschreibt der Begriff des Vigilantismus. Der Soziologe Harold Garfinkel definiert Vigilantismus als „die nichtstaatliche Parallele und Entsprechung staatlicher sozialer Kontrolle […], die Verhängung von Sanktionen durch dazu nicht befugte Mitglieder der Gesellschaft. Es ist die faktische Seite der Ausgrenzung und der Isolierung des politischen und gesellschaftlichen Feindes und der Opponenten. Damit ist gleichzeitig die symbolische, moralische und normative Aussonderung intendiert."[3] Der Historiker Robert Ingalls (1988) stellt fest: „Vigilanten nehmen das Recht in die eigenen Hände, um die herrschenden Machtstrukturen zu festigen, nicht um sie zu unterlaufen"[4]. Rechter Terrorismus wird daher auch als vigilantistischer Terrorismus bezeichnet.

Es handelt sich bei den allermeisten extrem rechten Anschläge um einen ambivalenten Terrorismus, der einerseits nicht auf den Umsturz, sondern auf die Bewahrung gesellschaftlicher Machtverhältnisse abzielt, wie etwa der „weißen Vorherrschaft". Andererseits sind Angriffe, etwa auf Geflüchtete, durchaus Angriffe auf die verfassungsmäßigen Grundfesten der Bundesrepublik, wie auch das Dresdner Oberlandesgericht im März 2018 im Urteil gegen die rechtsterroristische „Bürgerwehr Freital" urteilte. Vorgehen und Erscheinungsformen vigilantistischer Gewaltakteure unterscheiden sich von anderen Formen politischer Gewalt, weil sich die Mehrzahl der extrem Rechten nicht besonders konspirativ organisiert. Das zeigen auch die Anschläge gegen Geflüchtete der vergangenen Jahre. Dass sie ihre Aktionen relativ offen ausführen, so der Terrorismusforscher Peter Waldmann, resultiert daraus, „dass die Gewaltanschläge nicht gegen Organe des Staates, sondern gegen gesellschaftliche Gruppen gerichtet sind"[5]. Daher verhalten sich staatliche Sicherheitskräfte „häufig passiv und schreiten nicht ein, teilweise geben sie aber auch zu erkennen, dass sie das Vorgehen der selbsternannten Ordnungshüter billigen"[6].

Rechte Bürgerwehren stellen eine perfide Inszenierung zur Verteidigung rassistischer Privilegien dar. Dass mittlerweile auch aus der AfD Bürgerwehren unterstützt und zur Inszenierung im Wahlkampf genutzt werden, ist daher folgerichtig. •

Ausführlich zum Konzept des Vigilantismus und zu rechtem Terrorismus: Quent, Matthias (2019): Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Weinheim: Beltz Juventa.

Dazu auch die kostenfreie Broschüre (bestellbar über die Amadeu Antonio Stiftung: Quent, Matthias (2016): Bürgerwehren. Hilfssheriffs oder inszenierte Provokation? Berlin: Amadeu Antonio Stiftung. Online abrufbar unter: www.idz-jena.de



1 Yougov (2016) Die meisten Deutschen lehnen korperliche Gewalt ab – es sei denn, sie werden angegriffen. Online https://yougov.de/news/2016/02/05/die-meisten-deutschen-lehnen-korperliche-gewalt-ab 2 Quent, Matthias (2016) Selbstjustiz im Namen des Volkes: Vigilantistischer Terrorismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: APuZ (24-25). Online www.bpb.de/apuz/228868/vigilantistischer-terrorismus?p=all 3 Garfinkel, Harold (1956) Conditions of Successful Degradation Ceremonies. In: American journal of sociology 61 (5), S. 420-424. 4 Ingalls, Robert P. (1993): Urban vigilantes in the New South. Tampa, 1882-1936. Gainesville. University Press of Florida (A Florida sand dollar book). 5 Waldmann, Peter (2011): Terrorismus. Provokation der Macht. Hamburg: Murmann. 6 Ebd.

TITEL

Die Meldungen über rassistische Übergriffe durch Sicherheitsdienste in Asylunterkünften häufen sich – besonders im Kontext der neuen bayerischen AnkER-Zentren (Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen). Für die Opfer ist es nahezu unmöglich, gegen die Aggressoren rechtlich vorzugehen. Denn sie werden oft selbst kriminalisiert oder ihnen wird der Zugang zu Rechtsmitteln verweigert. Die Leitungen der Unterkünfte zeigen mitunter ebenso wenig Interesse an der Aufklärung wie Polizei, Justiz oder die Bayerische Staatsregierung[1], die – wie auch die Bundesregierung – kein Problem erkennen möchten.[2]

Security-Gewalt in Unterkünften für Geflüchtete

AINO KORVENSYRJÄ
(JUSTIZWATCH BERLIN)

In der Nacht zum 15. November 2017 stirbt in der Aufnahmeeinrichtung in Oberfranken (AEO) – einem heutigen AnkER-Zentrum – ein Eritreer bei einem Brand in seinem Zimmer. Laut Ermittlungen soll das Opfer für das Feuer „selbst verantwortlich gewesen sein" und es gebe „keine Anhaltspunkte"[3] dafür, dass es bei der Rettung zu Verzögerungen gekommen sei. Nach Aussagen von Bewohner*innen hatte es jedoch 40 Minuten bis zum Eintreffen der Feuerwehr gedauert, da die Sicherheitsmitarbeiter zuerst nicht auf den Alarm reagierten. Schon im Sommer 2017 hatten westafrikanische Geflüchtete u.a. wegen Übergriffen von Sicherheitsmitarbeitern ein Krisentreffen mit der Leitung der AEO organisiert. Diese unternahm danach jedoch nichts. Ende September 2017 eskalierte die Gewalt in der AEO, als Sicherheitsmitarbeiter mehrere Geflüchtete schwer verprügelt haben sollen.[4] Im Oktober wurden dann in einem Fall Ermittlungen wegen versuchten Totschlags und gefährlicher Körperverletzung eingeleitet. Diese Ermittlungen dauern noch an, aber schon im Frühjahr 2018 äußerte die Staatsanwaltschaft Bamberg, dass Widersprüche aufgetreten seien, die erhebliche Zweifel daran bestehen lassen, dass strafrechtliche Tatbestände verwirklicht worden seien.[5] Der Vertrag der Regierung Oberfranken mit der Firma „Fair Guards Security" läuft weiter, lediglich die von den Ermittlungen betroffenen Mitarbeiter wurden temporär vom Dienst suspendiert.

„Sonderteam"

Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die AEO-Leitung leugnen bisher das Gewaltproblem in der AEO, obwohl ihnen bekannt ist, dass sich im Sommer 2017 innerhalb der Firma Fair Guards und deren Subunternehmen ein sogenanntes „Sonderteam" gebildet hatte. Laut Berichten ehemaliger Sicherheitsmitarbeiter soll dieses Team durch rassistische Äußerungen und durch Gewalt besonders gegen Schwarze[6] Asylsuchende aufgefallen sein.[7] Damalige Kollegen berichteten, dass die Gruppe regelmäßig Übergriffe gegen Geflüchtete beging und gezielt Konfliktsituationen eskalierte, anstatt sie zu beruhigen. Besonders brutal waren demnach die Übergriffe gegen drei Senegalesen Ende September in der AEO-Kantine und am AEO-Eingang.[8] Nach Aussagen von Bewohner*innen und ehemaligen Sicherheitsleuten soll es allerdings fast täglich Übergriffe und Provokationen durch das Wachpersonal gegeben haben. Bis zur Razzia im Wachbüro Ende Oktober 2017 wurden zwar zahlreiche Geflüchtete von der Polizei festgenommen, vom Wachdienst jedoch nicht ein einziger. Die Polizei schien kaum an den Aussagen der Geflüchteten interessiert zu sein, denn muttersprachliche Dolmetscher*innen wurden nicht hinzugezogen. Weil Sicherheitsmitarbeiter Strafanzeigen erstatteten, folgten häufig sogar strafrechtliche Ermittlungen gegen die Opfer. Wenn diese Strafbefehle erhielten, sollen die Sozialarbeiter*innen der AEO ihnen davon abgeraten haben, Rechtsmittel einzulegen, oder sie halfen ihnen kaum bei der Wahrnehmung ihrer Rechte.

Aarona K. und Ndiame D. waren unter den wenigen, die gegen ihre Kriminalisierung rechtzeitig Einspruch einlegten. K. hatte ohne Gewaltanwendung versucht, einem anderen westafrikanischen Asylsuchenden zu helfen, der Anfang September in der AEO-Kantine von den Wachen misshandelt wurde.[9] Diese setzten Pfefferspray gegen K. ein und fesselten ihn. Später wurde er mit weiteren Geflüchteten zur Polizeiwache gebracht. Ein größerer Polizeieinsatz folgte, um die Ordnung gegenüber der „aggressiven" Gruppe von „Schwarzafrikanern" wieder herzustellen und um „weitere Straftaten" zu verhindern. Gegen K. und D. wurden Strafbefehle zu 120 Tagessätzen wegen gefährlicher Körperverletzung erlassen. Zwar gründete sich eine Unterstützungskampagne[10], der Prozess vom Amtsgericht Bamberg wurde jedoch solange ausgesetzt, bis D. abgeschoben wurde und K. aus Verzweiflung

das Land verlassen hatte. Im September 2018 hat das Amtsgericht sogar noch Haftbefehl gegen K. erlassen. Viele Bewohner der AEO waren nicht so entschlossen wie D. und K. und hatten auch nicht das Glück, solidarische Anwälte zu finden. Deren Strafbefehle wurden daher rechtskräftig und stehen somit einem Urteil gleich.

Die gewalttätigen Übergriffe in der AEO gehen laut Berichten von vor Ort weiter. Sie sind zwar inzwischen etwas zurückgegangen, aber Übergriffe nach dem Muster „Sonderteam" ereigneten sich u.a. Ende Januar, Anfang Mai und im Sommer 2018. Auch in der Nacht zum 11. Dezember 2018 kam es zu einem groß angelegten Polizeieinsatz. Dass die Geflüchteten angeben, die Security habe sie angegriffen, interessierte die Polizei kaum. Mehrere Geflüchtete wurden festgenommen.

Ausreise als Ziel

Viele der Betroffenen flüchteten – wenn sie nicht abgeschoben wurden – in andere europäische Länder. Bamberg ist kein Einzelfall. Die sogenannten AnkER-Zentren und Dependancen in Manching/Ingolstadt, Fürstenfeldbruck und Donauwörth sind unter Geflüchteten für gewalttätige Übergriffe von Securitymitarbeitern bekannt. Es gab auch Fälle in Deggendorf und Regensburg. Ziel dieser bayerischen Lager ist es anscheinend, die Zustände für Menschen mit angeblich „geringer Bleibeperspektive" so unerträglich wie möglich zu gestalten, um sie so zur Ausreise zu bewegen. Abschiebungen wären sonst schwer durchzuführen, weil Reisedokumente fehlen oder in „Dublin-Fällen" beispielsweise durch Zimmertausch verhindert werden könnten. Security-Gewalt funktioniert als weiteres Mittel, um Asylsuchende zur Ausreise zu bewegen. Diese waren – neben Arbeits- und Studienverboten, Sach- statt Geldleistungen, Verweigerung der medizinischen Versorgung, rassistischen Polizeikontrollen und anderen Kriminalisierungen der Geflüchteten – Gegenstand vieler Proteste, die es seit 2017 in bayerischen Lagern gab.[11]

Parallelen

Die vielen Berichte von Security-Gewalt in bayerischen Lagern haben nicht nur strukturelle Ähnlichkeiten mit dem Fall Oury Jalloh, der 2005 in einer Dessauer Polizeizelle unter ungeklärten Umständen verbrannte, sondern auch mit dem NSU-Komplex: Hinweise zu rassistischen Tatmotiven und Täter*innen werden in polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen häufig ignoriert, falls es überhaupt zu solchen kommt. Im Gegenteil: Die Betroffenen werden oft selbst verdächtigt oder sogar beschuldigt, die Angreifer gewesen zu sein. Es besteht mitunter ein Zusammenspiel zwischen Security-Firmen, Lagerleitung, Polizei, Justiz und Medien mit dem Ziel, Geflüchtete zu kriminalisieren. Bei der Gewalt von Securities in Abschiebelagern handelt es sich nicht um Einzelfälle, sondern um einen Bestandteil des staatlichen Gewalt-Komplexes. Ziel dieser Einrichtungen ist es, durch verschiedene Formen staatlicher und struktureller Gewalt die Bewohner*innen zur Ausreise zu treiben. In diesem Zusammenhang bekommt die Äußerung eines Angestellten der Security in der AEO Bamberg mehr als eine bloß anekdotische Bedeutung: Im Sommer 2017 soll dieser gegenüber einer senegalesischen Bewohnerin behauptet haben, dass er ein staatliches Mandat habe, ausreisepflichtige AEO-Bewohner*innen anzugreifen. •

Aino Korvensyrjä promoviert zum deutschen Abschiebergime und zur Kriminalisierung der Migration und veröffentlicht Videos und andere Materialien zur Migrationskontrolle auf der Website http://cultureofdeportation.org. Mehr auf: https://justizwatch.noblogs.org

FAIR GUARDS SECURITY

Als Inhaber und Geschäftsführer der Firma „Fair Guards Security" aus Eichenzell/Fulda tritt Stefan Ketterer auf. Zu einem lebensrettenden Einsatz einer Mitarbeiterin für einen Flüchtling erklärte er: „Es ist in der heutigen Zeit leider nicht selbstverständlich sich so couragiert für seine Mitmenschen einzusetzen (...)".[1] Ob dieses Statement als komplett ignorant gegenüber den Vorwürfen gegen seine Firma oder als kritisch gegen einige seiner Mitarbeiter*innen zu lesen ist, bleibt dabei wohl den Leser*innen selbst überlassen. Ähnlich kurios wirken in der Rückschau seine Äußerungen anläßlich einer DEKRA-Zertifizierung seiner Firma im Jahr 2014: „Die Branche, in der wir tätig sind, hat leider nicht immer den besten Ruf", aber neben der „fachlichen Kompetenz" würde sein Unternehmen „ein hohes Maß an Seriosität, Zuverlässigkeit und Vertrauenswürdigkeit" bieten.[2] In einem in der „Wirtschaftspresse Fulda" veröffentlichten Text aus dem selben Jahr trat er sogar noch als „Security-Experte" in Sachen „seriösen Job" bei der „Bewachung von Asylantenheimen" auf: „Ketterer verurteilt die Vorkommnisse in Burbach auf das Schärfste. Ihn ärgert vor allem der Vertrauensverlust, den die Security-Branche deshalb erlitten hat. ‚Ich kann nur jedem Entscheider empfehlen, mehr Sorgfalt bei der Auswahl der jeweiligen Sicherheitsdienstleister walten zu lassen (...)"[3] Geschadet haben ihm die späteren „Skandale" offenbar kaum. Ketterer ist z.B. trotzdem in den „Tourismus-, Kongress- und Dienstleistungsausschuss" der IHK Fulda bestellt worden. •

1 Pressemitteilung „Fair Guards-Mitarbeiterin Sabine Duthorn gewinnt 1. Platz des BDSW. Bundesverband der Sicherheitswirtschaft ehrt vorbildliches Verhalten von Security-Kräften" www.fair-guards.de/archives/1271 2 internet-nachrichten24.de: „FAIR GUARDS SECURITY ist zertifizierter Sicherheitsdienst", von pr-gateway.de, 18. Oktober 2014 3 wirtschaftspresse-fulda.de: „Auswahl Security-Personal: auf Qualitätsstandards achten", 18. Oktober 2014

1 Antwort der Bayerischen Staatsregierung auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Christine Kamm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Externes Sicherheitspersonal in Flüchtlingsunterkünften .BL-Drs. 17/22065, 06.04.2018. 2 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Wachdienstgewalt in Flüchtlingsunterkünften BT-Drs. 19/2486, 05.06.2018, 5 3 www.sueddeutsche.de/bayern/bamberg-brand-in-asylunterkunft-oberstaatsanwalt-sieht-keine-hinweise-auf-verzoegerten-alarm-1.3751958 4 www.akweb.de//ak_s/ak640/43.htm 5 www.infranken.de/regional/bamberg/aufnahmeeinrichtung-in-bamberg-ermittlungen-gegen-security-mitarbeiter;art212,3251499 6 Anm. d. Red.: Schwarze werden als antirassistische Konvention, großgeschrieben, weil es keine adjektivische Beschreibung ist, sondern eine politisch gewählte Selbstbezeichnung von People of Color, die kolonial geprägte und damit rassistische Bezeichnungen ablehnen 7 www.akweb.de//ak_s/ak640/43.htm 8 www.akweb.de//ak_s/ak640/43.htm und https://vimeo.com/268301890 9 www.akweb.de/ak_s/ak637/39.htm 10 https://justizwatch.noblogs.org/post/2018/05/08/der-bamberg-security-komplex-staatliche-kriminalisierung-und-verfolgung-von-gefluechteten 11 z.B. in Bamberg am 17.1.2018: https://vimeo.com/252197618

NS-SZENE

Als am Abend des 11. Januar 2016 rund 250 bewaffnete Neonazis und Hooligans durch den alternativen Stadtteil Connewitz in Leipzig zogen, hinterließen sie massiven Sachschaden. Nur durch Glück wurden dabei keine Menschen verletzt, so die öffentliche Darstellung. Dabei ist den Justizbehörden bekannt, dass dies nicht die ganze Wahrheit ist.

Connewitz-Prozesse ohne Opferperspektive

AIKO KEMPEN (KREUZER-LEIPZIG.DE)

Verletzte nach Angriff...

„Hooligans! Hooligans!" hallt es über die Straße, Pyrotechnik erhellt die Kulisse hinter den Vorhängen, als Tobias (Name geändert) in seinem Zimmer sitzt. Draußen bersten die ersten Scheiben, der Lärm treibt ihn zum Fenster. Direkt vor ihm tobt ein Mob aus über 250 vermummten Personen, die mit Eisenstangen und Holzlatten auf Schaufensterscheiben und Autos einschlagen. Er steht im hellen Rahmen des Fensters und beobachtet. Dann splittert mit einem Knall die Scheibe. Etwas trifft ihn am Arm, fliegt quer durch den Raum und bleibt wenige Meter entfernt liegen. Die Brandverletzung an Tobias Arm ist mittlerweile verheilt. Das Gefühl, in seiner eigenen Wohnung angegriffen und verletzt worden zu sein, ist geblieben. Wie er verletzt wurde, erzählte Tobias nur einen Tag nach dem Angriff auch der Kriminalpolizei. „Die haben Fotos gemacht von allem, auch von meinen Verletzungen." Das Geschoss, vermutlich eine Rauchpatrone, sollen die Beamten mitgenommen haben.

...fast ohne Gehör

Seit dem 16. August 2018 wird der „Sturm auf Connewitz" am Leipziger Amtsgericht verhandelt. In über 80 Verhandlungen sind meist zwei Personen gleichzeitig angeklagt. Der Tatvorwurf: Besonders schwerer Landfriedensbruch. Staatsanwaltschaft und Gericht betonen immer wieder den enormen Sachschaden, den die Angreifer verursacht haben. Staatsanwältin Daute beziffert ihn auf 110.000 Euro. Angriffe auf Personen spielen vor Gericht keinerlei Rolle. Erst nachdem das Leipziger Magazin kreuzer und die taz über den Angriff auf Tobias schreiben und öffentlich machen, dass die sächsischen Justizbehörden durchaus davon wussten, dass bei dem Angriff auch Menschen verletzt wurden, wird Tobias Ende November 2018 kurzfristig vom Amtsgericht Leipzig als Zeuge geladen. Vorher hatte die Staatsanwaltschaft nach mehrmaliger schriftlicher Nachfrage gegenüber dem kreuzer eingeräumt, davon Kenntnis zu haben, dass es an Abend auch zu „versuchten und vollendeten Körperverletzungshandlungen" kam. Diese hätten aber „das ansonsten offensichtlich auf Sachbeschädigungen ausgerichtete Gesamtgeschehen nicht geprägt". Zudem sei es laut Oberstaatsanwalt für den Tatvorwurf Landfriedensbruch ohne Bedeutung, „ob sich die Gewalttätigkeiten (...) gegen Menschen oder Sachen gerichtet haben".

Bekanntes Gewaltpotential

Dass die Angreifer nicht, wie von der Staatsanwaltschaft angedeutet, vorwiegend auf Sachschaden aus waren, zeigen Polizeiaufnahmen: „Wir sind wegen den Zecken hier! Die wollen wir haben!", schreit ein Vermummter mit Holzlatte in der Hand darauf den Beamten entgegen. Im Januar 2018 veröffentlichte der kreuzer zudem zahlreiche Whatsapp-Chats der festgesetzten Angreifer, die Einblicke in die Vorbereitung und die enorme Gewaltbereitschaft der Gruppe geben. „Es ist Krieg", schrieb ein Leipziger Hooligan an einen Bekannten, während sie darüber diskutierten, welche Waffen sie an dem Abend mitnehmen würden. Die Lesung der entsprechenden Ermittlungsunterlagen wurde im ersten Connewitzprozess abgelehnt und seitdem nicht noch einmal beantragt. Nachdem die Gruppe damals in einer Seitenstraße festgesetzt wurde, fand die Polizei etliche Gegenstände, die anscheinend kurzfristig entsorgt worden waren: Messer, Totschläger, Holzlatten mit Nägeln, Quarzhandschuhe und sogar Äxte.

Nur Sachschäden?

Zudem ist Tobias nicht die einzige Person, die an dem Abend verletzt wurde und den Behörden bekannt ist. In einer Rekonstruktion des Angriffs berichtete der kreuzer[1] von einem Anwohner, der auf der Straße niedergeschlagen wurde und sich blutend in einen Imbiss gerettet hatte. Seine Anzeige bei der Polizei sei im Juni 2016 eingestellt worden. Der Zeugenbericht im kreuzer deckt sich mit den Aussagen von zwei weiteren Personen. Sie berichten, ebenfalls in dem Imbiss am Connewitzer



Riccardo Sturm, langjährig aktiver Neonazi und Hooligan, war einer der 215 festgesetzten Personen im Januar 2016 in Leipzig-Connewitz. Hier als Teilnehmer eines Neonazi-Aufmarschs am 18. August 2008 im thüringischen Altenburg.

Kreuz Zuflucht gefunden zu haben, nachdem sie verletzt wurden. Ein weiterer Anwohner gab an, in einer Seitenstraße von Mitgliedern der Gruppe niedergeschlagen worden zu sein, als diese sich noch auf dem Weg Richtung Wolfgang-Heinze-Straße befand.

Eine weitere Person, die an dem Abend verletzt wurde, befand sich während des Angriffs in einer Kneipe. Vermummte zerstörten die Scheiben und versuchten erfolglos hinein zu gelangen. Anschließend sprühten sie Reizgas durch die kaputte Glasfront. „Wir mussten zu dritt die Tür zuhalten. Wenn das kein Sicherheitsglas gewesen wäre, hätten die uns vermutlich totgeschlagen", erzählte sie dem kreuzer. In einem Prozess am Landgericht Dresden gegen die „Freie Kameradschaft Dresden" wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung berichtete sie ebenfalls über den Angriff, doch am Leipziger Amtsgericht wollte man ihre Geschichte bisher nicht hören. Auch der Mitarbeiter eines Dönerimbiss konnte nicht mehr als Zeuge aussagen, da er zwischenzeitlich abgeschoben wurde. In dem Imbiss war ein Sprengsatz detoniert, nachdem Angreifer die Kasse geraubt hatten. Der Mitarbeiter musste sich mit seinen Gästen durch einen Hinterausgang flüchten.

Glimpfliches Ende für die Angreifer?

Für eine Anklage wegen Landfriedensbruch ist es in der Tat unerheblich, ob Personen oder Dinge angegriffen wurden. „Es kann jedoch selbstverständlich ein strafzumessungsrelevantes Kriterium sein, ob lediglich auf Sachen eingewirkt wurde, oder ob Menschen zu Schaden kamen", so Strafrechtler Martin Schaar. Für besonders schweren Landfriedensbruch sind Haftstrafen bis zu zehn Jahren möglich. Doch für die Perspektive der Opfer scheint am Leipziger Amtsgericht nur wenig Raum zu sein.

Angesichts der hohen Zahl an Verfahren setzt das Gericht auf Effizienz. Zog sich die erste Verhandlung zum „Sturm auf Connewitz" noch über zwei Verhandlungstage, wurde das Tempo im Anschluss merklich angezogen. Im zweiten Prozess der Reihe scheint ein rechter Szeneanwalt die Weichen für den weiteren Verlauf der Connewitzprozesse gestellt zu haben.[2] In Verständigungsgesprächen vor den Verhandlungen einigen sich Verteidigung, Richter und Staatsanwaltschaft fortan darauf, dass die Angeklagten mit Bewährungsstrafen davonkommen, sofern sie aussagen. In den folgenden Prozessen wird sichtbar, dass dafür bereits minimale Einlassungen ausreichen.[3] Kein Angeklagter gibt wesentlich mehr preis, als dass er an dem Abend vor Ort war. Auf die Ladung von Zeugen wird verzichtet, die Beweisaufnahme dauert nur noch eine gute Stunde.[4] In dieser Weise werden unter anderem ein ehemaliger NPD-Kandidat, der mutmaßliche Schriftführer einer rechten Rockergruppierung und der Sänger einer Rechtsrockband vom Gericht als Mitläufer, die „nur eine untergeordnete Rolle" gespielt hätten, zu Bewährungsstrafen und Geldauflagen verurteilt.

Kein Raum für Opferperspektive

Nun rückt die Perspektive der Opfer des Angriffs in der juristischen Aufarbeitung noch weiter in den Hintergrund. Beim ersten Connewitz-Prozess nach Jugendstrafrecht am Amtsgericht Leipzig zeigte sich die Richterin ebenfalls dem effizienten Vorgehen verpflichtet: „Anhören müssen wir uns das jetzt nicht, oder?", richtete sie sich in Bezug auf die Aussagen von Polizeibeamten an die Staatsanwaltschaft. Anschließend stellte sie die Frage in den Raum, ob es nicht ausreiche, sich im Selbstleseverfahren auf die Aussagen der Polizei und die Protokolle der kriminaltechnischen Untersuchungen zu beschränken. Auf zögerlichen Hinweis der Staatsanwaltschaft wurden die Augenzeugenberichte von zwei Anwohnern ebenfalls berücksichtigt.

Nicht ausgewählt wurden die Schilderungen der Personen, die von dem betroffen waren, was die Staatsanwaltschaft gegenüber dem kreuzer als „versuchte und vollendete Körperverletzungshandlungen" bezeichnete. Wurde nach der Aussage von Tobias zumindest einmal am Rande erwähnt, dass sich die Gewalt an dem Abend „auch gegen Menschen richtete", findet sich diese Tatsache mittlerweile weder in der öffentlichen Darstellung des Angriffs noch in den Unterlagen der Verhandlung wieder. •

1 https://kreuzer-leipzig.de/2018/08/15/connewitz-ueberfall-neonazis-nachrichten 2 www.vice.com/de/article/zm54zy/sachsens-justiz-findet-keine-klare-linie-gegen-neonazis 3 https://kreuzer-leipzig.de/2018/10/29/connewitz-prozess-die-vierte 4 https://kreuzer-leipzig.de/2018/10/08/connewitz-prozess-schnellverfahren/

NS-SZENE

Angeregt von der umfassenden Recherche von EXIF[1] zum internationalen Netzwerk der rechts-terroristischen Gruppe „Combat 18“ (C18) soll der folgende Text die Rolle der an das Netzwerk angebundenen RechtsRock-Bands beleuchten.

German-British Terrormachine

Um den Einfluss von C18 auf deutsche Neonazi-Zusammenhänge zu erfassen, lohnt sich ein Blick auf das Konzertgeschehen, sowie auf Musikproduktionen, die durch das deutsche und internationale „Blood & Honour“-Netzwerk (B&H) erstellt und vertrieben wurden. Neben der international als C18-Band bekannten englischen Band „No Remorse“ stellte vor allem die ebenfalls englische Band „Warhammer“ enge Bezüge zu dem Netzwerk her.

1996 als „Nordic Warriors“ in Newcastle gegründet, veröffentlichte „Warhammer“ um Sänger Rodney Aikin und Gitarrist Frazer Conrad Robinson drei CDs. Bereits das Frontcover ihres Debut-Albums zeigt die Band bei einem ihrer Auftritte, im Hintergrund eine „C18 England“-Flagge. Blickt man ins Booklet der 2000 auf „ISD Records“ erschienenen CD findet man u.a. Danksagungen an William Browning, alias „Wilf the beast“ (sic!), einer der Gründer von C18 und damaliger Betreiber von „ISD Records“. Es folgen Grüße an C18 selbst und „Del & Tic (White Wolves)“. Bei „Del“ handelt es sich um Derek O'Connor, vormals einer der Köpfe von C18, der später als Strippenzieher der „White Wolves“ bekannt wurde. Im Nachgang der teilweise tödlichen Bombenanschläge in London 1999, die von Dave Copeland ausgeführt wurden, bekannte sich C18 zu zwei der Anschläge, aber auch die „White Wolves“ vereinnahmten die Anschläge.

Ein Widerspruch also, dass „Warhammer“ beide bombenden Gruppen grüßt? Nein, denn im Verlauf der Danksagungsliste erwähnt die Band auf verächtliche Weise auch Martin Cross und Charlie Sargent. Beide gehörten einem konkurrierenden C18-Flügel an, die in eine Mord an einem Gefolgsmann von Browning verwickelt waren.

Die Achse England-Deutschland-Dänemark

Dankesgrüße sendet die Band auf ihrer ersten CD aus dem Jahr 2000 auch an deutsche Vertreter des Netzwerkes. Etwa an die Band „Hate Society“, im Speziellen an „Pernod“. Gemeint ist Bernd Peruch, ehemals Sänger dieser Bamberger RechtsRock-Band und damals Chef der B&H Sektion Franken. Neben Jens-Uwe Arpe von „Kraftschlag“ und Thorsten Heise war Peruch eine der wichtigsten Kontaktpersonen zur damaligen skandinavischen B&H/C18-Gruppe um Marko „Jäsa“ Järvinen und Marcel Schilf. Dabei ging es nicht nur um den Vertrieb von eigenen CD-Produktionen, sondern auch um die Verbreitung von C18-Propaganda. Peruch, der heute als Aussteiger gilt, erinnert sich, dass Arpe vor allem von den „Kriegsberichter-Videos“ aus Skandinavien angetan war und diese ins Deutsche synchronisieren sollte. Die Videos beinhalten auch Anleitungen zum Bombenbau.

Das C18-Netzwerk finanziert sich bis heute u.a. von Einnahmen aus Konzerten. Schilf, Arpe und Browning waren schon 1997 für solche Konzerte in England verantwortlich. Bedeutend für den deutschen C18-Flügel dürfte ein am 26. Juni 1999 von Peruch organisiertes Konzert in der Nähe von Coburg gewesen sein. Neben „Warhammer“, „Hate Society“, „No Remorse“ und „Stahlgewitter“ trat die ebenfalls aus England stammende Band „Razors Edge“ auf. Es dürfte eines der wenigen bekannten Konzerte der 1990er Jahre mit klarem C18-Bezug in Deutschland gewesen sein, denn auch „Razors Edge“ um Sänger Andy Nolan bekennen sich in ihren Liedern zur Neonazi-Terrororganisation. Dazu passt, dass eine Delegation von 14 Mitgliedern des C18-Flügels um William Browning einen Tag später in der Nähe von Bamberg an einem B&H-Treffen teilnahmen. Das Konzept, interne Treffen im Rahmen von Konzerten abzuhalten hat bis heute bestand. Ein Neonazi-Aussteiger aus Schweden fasste dies in Hinblick auf die 1990er Jahre so zusammen: „Personen aus Deutschland kamen uns ständig besuchen (...) wir hatten viele Konzerte (...) und da gab es eben auch Treffen (...) es waren so viele Treffen. Dabei ging es hauptsächlich um Geld und die Planung von Konzerten (...) die wichtigste Person, die zu diesen Treffen nach Schweden kam war Thorsten Heise.“

Uwe Menzel und das „Rollkommando Terrormachine“

Suchte man in Deutschland Kontakt zur sächsischen B&H-Sektion, landete man früher oder später unausweichlich bei den Potsdamer Strukturen um Uwe „Uwocaust“

Menzel und seine Band „Proissenheads". Denn die Sachsen waren seit Anbeginn von B&H in Deutschland stark mit den Brandenburgern verbandelt, planten gemeinsam Konzerte und unterstützten sich strukturell.

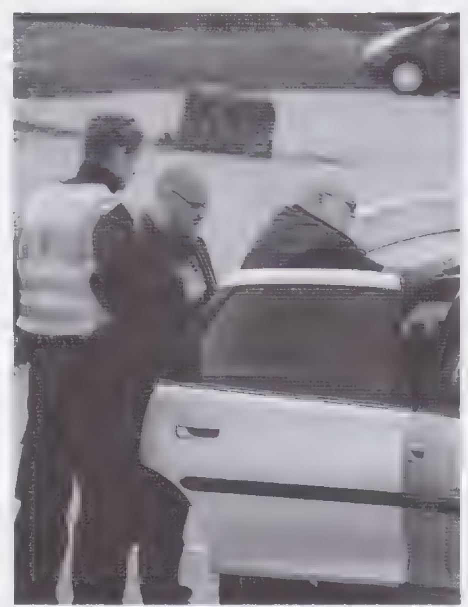
Ein Gruß im Booklet der Debut-CD von „Warhammer" an die Potsdamer „Proissenheads" erscheint demnach nur logisch. Mit ihnen bestritten die Engländer ihr erstes Konzert in Deutschland, organisiert von der sächsischen B&H-Sektion im Mai 1998 im Raum Chemnitz. Wie weit sich die Chemnitzer und die Potsdamer auf den englischen C18-Flügel um Browning bezogen ist unklar. Fest steht, dass das Chemnitzer B&H-Netzwerk eines der bundesweit aktivsten war und man ohnehin im Vertrieb und in der Produktion von RechtsRock nicht an ihnen vorbei kam.

Ähnlich wie in Chemnitz war bei den Potsdamer Strukturen schon früh ein Hang zu bewaffneten Gruppen ersichtlich. Etwa 1997, als Menzel - gemeinsam mit Neonazis aus der sächsischen B&H-Sektion, dem später engsten Unterstützernetzwerk des NSU - an einer Reise in die USA teilnahm, um neben Stadtbesichtigungen auch mit Waffen, darunter einer Pumpgun, zu hantieren. Nur ein paar Jahre später im Sommer 2000 fand die Polizei bei ihm eine scharfe Waffe.

Als Anfang Januar 2001 ein Brandanschlag auf die Trauerhalle des jüdischen Friedhofs in Potsdam verübt wurde, bekannte sich eine Gruppe namens „Nationale Bewegung" zur Tat.

Ende Januar 2001 folgten Drohanrufe der „Nationalen Bewegung" an diverse Behörden in Potsdam. Die Gruppe wollte einen Auftritt des Kabarettisten Serdar Sumuncu verhindern. In einem von den Ermittlern abgehörten Telefonat vom 1. Februar 2001 erwähnte der Gesprächspartner gegenüber Menzel: „ich habe die Bombe gelegt. Nationale Bewegung, hehehe".[2]

Ein Jahr zuvor nahm Menzel, wie auch der „Proissenheads"-Musiker Schartow, an konspirativen Treffen einer Gruppe von Neonazis aus Brandenburg teil, die sich selbst „Rollkommando Terrormachine" nannten. Den Treffen wohnten zudem Personen aus der B&H-Struktur und Mitglieder der „Hammerskins" bei. Auch Teile der „United Skins" aus Königs-Wusterhausen



Uwe „Uwocaust" Menzel (rechts) in einer Polizeikontrolle im Rahmen eines RechtsRock-Konzerts in Thüringen 2012.

waren bei den Treffen anwesend. Geplant und diskutiert wurden dort vorrangig Übergriffe in Bezug auf Spiele des FC Stahl Brandenburg gegen Vereine, deren Fanszene nicht in das extrem rechte und rassistische Weltbild des „Rollkommando Terrormachine" passte.

Neben der Anbindung an waffenaffine Netzwerke in Sachsen unterhielten die Potsdamer um Menzel somit auch eigene regionale Zellen. Das „Rollkommando Terrormachine" soll darüber hinaus als Security für Konzerte der „Proissenheads" gewirkt haben.

„Warhammer" und „Proissenheads" waren nicht nur durch ihre Anbindung an rechts-terroristische Gruppen aufgefallen, sondern auch durch ihr gemeinsames ideologisches Fundament.

Unmissverständlich berufen sich die Engländer in ihren Texten auf den „heiligen Rassenkrieg" und den bewaffneten Kampf gegen „Z.O.G" („Zionist Occupied Government"), etwa mit ihrem Lied „Die Jew Die" (dt. „stirb Jude stirb"). Bei „Proissenheads" ist dieser Kampf gegen die „jüdische Weltverschwörung" chiffriert in Songs wie „Öffne deine Augen" zu finden.

„Rassenkrieg" und Finanzierung

Gegrüßt wird auf der ersten CD von „Warhammer" außerdem der Berliner Ableger von „Blood & Honour", der bis zur Jahrtau-



Das Cover der 2000 auf „ISD Records" erschienenen Debut-CD der britischen C18-Band „Warhammer"

sendwende vom späteren V-Mann Stephan „Pinnochio" Lange geführt wurde. Im Zuge einer Razzia fand die Polizei bei Lange im März 2000 Unmengen von B&H-Propagandamaterial, darunter Magazine der deutschen B&H-Division. Letztere beinhalteten ein ausführliches Interview mit Thorsten Heise, wie auch ein Gespräch mit William Pierce, dem Autor des Romans „Turner Diaries"[3]. An diese fiktive Erzählung knüpften real Neonazis wie der Bombenattentäter Dave Copeland an. Nach seiner Verhaftung gab er an: „Wenn Sie die Turner Diaries gelesen haben, naja, im Jahr 2000 beginnt die Revolution [tatsächlich im Jahr 1991], und die Rassengewalt wird die Straßen beherrschen..."[4]. Auch der NSU hatte sich der Lektüre angenommen, in der Pierce den Weg einer rechts-terroristischen Zelle schildert.

Stephan Langes Kontakte zur englischen C18-Gruppe um Browning müssen allerdings schon viel früher bestanden haben, mindestens seit Mitte der 1990er Jahre. Denn seine Berliner B&H-Sektion hatte gemeinsam mit dem „Kameradschaftsbund Anklam" (KBA) ab 1995 bundesweit bedeutende Konzerte u.a. in Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt. Erst in Klein Bünzow und ab 1998 in Groß Schwiesow wurden Konzerte mit bis zu 600 Personen veranstaltet.[5] Regelmäßig waren dort die C18-Bands „No Remorse", „Warhammer", „Kraftschlag" und „Hate Society" auf der Bühne zu finden.

Wohin die Gewinne aus den gut besuchten Konzerten flossen, ist Spekulation. Offiziell wollte man „Überschüsse den Ge-



Screenshot von SPON

„Die Jew Die", zu deutsch „Stirb Jude stirb", hatte sich der NSU-Unterstützer André Eminger großflächig auf den Bauch tatowiert. Das antisemitische Bekenntnis ist auch der Titel eines Songs von „Warhammer".

fangenenhilfsorganisationen" zukommen lassen, wie es auf einem u.a. von den B&H-Sektionen Brandenburg und Sachsen unterschriebenen Infozettel bei einem von 2000 Neonazis besuchten Konzert im September 1999 in Garitz (Sachsen-Anhalt) hieß. Nur einen Monat später, Ende Oktober, forderte B&H bei einem Konzert mit der C18-Band „Razors Edge" in Thüringen von Standbetreibern eine Gebühr von 200 DM. Das und der von den rund 500 BesucherInnen geforderte Eintritt von 30 DM dürfte einen Gewinn im fünfstelligen Betrag erbracht haben. „Für einen guten Zweck, aber welcher blieb offen", schrieb ein Konzertteilnehmer später in einem rechten Fanzine.

Tatsächlich soll ein Protagonist der Thüringer B&H-Sektion dem Chemnitzer NSU-Unterstützer Thomas Starke im Jahr 2000 Gelder angeboten haben, damit die drei abgetauchten Neonazis im Untergrund über die Runden kämen. Starke lehnte jedoch, mit der Begründung ab, dass die drei bereits andere Geldquellen hätten. Schließlich gehörten Banküberfalle ab Dezember 1998 zum Repertoire des NSU.

Auch das B&H-Netzwerk in Sachsen soll zwar „mal hier 500 D-Mark (...), mal da 700 D-Mark" für das Trio gesammelt haben[6], sonderlich hilfreich dürften diese Beträge jedoch nicht gewesen sein. Allein ihr damaliger Unterschlupf in der Altchemnitzer Straße in Chemnitz kostete monatlich rund 450 DM Miete.

Dass es auch anders geht, macht ein Bericht aus dem sächsischen Fanzine „Sachsen Glanz" deutlich. 4.000 DM vom Erlös eines Konzertes am 27. Februar 1999 in Sachsen habe man für „Anwaltskosten an ungarische Kameraden" gespendet.

20.000 DM habe man auch mutmaßlich bei einem Konzert mit 250 BesucherInnen eingenommen, wie aus einem protokollierten Gespräch zwischen Thorsten Heise und einem „Danny" aus den 1990er Jahren hervor geht.[7] Gelder die laut Heise „für nen ganz besonderen Kampf" verwendet werden sollen. Heise veranstaltet mit seinen Gefolgsleuten der „Arischen Bruderschaft" bis heute gut besuchte Neonazi-Konzerte und besitzt beste Kontakte in das internationale B&H/C18-Netzwerk.

Gegenseitige Bezugnahme

Mit ihrer zweiten Veröffentlichung „German-British Terrormachine II" rückten „Warhammer" noch näher an das mutmaßliche UnterstützerInnen-Netzwerk des NSU in Sachsen. Die 2001 von Jan Werners Label „Movement Records" aus Chemnitz veröffentliche CD war eine Split mit „Blitzkrieg" aus Chemnitz. Mit „Terrormachine" wird sich dabei deutlich auf den Namenszusatz von „C18" bezogen: „Combat 18 - Terrormachine".

Die Ende der Neunziger Jahre gegründete Band „Blitzkrieg" besitzt bis heute Kultstatus in der Szene, was auch auf die Personalien der Musiker zurück geführt werden kann. So waren der Schlagzeuger und der Sänger der Band - die Zwillinge Kay und Jörg Richter - u.a. in den „Saalschutz" auf Konzerten eingebunden und gehörten der 2007 aufgelösten extrem rechten Hooligangruppe „HooNaRa" („Hooligan Nazis Rassisten") an. Auch „Blitzkrieg"-Gitarrist Paul Morgenstern gilt als Multi-Funktionär der RechtsRock-Szene. Er wirkte um die Jahrtausendwende in zahlreichen Bands mit, etwa in Ralf „Manole" Marschners Band „Westsachsengesocks". Marschner soll den NSU im Untergrund in Zwickau unterstützt haben. Morgenstern ist bis heute nicht nur bei „Blitzkrieg" aktiv, sondern u.a. auch bei den Bands „Brainwash" und „Leichenzug". 2006 wurde zudem gegen ihn im Zusammenhang mit der „Division 28" ermittelt, die als eine Nachfolgeorganisation von B&H galt.

Laut Szeneinsidern soll der in Zwickau wohnhafte Morgenstern darüber hinaus ein enger Weggefährte des NSU-Unterstützers André Eminger sein. Eminger wie auch Morgenstern bewegen sich schließlich seit fast zwei Jahrzehnten in der NS-Black Metal-Szene.

Wie ein Who-Is-Who des NSU-Unterstützernetzwerkes wirkt die Grußliste der „German-British Terrormachine II". Wie viele Bands dieser Zeit grüßten auch „Warhammer" Jan Werner in ihrem CD-Booklet mit „Jan the man". Er hatte um die Jahrtausendwende zahlreiche internationale B&H-Bands unter Vertrag und kümmerte sich um die Logistik und Logie der ausländischen Bands auf Konzerten in Deutschland. Auch Andreas „Mucke" Graupner wird separat für „die Hilfe" gedankt. Auch er war rund um die Chemnitzer B&H-Sektion, sowie deren beigefügte Konzertgruppe „Skinheads Chemnitz 88" tonangebend.

Graupner spielte später in der Stuttgarter RechtsRock-Kultband „Noie Werte",

Die Chemnitzer RechtsRock-Band „Blitzkrieg" um die Brüder Kay und Jörg Richter bei einem Konzert 2011 in England, organisiert von „Blood & Honour"



deren Wege sich abermals mit „Warhammer" im August 2006, auf einem B&H-Konzert in England, kreuzten.

Der wechselseitige Bezug zwischen der C18-Band „Warhammer" und (vor allem) dem mutmaßlichen NSU-UnterstützerInnenkreis ist ab 2000 nicht nur auf dem Papier erkennbar. Seitens der deutschen Szene entstehen Tribute an die Band. So zählte „Die Jew Die" live zu einem beliebten Coversong von „Blitzkrieg". Auch André Eminger, der damals mit seinem Bruder Maik Eminger die elitäre „Weiße Bruderschaft Erzgebirge" ins Leben rief und sich mit der Gruppe in engster Nähe der Chemnitzer Strukturen befand, verinnerlichte die Textzeile. „Die Jew Die" steht in großen Lettern auf seinem Bauch tätowiert.

Nach dem Verbot ist vor dem Verbot

Als sich die britischen RechtsRock-Veteranen „Skullhead" 2001 wiedervereinten, und neben Gründungsmitglied Kevin Turner auch „Warhammer"-Gitarrist Fraser Robinson in der Neubesetzung auftauchte, waren es die sächsischen Strukturen, die im Februar 2001 ein Konzert in Chemnitz mit der Band möglich machten. Nur wenige Monate zuvor war B&H bundesweit verboten worden. Auf der Bühne standen zudem „Warhammer", „Solution" aus Leipzig, „Blitzkrieg" aus Chemnitz und gerüchteweise auch die konspirativ wirkende Berliner Band „Landser". Dementsprechend auserlesen war die Runde und nur bis zu 120 Neonazis nahmen teil - unüblich für solch ein international besetztes Konzert.

„Wahrhammer" schien der Kult um sie in Chemnitz zu gefallen. Auf ihrer letzten CD „We are the law" widmen sie den Sachsen ein Lied namens „Chemnitz". Neben den Textzeilen „Chemnitz hoonara! Chemnitz skinheads", bezieht sich die Band auch auf das „white kombiteam", in Publikationen oft auch als „Kombiteam Immerzu" erwähnt. Unterschiedliche Quellen bezeichnen diesen Zusammenhang als subkulturell geprägte Clique um die „HooNaRa" und die Band „Blitzkrieg".

Vereint mit Widersprüchen

C18, „Blood & Honour" und der NSU sollten entsprechend nicht voneinander getrennt betrachtet werden, sowohl hinsichtlich des Konzepts, als auch im Bezug auf den Personen- und UnterstützerInnenkreis. Wie stark sich die Sprachrohre dieser Gruppen, d.h. die im engsten Umfeld agierenden Bands, auf einander beziehen, wird durch Bands wie „Warhammer" und „No Remorse" erkennbar.

Allerdings beleuchten die aufgezählten Beispiele mehrheitlich nur den Browning-Flügel um C18 und den Einfluss von „Wahrhammer" auf das deutsche Netzwerk. Innerhalb der bundesweiten Sektionen von B&H sind jedoch zahlreiche Widersprüche und Konflikte bekannt, sei es in Bezug auf C18 England oder zwischen einzelnen VertreterInnen in Deutschland.

Nicht jede der Sektionen war sich etwa mit den sächsischen und thüringischen Strukturen einig, hatten diese doch schon vor dem Verbot 2000 ihren eigenen Weg eingeschlagen und damit eine Parallelstruktur in der Szene errichtet. Das ist vor allem hinsichtlich der Ermittlungen im Rahmen des Verbots von B&H erwähnenswert, da diese Strukturen somit weitgehend von Seiten des Staates verschont blieben. Strukturen, die es aufgrund eigener Stärke scheinbar nicht mehr nötig hatten Teil eines bundesweiten Netzwerkes wie B&H zu sein, die mehrmals in Zusammenhang mit Waffen standen und um die Jahrtausendwende den NSU maßgeblich unterstützen, blieben also größtenteils unberührt.

Nicht alle im B&H/C18-Netzwerk trauten zudem exponierten Personen wie Bernd P. über den Weg, boykottierten diesen sogar in Teilen und sprachen sich gegen seinen Einfluss bei B&H/C18 aus. Genauso wenig wollten sich alle VertreterInnen von B&H in Deutschland vom C18-Flügel um Browning vereinnahmen lassen. Der Konflikt um den Einfluss der Terrororganisation auf das Musik-Geschäft schwelt bis heute.

Fest steht jedoch, dass das Kern-Element RechtsRock bis heute ein propagandistisches Sprachrohr zur Untermalung, bzw. Aufforderung zu Anschlägen und Morden ist. Gelder aus Konzerte können zur Unterstützung von Gefangenen und zur Beschaffung von Waffen genutzt werden. •

1 https://exif-recherche.org/?p=4399 **2** Siehe AIB Nr.: 118 „Nationale Bewegung Die Nicht-Aufklarung einer rechten Anschlagsserie" **3** AIB Nr. 120 „Der NSU und das organisierte Verbrechen" von Dirk Laabs **4** Stefan Aust und Dirk Laabs „Heimatschutz", S. 362 **5** Siehe „RechtsRock - Bestandsaufnahme und Gegenstrategien", S.215 ff. **6** Siehe Stefan Aust und Dirk Laabs „Heimatschutz", S. 387 **7** Siehe AIB Nr. 116 „Der V-Mann ‚Nias' Teil einer gescheiterten Strategie?" von Dirk Laabs

NS-SZENE

Chemnitz, quo vadis?

Der Wirt Ali T. steht vor den Resten seiner Existenz, als er am Morgen des 18. Oktober in dem ausgebrannten Restaurant „Mangal" eintrifft. Unbekannte haben wenige Stunden zuvor große Mengen Brandbeschleuniger vergossen und angezündet. Nur ein paar hundert Meter trennten das Restaurant vom Aufmarschort rechter Akteure in Chemnitz.

Die ersten Aufmärsche Ende August und Anfang September nach dem Tod des 35-jährigen Daniel H. am Rande des Stadtfestes waren geprägt von einer enormen Gewaltbereitschaft. Zudem reisten Personen aus dem gesamten Bundesgebiet an, wobei sich das Spektrum von „besorgten Bürgern" über Hooligans bis zu Kadern der Neonazi-Parteien NPD, „Die Rechte" und „Der III. Weg" erstreckte. Seitdem sind gut drei Monate vergangen und fast wöchentlich mobilisiert die rechte Wählervereinigung „Pro Chemnitz" zu Aufmärschen in die Innenstadt. Unterstützt wird sie dabei von einem Netzwerk rechter Einzelpersonen und Gruppen, die im Zuge der rassistischen Mobilisierungen 2014/2015 zusammenfanden. Neben Hauptorganisator Martin Kohlmann und Anmelder Robert Andres, beide Vertreter von „Pro Chemnitz", ist eine Vielzahl von Personen mit Aufgaben betraut, die auch andernorts extrem rechte Aktivitäten unterstützen. So werden etwa die Ordnerdienste vom Dresdner PEGIDA-Anwalt Jens Lorek sowie von Katja Kaiser übernommen. Letztere ist wöchentlich bei den PEGIDA-Aufmärschen in Dresden anzutreffen und pflegte Kontakte zur rechts-terroristischen „Gruppe Freital". Weitere Ordner wie Thomas Witte und Arthur Österle entstammen dem rechten Verein „Heimatreue Niederdorf" oder der rechten Plattform „Wellenlänge Heidenau", wie Madeleine Feige. Kay Hönicke, Mitveranstalter der Berliner „Wir für Deutschland"-Aufmärsche (WfD), hatte dem Chemnitzer Bündnis ebenfalls eine Kooperation zugesichert. Neu ist zudem ein Personenkreis, der aus einer geschlossenen, virtuellen Gruppe namens „Oculatus Deutschland" hervorging.

Neben fast wöchentlichen Auftritten von Kohlmann, Andres und Sepp List, sprachen auf den Aufmärschen rechte und rassistische Meinungsmacher wie Serge Menga und der ehemalige Polizist und Buchautor Tim Kellner. Auch der aus Halle stammende Neonazi Sven Liebich konnte sich in diesem Rahmen mit seinem pseudosatirischen Projekt „Merkel-Jugend" präsentieren. Darüber hinaus trat Hans-Christoph Berndt vom Bündnis „Zukunft Heimat" aus Cottbus in Chemnitz auf. Auch Martin Sellner, Chef der „Identitären Bewegung Österreich", wurde angekündigt, musste kurzfristig allerdings abgesagt werden – wohl auf Grund interner Streitigkeiten.

Beteiligung lässt nach

An den Mobilisierungserfolg des Spätsommers kann derzeit, trotz prominenter Redner, nicht angeknüpft werden. Nachdem sich die Aufmärsche zunächst zwischen 700 und 1.000 Teilnehmenden einzupendeln schienen, führten u.a. Regen und Kälte dazu, dass die Zahl der TeilnehmerInnen in den unteren dreistelligen Bereich fiel. Nicht einmal der Besuch von Angela Merkel – dem ausgemachten Feindbild Nr. 1 – mobilisierte die Massen. Zudem versammelt sich „Pro Chemnitz" seit Anfang Dezember nur noch alle zwei Wochen. Mitte Dezember folgten dem Aufruf lediglich rund 200 Personen.

Mit den sinkenden TeilnehmerInnen-Zahlen geht auch eine Veränderung in der Zusammensetzung des Klientels einher. Während zu Beginn noch organisierte Neonazis, u.a. aus der Fanszene des Chemnitzer FC wie Tim K., Sebastian F. oder Max H. anzutreffen waren, wirken die Aufmärsche heute „bürgerlicher". Zwar befinden sich unter den Teilnehmenden immer noch Personen wie Maik Arnold, lokaler Kader der Neonazi-Partei „Der III. Weg", doch tritt dieser nicht als Abgesandter der Partei auf, sondern als Vertreter des rechten Lokalvereins „Unsere Heimat – Unsere Zukunft" aus Oelsnitz/Erz. Neben Anhängern sogenannter Heimatvereine kommen nun mehr „besorgte Bürger", Mitglieder der AfD, die den Unvereinbarkeitsbeschluss zu „Pro Chemnitz" ignorieren und Gruppen, die sich zu Zeiten der rassistischen Mobilisierungen gegen die Unterbringung von Geflüchteten gegründet haben. Organisierten und erlebnisorientierten Neonazis dürften die von Routine geprägten wöchentlichen Aufmärsche mittlerweile zu unspektakulär geworden sein.

Das enorme Gewaltpotential, das sich bei den ersten Aufmärschen entladen hat, ist jedoch nicht verschwunden, sondern änderte lediglich seinen Rahmen. Denn in zeitlicher und räumlicher Nähe zu den Aufmärschen kam es immer wieder zu Übergriffen. So wurde Ende August ein jüdisches Restaurant zum Ziel von Neonazis, im September klirrten die Scheiben einer Einrichtung der Partei DIE LINKE und Anfang Oktober wurde ein persisches Restaurant samt Inhaber angegriffen. Trauriger Höhepunkt war dann der Brandanschlag auf das Restaurant „Mangal".

Hinzu kommt der Auftritt einer Art Bürgerwehr am Chemnitzer Schlossteich vom 14. September, bei dem feiernde Jugendliche schikaniert wurden und in Folge einer Auseinandersetzung ein Iraner verletzt





Foto EXIF Recherche

Oben: v.l.n.r.: Christian Keilberg, Marcel Walenta und Tom Woost, mutmaßliche Mitglieder der Gruppe „Revolution Chemnitz", auf einem Aufmarsch im Spätsommer 2018 in Chemnitz.

Unten: 3.v.r.: Martin Kohlmann in einem Pulk von Neonazis, die in Chemnitz 2004 antifaschistische Demonstrant_innen einschüchterten und teilweise angriffen.

wurde. Unter den Tätern gibt es Überschneidungen zu acht wenig später festgenommenen Personen, die der Gruppe „Revolution Chemnitz" angehören sollen: Christian Keilberg wurde im Nachgang der Auseinandersetzung in U-Haft genommen und gilt als Anführer der Gruppe. Er war bereits Mitte der 2000er Jahre im Umfeld der Kameradschaft „Sturm 34" aktiv, die im unweit von Chemnitz gelegenen Mittweida Andersdenkende terrorisierte. Deren damaliger Anführer Tom Woost befindet sich ebenfalls unter den mutmaßlichen Mitgliedern von „Revolution Chemnitz", neben Sten Ertl, Martin Herrmann, Marcel Walenta, Sven Weigt, Hardy Christopher Weinberger und Maximilian Völkl. Ein weiteres ehemaliges Mitglied von „Sturm 34", Tommy F., war auch unter den Angreifern am Schlossteich. Gegen „Revolution Chemnitz" laufen derzeit Ermittlungen wegen der Gründung einer terroristischen Vereinigung. Übergriffe auf Pressevertreter_innen am Rande der Aufmärsche von „Pro Chemnitz" bleiben weiterhin die Regel.

Ausblick

Die ersten Aufmärsche im August 2018 offenbarten, wie schnell sich eine große Zahl gewaltsuchender Neonazis mobilisieren lässt, wenn es der Anlass hergibt und verdeutlicht in welcher Weise diese eine Radikalisierung befördern. Dass die Mobilisierungserfolge langfristig nicht zu halten sind, dürfte den OrganisatorInnen von „Pro Chemnitz" bewusst gewesen sein. Schon die vergangenen Aufmärsche des PEGIDA-Ablegers in Chemnitz schrumpften nach anfänglichen Erfolgen bis 2016 auf weniger als hundert Teilnehmende. Eine lange Durststrecke dürfte Martin Kohlmann und seinen MitstreiterInnen, hinsichtlich der Kommunalwahlen 2019 bevorstehen, denn es ist fraglich, ob sich diese Aktionsform für „Pro Chemnitz" bis dahin auszahlen wird. Solange die Spendenaufrufe fruchten und das Echo in den rechten Filterblasen anhält, werden sie dies jedoch sicher als Erfolg verbuchen.

Sowohl der Winter, als auch die Routine und der fehlende Gegenprotest wird es „Pro Chemnitz" jedoch schwer machen, nicht in die Bedeutungslosigkeit zu rutschen. Schließlich ist letzterer ein elementarer Faktor, um sich als Opfer darstellen zu können.

In der Organisation der Aufmärsche kann „Pro Chemnitz" auf ein in den vergangenen Jahren gewachsenes Netzwerk von rechten Strukturen in Chemnitz und Sachsen zurückgreifen, das sich als ausreichend stabil erwiesen hat, um über einen Zeitraum von drei Monaten regelmäßig mobil machen zu können. Diese Mobilisierungen bewirkten bereits eine Radikalisierung und steigerten die Zahl von Übergriffen auf migrantische und nichtrechte Personen. Dazu kommt ein gefestigter Alltagsrassismus und Anfeindungen gegenüber migrantisch wahrgenommenen Menschen. Der Chemnitzer „Wutbürger" fühlt sich darin bestätigt, seinen Rassismus ohne Konsequenzen offen ausleben zu können. Ohne gesellschaftliche Schmach, ohne behördliche Verfolgung und ohne klare Kante seitens der Regierenden in Sachsen. Stattdessen würden Aktionen wie der „Online-Pranger" des „Zentrums für politische Schönheit" die „Spaltung der Gesellschaft" vorantreiben, so der sächsische Innenminister. Derselbe der sagte, es habe im Spätsommer in Chemnitz keinen „Mob" gegeben. •

BRAUNZONE

Das „Studienzentrum Weikersheim“: Ein Instrument der AfD?

TIMO BÜCHNER

Im September 2018 lud das „Studienzentrum Weikersheim“ (kurz: SZW) unter dem Motto „Das Jahr 1918 und die Folgen“ zur 41. Jahrestagung auf Schloss Weikersheim (Main-Tauber/Baden-Württemberg). Volker Kempf, seit 2014 ein aktives Mitglied des Kreistags Breisgau-Hochschwarzwald und Vorsitzender der AfD-Kreistagsgruppe, wurde zum Vizepräsidenten des SZW gewählt. Damit verdichtet sich die personelle Nähe des SZW zur AfD zum wiederholten Mal. Schließlich pflegt die selbsternannte „Denkfabrik“ seit Jahren enge Verbindungen in die Neue und extreme Rechte.

Die „Filbinger-Affäre“

Die „Filbinger-Affäre“ erschütterte Ende der 1970er Jahre die süddeutsche Landespolitik: Die früheren Tätigkeiten des CDU-Politikers und baden-württembergischen Ministerpräsidenten, Hans Filbinger, als NSDAP-Mitglied und NS-Marinerichter wurden aufgedeckt und öffentlich kritisiert. Infolgedessen trat er von seinem Amt zurück. Ein Jahr später, 1979, initiierte er die Gründung des rechtskonservativen Zentrums auf Schloss Weikersheim. Filbinger sah im SZW die „Antwort auf die sogenannte Kulturrevolution aus den 60er Jahren“ und forderte die Zuwendung zu „Staatsgesinnung, geistiger Führung und geistiger Leistungselite“. Über Jahrzehnte hinweg bewies das SZW, wie diese „Antwort“ aussah. Denn: Es zeichnete sich vor allem durch seine umstrittenen Redner*innen aus dem rechten Spektrum aus.

In der Geschichte des SZW markierte die „Oettinger-Affäre“ (2007) zweifelsohne eine Zäsur: Günther Oettinger, damaliger Ministerpräsident Baden-Württembergs, hielt eine Trauerrede zur Beerdigung Filbingers und bezeichnete ihn als „Gegner des NS-Regimes“, der persönlich keine Hinrichtung von Deserteuren im NS-Regime zu verantworten gehabt habe. Es folgte internationale Kritik, weshalb Oettinger seine Aussage zurücknahm. Einen Rücktritt lehnte er allerdings entschieden ab. Bis heute konnte sich das SZW nicht von der internationalen Kritik um die „Oettinger-Affäre“ erholen. Die Veröffentlichung der „Weikersheimer Thesen“ (2013) sollten einen Neustart des Think Tanks ermöglichen. Darin wird das SZW als „Diskussionsforum für die zeitgemäße Formulierung eines freiheitlichen Konservatismus“ beschrieben, um sich „auf christlichem Fundament“ mit den „Problemen der Gegenwart des 21. Jahrhunderts“ zu beschäftigen.

„Unkultur von Ressentiment und Hass“

Prof. Dr. Harald Seubert, Präsident des „Studienzentrum Weikersheim“ von 2013 bis 2016, trat sein Amt mit dem Anspruch an, das SZW im Sinne der „Weikersheimer Thesen“ zu erneuern. Jedoch räumte er wenige Wochen vor der 39. Jahrestagung (9. bis 11. September 2016) sein Scheitern ein. Er trat von seinem Amt zurück und trat sogar gänzlich aus dem SZW aus. Auf seiner Website schrieb er mit Blick auf die rassistischen PEGIDA-Proteste von einer „Unkultur von Ressentiment und Hass“ und meinte, seine Position, „jedwede Berührung des SZW mit diesen Tendenzen eindeutig zu verneinen“, sei im Präsidium nicht geteilt worden. Seubert resümierte: „Diesen Grunddissens konnte ich nicht länger ignorieren“. Auf Nachfrage der „Jungen Freiheit“ präzisierte er, „daß Mitglieder und Teile des Vorstandes Kontakte zu Gruppierungen wie der AfD oder Pegida unterhielten und deren Präsenz im SZW wünschten“. Grundsätzlich bestehe eine „Unfähigkeit (nahezu) jeder konservativen Tendenz seit 1945, eine klare Zäsur zu dem nationaldeutschen Hexenkessel zu ziehen“; seine „Erneuerungsversuche“ seien am Ende an dieser „Front zerbrochen“. Die Wahlen im Rahmen der Jahrestagung ergaben, dass Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider und Prof. Dr. Jost Bauch, zuvor waren beide Vizepräsidenten, das SZW künftig in einer Doppelspitze führen sollten. Bauch ist inzwischen verstorben.

Personalie: Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider

Inhaltlich vertraten die beiden einen Mix aus Rassismus und Verschwörungsideologie. Im gemeinsam veröffentlichten Buch „Einwanderung oder Souveränität: Deutschland am Scheideweg. Die Illegalität der Zuwanderung und der Verfall des Staates“ behaupten sie, die Regierung würde „Fremde in großer Zahl zur Einwanderung einladen“ und „auf lange Sicht den Souverän, das Volk, austauschen“. Die angebliche „Landnahme der Fremden“ führe in eine „multikulturelle Zufallsbevölkerung“ und ende in „bürgerkriegsähnlichen Entwicklungen“. Schachtschneider pflegt enge Kontakte zur AfD. Zwar ist er kein AfD-Mitglied, aber er ist einer der 68 Hauptunterzeichner der eurokritischen „Wahlalterna-





links: Volker Kempf
rechts: Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider und Prof. Dr. Jost Bauch (verstorben).

tive 2013", welche in die Gründung der AfD mündete. Zudem ist er regelmäßiger Gastredner im Rahmen von AfD-Veranstaltungen. Mehr noch: Seit März 2018 ist Schachtschneider eines von zehn Kuratoriumsmitgliedern der AfD-nahen „Desiderius-Erasmus-Stiftung". Das Kuratorium, dessen Mitglieder den „Grundgedanken der Stiftung ideell verbunden sind", unterstützt und berät die Vorsitzende Erika Steinbach. Gemeinsam mit Hans-Thomas Tillschneider („Patriotische Plattform" und AfD Sachsen-Anhalt), Götz Kubitschek („Institut für Staatspolitik" und „Sezession") und Jürgen Elsässer („Compact") gründete Schachtschneider das Kampagnenprojekt „Ein Prozent für unser Land", das bundesweit rechte Mobilisierungen finanziell und organisatorisch unter-stützt. Im Laufe der Jahre veröffentlichte Schachtschneider zahlreiche Beiträge in „Sezession" und „Compact", referierte bei „Akademien" des IfS und den sogenannten „Souveränitätskonferenzen" des „Compact"-Magazins. Es verwundert nicht, dass Elsässer ihn als „einen der wichtigsten Staatsrechtler Deutschlands" bezeichnet.

Personalie: Daniel Tapp

Am 25. März 2017 veranstaltete das „Studienzentrum Weikersheim" gemeinsam mit dem AfD-nahen „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten" um den Vorsitzenden David Bendels eine sog. „Frühjahrstagung" mit Thilo Sarrazin auf Burg Lichtenberg bei Oberstenfeld (Landkreis Ludwigsburg/ Baden-Württemberg). Unter den ca. 120 Teilnehmenden befand sich zahlreiche Prominenz des rechten Spektrums wie Rolf Schlierer (Ex-Bundesvorsitzender „Die Republikaner"), Michael Paulwitz (Redakteur „Junge Freiheit") und Dr. Nicolaus Fest (AfD Berlin). Spannend: Neben Dieter Stein (Chefredakteur „Junge Freiheit") sprach die damalige AfD-Spitzenkandidatin zur bevorstehenden Bundestagswahl und heutige AfD-Fraktionsvorsitzende, Dr. Alice Weidel, ein Grußwort. Warum?

Ein Grund könnte sein, dass der aktuelle SZW-Geschäftsführer Daniel Tapp zugleich der Pressesprecher von Alice Weidel ist. Bevor sich die Geschäftsstelle nach Berlin verlagerte, befand sie sich in Wien. Denn, bevor Daniel Tapp im September 2014 die Geschäftsführung des SZW übernahm, war er Assistent der mittlerweile aus der FPÖ ausgetretenen Barbara Rosenkranz. Insofern lag beispielsweise auch das gemeinsame Symposium mit der FPÖ zu „Ungarns Rolle in Europa" (11.Januar 2016) in Wien nahe. Damals saß Schachtschneider, der zum Thema „Orbán vs. Merkel - Masseneinwanderung aus verfassungsrechtlicher Sicht" sprach, auf dem Podium neben Rosenkranz.

Eine „unabhängige Plattform"?

Auf Burg Lichtenberg bezeichnete David Bendels, Vorsitzender des AfD-nahen „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten", das SZW als „unabhängige Plattform". Allerdings offenbaren nicht nur die deutlichen Worte von Prof. Dr. Harald Seubert sondern auch die zahlreichen personellen Verstrickungen der aktuellen Geschäftsführung und Präsidentschaft, dass das SZW längst zum bloßen Instrument der AfD geworden ist. Zwar verzeichnet das „Studienzentrum Weikersheim" seit mehreren Jahren eine stabile und vergleichsweise niedrige Mitgliederzahl von ca. 140 Personen, auch die „Jahrestagungen" der letzten Jahre werden lediglich im niedrig zweistelligen Bereich besucht. Allerdings erfüllt das SZW eine nicht zu unterschätzende Netzwerk-Funktion für die politische Rechte in der Bundesrepublik. Das beweist nicht zuletzt die Veranstaltung auf Burg Lichtenberg. •

Wer Interesse an der Broschure hat, kann gerne eine Mail an kontakt@ngrmt.de schreiben. Mehr Infos zum „Netzwerk gegen Rechts Main-Tauber" gibts auf der gleichnamigen Facebook-Seite sowie auf www.ngrmt.de

BRAUNZONE

Seit Gründung der „Alternative für Deutschland" (AfD) ist die Partei darum bemüht, sich immer wieder als Opfer eines linken Mainstreams darzustellen, das sich massiven Angriffen „aus der sogenannten etablierten Politik, den Medien, selbst den Amtskirchen, Gewerkschaften und anderer Institutionen" ausgesetzt sieht. Anderslautende Auffassungen, vermeintliche Einschränkungen der Redefreiheit oder konkreter Widerstand gegen das Auftreten der AfD werden darin zum Ausdruck einer omnipräsenten „political correctness" oder als Mittel der Zensur interpretiert, dem sich widersetzt werden müsse. Zwei Initiativen von AfD-Mitgliedern wollen sich den vermeintlichen Opfern dieser Politik besonders widmen.

„Alternative Hilfe"

Am 08.Dezember 2018 führte die AfD eine Kundgebung in Stuttgart gegen den sogenannten UN-Migrationspakt durch. Nach Ende der Veranstaltung wurde das Fahrzeug des AfD-Landtagsabgeordneten Stefan Räpple, der als Anmelder der Kundgebung in Erscheinung trat, attackiert. Die beiden Insassen blieben zwar unverletzt, dennoch sprach die AfD im Nachgang der Ereignisse gar von einem „Tötungsversuch". Walter Schwaebsch, Sprecher des AfD-Kreisverbandes Konstanz, betonte gegenüber der regionalen Tageszeitung „Südkurier", dass man sich von solchen Übergriffen nicht beeindrucken lasse, wohl aber „entsprechende Vorsichtsmaßnahmen" ergreifen werde und „eine interne Liste solcher Vorfälle - bundesweit" besitze.

Ob er sich damit auf das AfD-Projekt „Zentrale Erfassung politisch motivierter Straftaten" (ZE-S) bezieht, wird zwar nicht benannt, liegt aber nahe. Das im März 2016 noch unter dem Namen „ZESS - Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter" gegründete Register, geht zurück auf die Initiative des AfD-Landesverbandes Niedersachsen unter dem damaligen Vorsitzenden und jetzigen Bundestagsabgeordneten Armin-Paul Hampel. Hier sollen Straftaten gegen AfD-Mitglieder, Parteibüros bzw. parteinahe Einrichtungen bundesweit in einer eigenen zentralen Datenbank erfasst werden. Ziel sei es, dass „diese Vorgänge auch vom Establishment nicht mehr totgeschwiegen oder negiert werden können". Name und Standort dieser Initiative spielen dabei bewusst mit der bundesdeutschen Geschichte. Die Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen (ZESt) war von 1961 bis 1992 in Salzgitter angesiedelt. Dort sammelte und dokumentierte sie „Hinweise auf vollendete und versuchte Tötungshandlungen (z. B. Schießbefehle an der innerdeutschen Grenze), Unrechtsurteile der DDR-Justiz aus politischen Gründen, Misshandlungen im Strafvollzug, Verschleppung, politische Verfolgung und Beweismittel über diese Vorfälle. Mit dem so zusammengetragenen Material „sollte die Grundlage für eine spätere juristische Aufarbeitung der Straftaten geschaffen werden und im Fall einer deutschen Wiedervereinigung zur Eröffnung von Strafverfahren dienen."[1] Ganz so umfangreich dürfte sich die Arbeit der ZE-S nicht gestalten, scheiterte sie doch bereits mit der damals angekündigten Vereinsgründung. Am 16. Juli 2016 kamen in Kassel sieben AfD-Mitglieder zusammen und gründeten die „Alternative Hilfe". Zweck dieses Vereins ist die „Unterstützung und Beratung von Opfern politisch motivierter Straftaten, die von Gegnern der Partei ‚Alternative für Deutschland' begangen werden." Die Gründung des eigentlich angekündigten Vereins „Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter e.V" hingegen musste aus „vereinsrechtlichen Gründen" verschoben werden und wurde im Jahr 2017 ganz zurückgezogen. Zum Vorsitzenden wurde Armin-Paul Hampel gewählt, der diesen Posten bis Januar 2018 bekleidete. Aufgrund parteiinterner Auseinandersetzungen wurde er im selben Monat vom AfD-Bundesvorstand seines Amtes als niedersächsischer Landesvorsitzender enthoben und ist seitdem auch nicht mehr im „Alternative Hilfe"-Vorstand organisiert. Nach einer kurzen Übergangszeit steht seit April 2018 allerdings das AfD-Mitglied Frank Spickermann aus Nordrhein-Westfalen als neuer Vereinsvorsitzender der „Alternativen Hilfe" und der ZE-S vor. Als Stellvertreter stehen ihm dabei die beiden AfD-Mitglieder Siegmar Wirths aus Hamm und Lutz Urbanczyk aus Berlin zur Seite.

Gemeinsam Einsam

Finanzielle Unterstützung für „gleichgesinnte Patrioten" die „ihren Kopf" hinhalten sowie Rat und Tat will der Verein anbieten. Unter dem Motto „Patrioten helfen Patrioten - Gemeinsam statt einsam" sollen über konkrete Spendenaufrufe Geldmittel akquiriert werden. Dabei macht nicht nur der aktuellste von bisher neun veröffentlichten Aufrufen deutlich, dass die erhoffte Spendenbereitschaft noch Luft nach oben hat. Seit dem 15. November 2018 sammelt die „Alternative Hilfe" Gelder für die Gaststätte „Zur Ratte" in Leipzig. Dort finden seit 2016 immer wieder AfD-Veranstaltungen statt und am 09. November sollte hier ein Kreisparteitag durchgeführt werden. Einige zerstörte Fensterscheiben sowie der



Frank Spickermann (rechts), Vorsitzender der „Alternativen Hilfe" und ZE-S engagierte sich in Marl gegen den Bau einer Moschee.

Einsatz von Farbe verhinderten dies jedoch. Um den vom Wirt auf 50.000 Euro geschätzten Schaden zu begleichen, muss die „Alternative Hilfe" noch etwas sammeln. Bisher sind für den konkreten Aufruf 0 Euro eingegangen und auch die seit Juni 2018 ausgewiesenen zweckungebundenen Spendeneingänge von 2.080,76 Euro schaffen da keine Abhilfe. Offen bleibt, ob es an der mangelnden „patriotischen" Spendenbereitschaft oder doch an den Vereinsverantwortlichen liegt, dass sich ein rechter Erfolg nicht wirklich einstellen will.

Frank Spickermann bemüht sich auch auf Vorträgen, das Ansinnen der Projekte „Alternative Hilfe" und ZE-S innerhalb der AfD zu streuen. Darüber hinaus engagiert sich der aus Duisburg kommende Kaufmann in der Initiative „Wir sind Marler". Zusammen mit „Unabhängige Bürger Partei", „Bürgerbewegung Pax Europa" und der AfD sammelt die Initiative Unterschriften, um ein Bürgerbegehren gegen den Bau einer Moschee auf den Weg zu bringen. Auch der zweite Vereinsaktivist kommt aus Nordrhein-Westfalen. Es handelt sich um den stellvertretenden Sprecher des AfD-Kreisverbandes Hamm, Siegmar Wirths. Dessen Nähe zur Reichsbürgerszene brachte dem Kriminalhauptkommissar zuerst ein Disziplinarverfahren ein und führte Anfang 2017 schließlich zu seiner Suspendierung aus dem Polizeidienst. Als dritter Akteur kam der im April 2018 zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden bestellte Lutz Urbanczyk aus Berlin hinzu. Diese Personalie dürfte ein Grund dafür sein, dass die Anschrift des Vereins mittlerweile in Berlin-Mahlsdorf liegt.

Internationale Kontakte

Mit Lutz Urbanczyk ist ein AfD-Mitglied bei der „Alternativen Hilfe" aktiv, der wegen seiner offensichtlichen Verbindungen in die Neonaziszene selbst bei Teilen der eigenen Partei als problematisch angesehen wird. Deutlich wurde dies zuletzt am Anfang des Jahres. Für den 03. Februar 2018 mobilisierten die „Patrioten Niedersachsen" zu einem Neonaziaufmarsch nach Peine. Die 95 Teilnehmenden setzten sich mehrheitlich aus Mitgliedern von NPD und Die Rechte zusammen. Neben den Neonazis Jens Wilke von der „Volksbewegung Niedersachsen" und Alexander Kurth, der von der NPD über „Die Rechte „mittlerweile bei den Republikanern gelandet ist, sprach u.a. auch Lutz Urbanczyk. Dies wiederum veranlasste den AfD-Kreisverband Celle dazu, sich von der Demonstration und der Person Urbanczyk öffentlichkeitswirksam zu distanzieren. Dabei sind solche Auftritte des AfD-Mitgliedes keineswegs neu. Bereits im September 2017 war Urbanczyk als Redner auf einer PEGIDA-Demonstration im niederländischen Enschede aufgetreten. Zuletzt war er für den 01. Dezember 2018 zum zweiten Mal in Folge als Redner auf dem Parteitag der neonazistischen „Partei National Orientierter Schweizer" (PNOS) angekündigt. Neben weiteren europäischen Neonazis, wie etwa dem Vertreter der ungarischen Partei „Mi Hazànk", Pàl Peter Walter ist auch der international bekannte US-amerikanische „Alt-Right"-Aktivist Richard Spencer dort aufgetreten. Zwar konnte Urbanczyk aus „gesundheitlichen Gründen" nicht an dieser Veranstaltung in der Schweiz teilnehmen, mit der Einladung zeigt sich dennoch deutlich seine Verstrickung in die internationale extreme Rechte. Auch wenn sich die Aktivitäten der „Alternative Hilfe" in einem überschaubaren Maß vollziehen, ist die dahinter liegende Motivation nicht zu unterschätzen. Das Gefühl permanenten Angriffen und Bedrohungen ausgesetzt zu sein ist ein zentrales Motiv rechten Denkens, aus der die Akteure die Legitimität ihrer Politik ableiten. •

1 https://salzgitter.de/stadtleben/kultur/stadtgeschichte/126010100000063574.php

ANTIFA

In Kroatien versuchen Antifaschist_innen mit einem Fußballverein sowohl auf den Rängen als auch in der Region gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck vorzugehen.

Antifa.Fußball.Kroatien

Der FC Zagreb 041 ist ein kleiner Fußballverein aus der kroatischen Hauptstadt, der in der 3. Regionalliga spielt. Dort gibt es zwar unzählige Fußball-Clubs, aber wegen seiner politischen Aktivitäten auf und neben dem Platz ist der FC Zagreb 041 anders. Während die meisten Vereine oder Fangruppen versuchen, soziale und politische Probleme zu verschweigen oder gar extrem rechte Positionen fördern, kämpfen der FC Zagreb 041 und seine Fans gegen jegliche Form von Diskriminierung.

Das Besondere daran ist die Tatsache, dass der Verein mit diesem Ansatz in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens einzigartig ist. Die heutige Republik Kroatien ist ein Land, das in den 1990er Jahren aus dem Wunsch nach Unabhängigkeit und einem starken Nationalismus entstand und dessen Identität maßgeblich durch den jugoslawischen Zerfallskrieg geprägt ist. Der explosionsartige Aufstieg des Nationalismus wurde gerade auch in Abgrenzung zum vorherigen sozialistischen Gesellschaftsprojekt noch stärker befördert. Seitdem dominieren in Bosnien & Herzegowina, Kroatien und Serbien nationalistische oder selbsternannte patriotische Bewegungen das öffentliche und politische Leben.

Die aktuelle Regierungspartei HDZ (Kroatische Demokratische Union[1]) stellte in 22 von 28 Jahren die Regierung und spielte auch während des Krieges eine wichtige Rolle. Ihre Botschaften und Ideen – verbreitet durch staatliche Medien – formten die Vorstellung, dass ein „richtiger Kroate" weiß, christlich, männlich und heterosexuell ist, der jederzeit bereit sein soll für sein Land zu sterben und wenn nötig auch zu töten. Der EU-Beitrittsprozess und eine sozialdemokratische Legislaturperiode waren zwar ein kurzzeitiger Dämpfer für den nationalistischen Diskurs, aber der europaweite Aufstieg konservativer und extrem rechter Strömungen kann auch in Kroatien beobachtet werden. Durch ihr populistisches Auftreten gelang es extrem rechten PolitikerInnen nicht nur Sitze im kroatischen Parlament zu erringen, sondern erstmals auch in der Zagreber Stadtversammlung.



Ähnlich wie in einigen anderen EU-Mitgliedsstaaten wie Polen oder Ungarn, werden die rechten politischen Bewegungen von der katholischen Kirche gefördert. Eines der wichtigsten Beispiele ihres gesellschaftlichen Einflusses lieferte 2013 die Initiative „Im Namen der Familie". Sie sammelte Unterschriften für ein Referendum, bei dem 66 Prozent für eine Definition der Ehe ausschließlich als Gemeinschaft von Mann und Frau votierten. Dieser Sieg diente als Ansporn für ähnliche Vereinigungen, aber auch für PolitikerInnen, um ihre mittelalterliche, chauvinistische und diskriminierende Rhetorik fortzusetzen. Seitdem wurden mehr oder weniger erfolgreiche Initiativen geschaffen, die darauf abzielten, die Rechte sexueller, ethnischer oder religiöser Minderheiten zu reduzieren, das Bild des antifaschistischen Kampfes zu zerstören oder die Zivilgesellschaft zu schwächen.

Die Zerstörung des antifaschistischen Erbes ging einher mit dem Aufstieg eines Geschichtsrevisionismus, in dem das faschistische Ustascha-Regime[2] als Rechtsvorgängerin des heutigen Kroatiens dargestellt wird und ihre Verbrechen geleugnet oder kleingeredet werden. Das ist besonders schmerzlich, wenn man weiß, dass Jugoslawien das einzige europäische Land war, das sich selbst von der faschistischen Besatzung befreit hat und in der Nähe der kroatischen Stadt Sisak die erste antifaschistische Bewegung gegründet wurde. Heute versuchen sogenannte HistorikerInnen, PolitikerInnen und FilmemacherInnen die Opferzahlen der Konzentrationslager zu relativieren und die Ge-



schichte umzuschreiben. Da viele dieser Behauptungen von der Regierung nicht angefochten oder juristisch verfolgt werden, ist es fast schon Normalität, den kroatisch-faschistischen Gruß[3] in der Öffentlichkeit zu hören oder Menschen zu sehen, die Kleidung mit Ustascha- oder sogar Nazi-Symbolen tragen.

Wie immer spiegelt sich die Gesellschaft auch auf den Rängen der Fußballstadien wider: Viele Fans, insbesondere Ultras zeigen regelmäßig extrem rechte Banner und Flaggen oder geben rassistische und andere diskriminierende Gesänge von sich. In der Regel spielen Clubgröße oder Vereinsgeschichte keine Rolle. Auf den Tribünen dominieren Nationalismus und nicht selten faschistische und diskriminierende Ansichten. Diese Probleme sind nicht nur bei den Fans, sondern auch unter den Spielern zu beobachten, vor allem während der letzten Fußball-WM der Männer.

In Anbetracht dessen ist das Projekt eines linken, autonomen Fußballklubs in den Händen der Fans, der aktiv eine inklusive Gesellschaft fördert sowie Rassismus und Diskriminierung bekämpft, noch wichtiger. Der FC Zagreb 041 wurde 2014 gemeinsam von der Fangruppe „White Angels“, mehreren linken und antifaschistischen Initiativen und einigen Einzelpersonen gegründet, die in ihrer Stadt und ihrem Land eine andere Art von Fußball und Fans sehen wollten. Die „White Angels“ waren zunächst Anhänger des FC Zagreb, entschieden sich jedoch, einen eigenen Club zu gründen, da sie unzufrieden damit waren, wie der Eigentümer die Tradition des Vereins zerstörte. In ihren Bemühungen, gegen jede Art von Diskriminierung vorzugehen, bekamen sie keine Unterstützung vom Präsidenten oder von Vereinsmitgliedern. So setzen sie die Tradition ähnlicher Bewegungen in ganz Europa fort, bei denen die Fans beschlossen, den Fußball unter dem Slogan „gegen den modernen Fußball“ zurück zu den Wurzeln und den Menschen zu bringen.

Der neu gegründete FC Zagreb 041 – 041 ist die alte Vorwahl der Stadt – behandelt Probleme sowohl im modernen Fußball als auch in der Gesellschaft im Allgemeinen. So hat der Verein keinen Präsidenten oder eine verantwortliche Person, was im kroatischen Fußball die Ausnahme ist. Die meisten Entscheidungen über Gegenwart und Zukunft des Clubs werden auf Versammlungen getroffen, die durchschnittlich einmal im Monat stattfinden. Für Routine- und Alltagsentscheidungen gibt es Arbeitsgruppen, an denen sich die Mitglieder auf freiwilliger Basis beteiligen, beispielsweise in einer „Arbeitsgruppe für Waren oder Logistik“. Aufgrund dieser in der Region nahezu einzigartigen Art, einen Fußballverein zu leiten, brauchte es auch einige Zeit, um ihn offiziell anzumelden, da die Idee eines Klubs ohne Präsidenten die Stadtbeamten mehr als irritierte.

Durch die Einbeziehung von Geflüchteten in den Verein, die Beteiligung an Initiativen wie der „Zagreb Pride“, einer „Antifaschistischen Nacht“ oder den feministischen 8. März-Protesten zeigen der Verein und seine Fans, dass sie in einer offeneren und inklusiveren Gesellschaft leben wollen. Vom ersten Tag an gab es auch die Idee, dass der Club neben der Männermannschaft auch ein Frauenteam haben und Jugendmannschaften gründen sollte. Ein Frauenteam ist besonders wichtig, da Frauen in Kroatien nicht viele Gelegenheiten haben, Fußball außerhalb einiger professioneller Vereine zu trainieren und zu spielen. Zudem gibt es ein Team mit dem Namen FC Zencad (Ženčad) 041, das in der Amateur-Futsal-Liga spielt und es gibt mittlerweile Pläne, eine eigene Amateur-Liga zu gründen. Die Resonanz war großartig und es gibt ständig Anfragen bezüglich der Praxis des Frauenteams. Durch die Unterstützung einiger NGOs, die mit Geflüchteten arbeiten, konnte es ermöglicht werden, Kinder von Refugees einzubeziehen. Seitdem sind diese auf dem Rasen und in den Rängen zu sehen. Ihre Familien loben diese Gelegenheit oft und der Club wurde als gutes Beispiel für eine erfolgreiche Integration von Geflüchteten anerkannt. Seit Beginn wächst der Club und es kommen neue Leute mit neuen Ideen, die in die Praxis umgesetzt werden, aber es gibt auch Herausforderungen. Obwohl es bislang keine Angriffe auf Verein, Fans oder Spieler gab, kam es zu Bedrohungen, die bisher vor allem durch Graffiti-Sprühereien ausgedrückt wurden. Auch die Situation in der Öffentlichkeit ist durch den Aufstieg der extremen Rechten besorgniserregend. Aber das ist nicht nur ein kroatisches Problem. Sowohl Club als auch Fans schätzen die Zusammenarbeit mit Freunden aus ganz Europa und jeder weiß, dass nur Einheit und Solidarität Veränderungen bewirken können– zuerst in der lokalen Gemeinschaft, dann in größeren sozialen Gruppen. Also rufen die Fans des FC Zagreb 041 alle, die ihre Ideen teilen, dazu auf, sie zu unterstützen und ihre Geschichte zu verbreiten: „Damit wir miteinander in Kontakt treten und voneinander lernen können“. •

1 Am ehesten vergleichbar mit der CDU **2** Nazi-Marionettenregierung im Zweiten Weltkrieg **3** („Za Dom - Spremni!“, „Für die Heimat - Bereit!“)

ANTIFA

Entpolitisierung entgegengetreten

Antifaschistische Beobachtung des „Veddel-Prozesses“

VEDDELPROZESS.BLOGSPORT.EU

Am 17. Dezember 2017 beging Stephan Kronbügel einen Sprengstoffanschlag auf den S-Bahnhof Veddel in Hamburg, bei dem es mindestens einen Verletzten gab. (Vgl. AIB Nr. 118) Im darauffolgenden Prozess, der im Oktober 2018 zu Ende ging, wurde er vom Landgericht Hamburg zu zehn Jahren Haft verurteilt. Das Gericht sah ein rechtes Motiv als „sehr wahrscheinlich“ gegeben. In einer Stadt, deren Name immer wieder fällt, wenn es um die Kontinuität rechten Terrors geht, zeigt sich, wie gesellschaftliche Akteur_innen heute mit einem rechten Anschlag umgehen.

„Da der Bahnhof Veddel von vielen Schwarzen Menschen und PoC genutzt wird (...) liegt es nahe davon auszugehen, dass es sich um einen rassistischen Anschlag gehandelt hat“, schrieb der Account @Antifa309 am 17. Dezember 2017 auf Twitter. Damit machten sie und andere Antifaschist_innen insbesondere auf social media-Kanälen schon vor der Festnahme des Täters auf einen möglichen rechten Hintergrund der Tat aufmerksam. Die Vorgehensweise, einen Sprengsatz mit Schrauben zu versehen und die Wahl eines Ortes, der in der Stadt als migrantisch geprägt gilt, sprachen für einen rechten Anschlag.

Leichte Erkenntnis - die Stadtöffentlichkeit

Die Personalie Stephan Kronbügel hatte es zudem einer breiteren Öffentlichkeit leicht gemacht, einen möglichen rassistischen Hintergrund zu erkennen und zu benennen. Kronbügel blickt auf eine langjährige Gewaltkarriere in der extremen Rechten zurück, die ihren mörderischen Höhepunkt in dem gemeinsam mit Stefan Silar ausgeübten Totschlag an Gustav Schneeclaus im März 1992 fand. Zwar ließ die Polizei hartnäckig verlautbaren, dass es sich bei dem Anschlag auf der Veddel nicht um rechten Terror handele, da Kronbügel nicht mehr Teil der organisierten Neonaziszene sei. Vielmehr sei er jetzt in der sog. „Trinkerszene“ zu verorten. Dennoch fand sich anschließend kein Artikel über den Anschlag ohne Verweis auf diese Vergangenheit des Täters. Antifaschistische und antirassistische Gruppen organisierten kurz nach der Tat eine Kundgebung am Anschlagsort und veröffentlichten weitere Details zu Kronbügel. Diese ordneten ihn als Teil der Geschichte des rechten Terrors in Norddeutschland ein. Bevor er selbst zum Totschläger wurde, bewegte er sich im Umfeld der Mörder von Ramazan Avcı (Vgl. AIB Nr. 105), denen er mit Prozessbesuchen seine Solidarität zeigte.

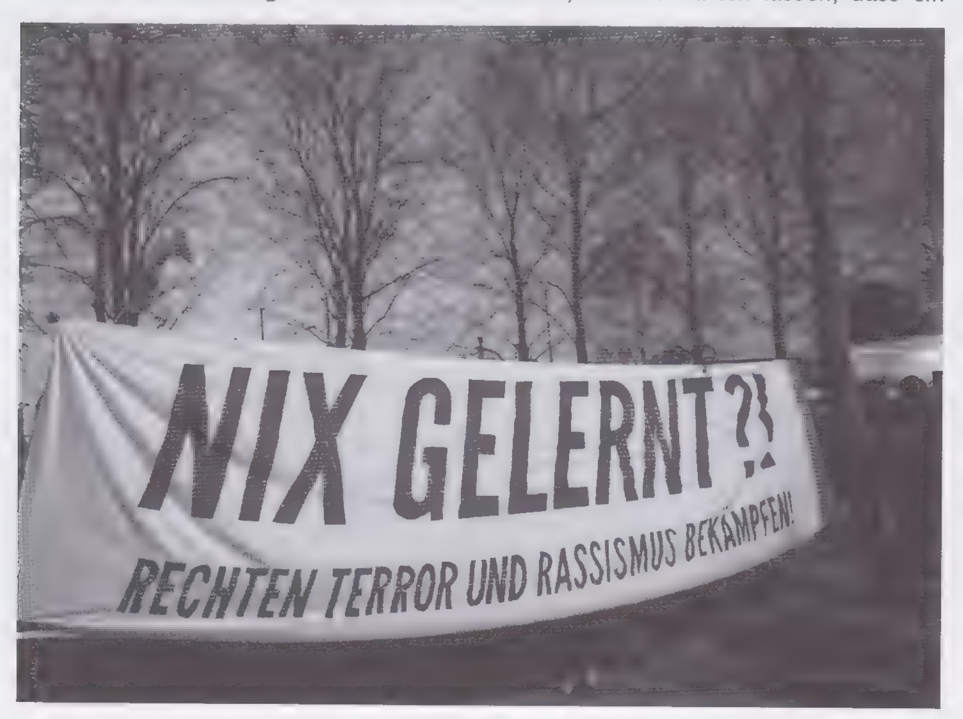
Während die Polizei von diesen Tatsachen unbeirrt an der Entpolitisierung des Anschlags und Kronbügels festhielt, entschied sich die Staatsanwaltschaft zu einer hohen Anklage wegen versuchten Mordes. Mit der Eröffnung des Prozesses fanden wir uns als antifaschistische Prozessbeobachtungsgruppe zusammen, um jeden der Prozesstage zu besuchen, zu protokollieren und Öffentlichkeit herzustellen. Dies taten wir aus zwei Gründen: Wir wollten einer Entpolitisierung des Anschlags im Verfahren entgegenwirken und die Informationen, die es absehbar im Prozess geben würde, dokumentieren. Trotz der hohen Anklage durch die Staatsanwaltschaft befürchteten wir, dass der für uns auf der Hand liegende rechte Hintergrund des Anschlags ausgeblendet werden würde. Allerdings zeigte sich, dass die Kammer genau zu diesem Motiv im Prozessverlauf intensiv Nachfragen stellte und damit auch Versäumnisse der Ermittlungsbehörden, die dies vernachlässigt hatten, nachholte.

Alles wie gehabt - die Ermittlungsbehörden

Nach dem Anschlag wurde deutlich, dass die Polizei in Hamburg entweder nicht in der Lage oder willens ist, rechten Terror zu erkennen oder ihm gründliche Ermittlungen entgegenzusetzen. Ob dies auch an der im bundesweiten Vergleich noch mangelhaften Aufarbeitung des NSU-Komplexes liegt, sei dahin gestellt. Fest steht, dass die Polizei Hamburg größere Verantwortung oder gar Fehler bei den Ermittlungen nach der Ermordung Süleyman Taşköprüs durch den NSU weit von sich weist. Das Ergebnis dieser Nicht-Auseinandersetzung zeigt sich auch an der Bearbeitung des Anschlags am S-Bahnhof Veddel.

Die Beweisaufnahme im Prozess offenbarte darüber hinaus, dass einzelne Poli-

zeibeamte, auch vor dem Anschlag, nicht in der Lage waren, die rechte Einstellung Kronbügels und seines Umfeldes als solche zu erkennen. Das Harburger Umfeld Kronbügels zeigte sich durch die Zeug_innenvernehmungen als ein rassistisches Milieu, in dem eine „gesunde patriotische" Einstellung als normal gilt. Dies offenbarte sich durch hartnäckiges Nachhaken der Vorsitzenden Richterin. Der zuständige „bürgernahe Beamte" wusste trotz alltäglichem Kontakt mit den Harburger Umfeldzeug_innen darüber nichts zu berichten.



Die nachlässigen Ermittlungen wurden besonders augenfällig, als sich eine Ex-Freundin Kronbügels zu Beginn des Prozesses selbstständig beim Gericht als Zeugin meldete. Sie berichtete, dass Kronbügel ihr den Anschlag bereits ein halbes Jahr zuvor mit den Worten, er werde „die Bombe platzen lassen" angekündigt hatte und sie dies auch vor und nach dem Anschlag u.a. einem Polizisten mitgeteilt habe. Dieser habe nur gesagt, „nur weil jemand was aus ‚Polenböllern' zusammenbappt, wird das nichts dolles." Der Polizist konnte sich mutmaßlich aus Selbstschutz vor Gericht nicht erinnern. Wenn der Anschlag schon nicht verhindert werden konnte, hätte es ohne die Entpolitisierung des Geschehens eine umfangreichere Umfeldermittlung geben müssen, die sich selbstverständlich schnell auch den (Ex-) Partnerinnen des Verdächtigen hätte zuwenden müssen.

Extrem rechtes Männlichkeitsideal – Der Täter

Das Bild, welches gefüttert durch die Informationen der Ermittlungsbehörden in den Medien von dem Täter gezeichnet wurde, hätte erwarten lassen, dass ein halbes Jahr nach dem Anschlag zu Prozessbeginn vor Gericht ein heruntergekommener Langzeitalkoholiker sitzt, welcher sich wahrscheinlich an die Tat aufgrund seines Alkoholkonsums nicht mehr erinnern kann. Jedoch war das Gegenteil der Fall: Der Angeklagte erschien weder körperlich angeschlagen noch geistig verwirrt. Vor Gericht saß ein Mittfünfziger mit trainierter Statur in sportlicher Kleidung, der augenscheinlich das Interesse verfolgte, den Tatverlauf zu entpolitisieren und der vermutlich bis zum Ende der Verhandlung davon ausging, für seinen, wie er es nannte „dummen Scherz", mit dem er „nur Leute erschrecken wollte", mit einem sehr milden Urteil bedacht zu werden. Durch die Einlassung des Angeklagten selbst, der Aussagen mehrerer Zeug_innen sowie den Verlesungen aus vergangenen Urteilen entstand ein Bild des Angeklagten, welches sich ziemlich bruchlos an ein extrem rechtes Männlichkeitsideal anschließt: Kronbügel erscheint als politischer Soldat, der seinen Körper trotz seines Alkoholkonsums stählt und sich bereit für den Endkampf hält. Ebenso deutlich wurde sein misogynes Frauenbild. Gewalt gegen Frauen zog sich nicht nur durch seine Beziehungen, sondern auch durch seine Verurteilungen.

Erkenntnisreicher als der vereinzelte Blick auf individuelle biografische Daten ist eine Perspektive, die die gesellschaftliche Situation und das Umfeld, in dem Kronbügel politisch sozialisiert wurde in den Blick nimmt. So finden sich in den Urteilen vergangener Straftaten Beschreibungen der Angeklagten und ihres politischen Milieus, in dem auch Kronbügel verortet werden konnte. Ab 1986 wurde Stephan Kronbügel immer wieder aufgrund von Gewaltdelikten verurteilt. Begangen wurden sie häufig gemeinschaftlich und ebenso häufig ließ sich durch die Verlesung der Urteile im Prozess wegen des Veddel-Anschlags erkennen, dass es sich um Taten handelte, deren Motiv in der rechten Orientierung und Zuordnung zur „Skinheadszene" der Angeklagten beheimatet war. Die politische Sozialisation des Täters vollzog sich zu Hochzeiten der rechten Skinheadbewegung.

Bleiben notwendig – Antifaschistische Interventionen

Wie viele frühere Akteur_innen der extremen Rechten tauchte Kronbügel während des aktuellen gesellschaftlichen Rechtsrucks mit einem potentiell tödlichen Sprengstoffanschlag wieder auf. Darüber, wie er sich von der allgemeinen gesellschaftlichen Stimmung und den rassistisch geprägten Milieus, in denen er sich bewegte, zu seiner Tat angefeuert gefühlt hat, lässt sich auch nach dem Prozess nur spekulieren. Durch die antifaschistische Aufarbeitung, Recherchen und Prozessbeobachtung konnte der Hintergrund des Anschlags trotzdem vollständiger aufgeklärt werden, als es ohne diese Interventionen der Fall gewesen wäre. Mit Blick auf das Verhalten aller gesellschaftlichen Akteur_innen zu rechtem Terror muss dies auch weiterhin selbst in die Hand genommen werden. •



Foto: Jonathan McIntosh, Wall of Crosses in Nogales (CC BY 2.0)

RASSISMUS

Fangen, festnehmen und beschießen

MAX BÖHNEL, NEW YORK

Die US-Regierung rüstet die Grenzen gegen mittelamerikanische MigrantInnen auf. Per Proklamation hatte US-Präsident Donald Trump unter Berufung auf seine Vollmachten im Fall eines nationalen Notstands Anfang November 2018 eine Asylrechtsverschärfung verfügt. Die ist vorläufig ad acta gelegt. Der Bundesrichter Jon Tigar in San Francisco erließ Mitte November 2018 eine einstweilige Verfügung gegen Trumps Erlass, demzufolge vorläufig nur noch legal eingereiste Menschen in den USA Asyl beantragen dürfen. Damit bleibt es weiter beim Anspruch auf Asyl auch bei unerlaubter Einreise.

Doch die längst militarisierten Grenzabschnitte – etwa Tijuana – werden noch weiter ausgebaut. Rund 5.600 Soldaten der US-Army, die auf Anordnung des US-Präsidenten an die Südgrenze zu Mexiko entsandt wurden, verstärken die bestehenden offiziellen Übergänge und Landstriche weiter mit schwerem Stacheldraht und Barrikaden. Zur Militarisierung trägt darüber hinaus die Ausrüstung der Zoll- und Grenzpolizei „Customs and Border Protection“ (CBP) mit martialischem Gerät bei: ausladende Schutzschilder und Schienbeinschützer, lange Knüppel, Tränengas und Gummigeschosse. Sie kamen am 25. November 2018 zum ersten Mal gegen Flüchtende zum Einsatz. Selbstverständlich lobte Trump den Beschuss von Männern, Frauen und Kindern. Viele seien „eiskalte Kriminelle“, twitterte er und drohte, die Grenze „wenn nötig, auf Dauer

zu schließen". Die Demokraten und „aktivistische" Gerichte würden es der Grenzpolizei schwer machen, der Kongress müsse „endlich die Mauer finanzieren".

Zahlreiche Privatunternehmen, die von der US-Regierung in Irak und Afghanistan lukrative Aufträge erhalten hatten, befinden sich im Wartemodus. Laut einem Pentagonsprecher besteht die Aufgabe des Militärs neben dem Ausbau der Grenzanlagen in der Unterstützung der CPB mit Fluggerät, Aufklärung, medizinischer Versorgung und dem Bau von Unterkünften. Laut einem Bericht der linksliberalen Zeitschrift „The Nation" geht die US-Armee nach einer im Irak angewandten Abschreckungsdoktrin namens „terrain denial"(-Geländeverweigerung) vor. Die Soldaten werden dabei den Kontakt mit Immigrationswilligen vermeiden, sagte der Pentagonsprecher. Denn polizeiliche Aktivitäten sind ihnen auf US-Territorium gesetzlich untersagt.

Dass es sich um mehr als ein Wahlkampfspektakel handelte, das Trump vor den Midterm-Wahlen inszenierte, war schon vor dem Grenzpolizeieinsatz in Kalifornien deutlich geworden. Gleich zweimal hetzte er per Twitter gegen Asylsuchende und Einwanderer. „Catch and detain" (Fangen und festnehmen) lautete das Motto. Kurz davor hatte Trump ebenfalls per Twitter dem Bürgermeister der mexikanischen Grenzstadt Tijuana sekundiert, in der am Wochenende mehrere hundert Flüchtlinge angekommen waren. Auch die USA seien „auf diese Invasion" nicht vorbereitet, schrieb Trump, „sie schaffen Kriminalität und große Probleme in Mexiko. Geht nach Hause!"

Die Teilnehmer_innen der „Karawanen", die sich bis zu den US-Grenzübergängen durchschlagen können, stoßen in der Regel nicht auf bewaffnete Soldaten. Stattdessen bekommen sie Baukräne zu sehen, die weitere Metallbefestigungen anbringen, sowie Hubschrauber, die CBP-Polizisten transportieren. Dabei wird es Asylsuchenden so schwer wie möglich gemacht. Der Übergang San Ysidro nördlich von Tijuana wurde für 750 Millionen Dollar modernisiert, kann aber täglich nur 100 Asylanträge bearbeiten – falls die Menschen überhaupt so weit durchgelassen werden. Viele drehen deshalb frustriert wieder ab und versuchen, die offiziellen Grenzposten zu umgehen und an zugänglichen Stellen entlang der etwa 3.200 Kilometer langen Grenze auf US-Territorium zu gelangen.

Doch ihnen wurde auf Anweisung von Trump seit dem 9. November 2018 die Chance auf Asyl verweigert, nachdem sie von CBP-Beamten erwischt wurden. Erst die Entscheidung des Bundesrichters Jon Tigar hat den unbeschränkten Anspruch auf Asylantragstellung vorerst wieder hergestellt. Ob sich die Grenzpolizei, in deren Reihen sich viele Trump-Anhänger befinden, daran hält, ist seitdem unklar. Wie schon bei seinen umstrittenen Einreiseverboten gegen Bürger aus mehrheitlich muslimischen Staaten wird erwartet, dass die Trump-Regierung eine weitere Instanz anruft. Beim Einreiseverbot hatte das Oberste Gericht schließlich eine abgeänderte Version bestätigt.

Trumps Tiraden ermuntern erneut auch Rechtsextreme. Laut einem Armee-Bericht, den „Newsweek" Ende Oktober 2018 veröffentlichte, gehen die Behörden von bis zu 200 Mitgliedern schwer bewaffneter Bürgerwehren aus, die sich auf dem Weg in die Grenzregion machen. In dem Bericht wurde vor „Zwischenfällen" gewarnt. Rechtsextreme könnten versuchen, Militärausrüstung zu stehlen. Anführer diverser Milizen kündigten zudem an, dass noch mehr ihrer Mitglieder an die Grenze mobilisiert würden. Das antifaschistische „Southern Poverty Law Center" (SPLC) sieht zudem die Gefahr eines bewaffneten Angriffs durch einen sogenannten „einsamen Wolf". In der Milizbewegung hätten sich Verschwörungstheorien in den vergangenen Jahren noch stärker ausgebreitet. Das SPLC erinnert an den antisemitischen Massenmörder von Pittsburgh, der Ende Oktober 2018 in einer Synagoge um sich geschossen hatte. Er hatte nur Minuten davor seine Motivation in sozialen Medien dargelegt. Juden in den USA seien für die nicht-weißen „Eindringlinge" verantwortlich, die die weiße Rasse abschaffen würden. „Ich kann nicht zusehen, wie unsere Leute abgeschlachtet werden", schrieb er. •

„KARAWANEN"

Der Marsch mit einer Karawane ist sehr anstrengend, dennoch garantiert er, sicher voranzukommen. Wer die mindestens 2.200 Kilometer lange Strecke durch Mexiko in die Vereinigten Staaten auf eigene Faust bewältigen will, lebt gefährlich: Kriminelle rauben die Reisenden aus, Migrationsbeamte kassieren Schmiergeld, Vergewaltigungen drohen. Die NGO Pueblo Sin Fronteras bietet dem aktuellen Migrant_innenkonvoi logistische Unterstützung. Die gemeinnützige Organisation begleitet und unterstützt „Einwanderer-Karawanen" und ist Mitglied des National Day Laborer Organizing Network (NDLON – Nationales Tagelöhner Netzwerk) mit Sitz in Los Angeles (Kalifornien, USA). Sie kümmert sich vor allem um die Rechte von Migrant_innen und hat Ableger in den Vereinigten Staaten. Inzwischen steigt der politische Druck auf die Organisation. Der honduranische Präsident kündigte an, er wolle „die volle Härte des Gesetzes gegen jene anwenden, die diese Wanderungen mit politischen oder kriminellen Zielen organisieren und fördern". Die Ursache für die Karawanen aus Honduras wird von regierungskritischen Gruppen in der Politik der USA, beginnend mit dem Putsch in Honduras 2009, für den die damalige US-Außenministerin Clinton verantwortlich gemacht wird, gesehen. Hilfsorganisationen sprechen von einem Exodus, der hier vor sich geht. Im Jahr 2017 haben laut UNHCR 294.000 Menschen aus Guatemala, Honduras und El Salvador in den benachbarten Ländern und den USA eine Anerkennung als Flüchtling beantragt – das bedeutet eine Verdopplung der Zahl von 2016 und das sind ganze 16 Mal so viele wie 2011.•

RASSISMUS

Kann sich ein Skandal wiederholen? Es scheint so. Als nach dem 17. September diesen Jahres erste Nachrichten über ein Feuer in der JVA Kleve auftauchten, schrillten zumindest bei den Menschen, die mit dem Fall Oury Jalloh vertraut sind, die Alarmglocken. So offensichtlich sind die Parallelen, so bekannt das Handlungs- und Argumentationsmuster der beteiligten Behörden.

Der Tod von Amed A.

Zu Unrecht inhaftiert

Amed A., der am 29. September an seinen Verletzungen starb, war zu Unrecht inhaftiert. Er wurde Opfer einer Verwechslung, die schwer nachvollziehbar ist. Am 6. Juli wurde er von Klever Polizisten wegen des Vorwurfs der Beleidigung auf sexueller Grundlage zur Identitätsfeststellung auf die Polizeiwache gebracht. Dort hätten sie ihn beim Abgleich der Personalien mit einem Mann verwechselt, der von der Hamburger Polizei wegen Diebstahls zur Fahndung ausgeschrieben worden war und der den Namen Amed A. als Aliasnamen benutzt haben soll. Dass es sich bei dem Gesuchten um einen Mann aus Mali mit schwarzer Hautfarbe handelt, bei Amed A. aber um einen hellhäutigen syrischen Kurden, macht diese Verwechslung kaum nachvollziehbar. Aber nicht nur die Bilder, auch die Geburtsdaten – und orte wurden offensichtlich nicht überprüft. Sonst wäre aufgefallen, dass der Gesuchte in Tombouctou geboren wurde, Amed A. jedoch in Aleppo.

Status: „Nichtdeutsch"

Wie schon im Fall Oury Jalloh scheint der Status des Verstorbenen das entscheidende Moment für diese Verwechslung gewesen zu sein. Ein Flüchtling, der irgendwie auffällig wird.

Amed A. wollen die Ermittler eine Vergewaltigung anlasten. Wenige Tage nach seiner Inhaftierung ist er von diesem Vorwurf vollständig entlastet: Die Zeugin widerruft ihre bisherigen Aussagen und gibt an, die Vergewaltigung erfunden zu haben. Doch dies hat keine Auswirkungen auf den Inhaftierten – er soll ja auch der gesuchte Dieb aus Hamburg sein. Er wird in die JVA Kleve überstellt. Auch dort fällt der Fehler bei der Identitätsfeststellung nicht auf. Hier liegt ein gravierender Unterschied beider Fälle: Nicht nur, dass Amed A. viel länger inhaftiert war als Oury Jalloh. Es waren auch deutlich mehr Personen und Instanzen beteiligt. Oury Jalloh war nur eine Nacht in der Zelle, in der er starb. Ein Arzt stellte zwar seine Gewahrsamstauglichkeit fest, Gespräche mit Psychologen, dem sozialen Dienst sowie weitere ärztliche Untersuchungen konnten jedoch nicht stattfinden, weil er in der Nacht seiner Ingewahrsamnahme verbrannte.

Amed A. wurde mehrfach untersucht und psychiatrisch begutachtet – mit unterschiedlichen Befunden. Während die ersten Gutachten von Suizidgefahr ausgehen und deshalb von Einzelhaft abraten, stellte der Anstaltsarzt in Kleve Anfang August fest, dass keine Suizidgefahr bestehe. Wenige Tage vor dem Brand führte A. ein Gespräch mit einer Psychologin. Sie hielt fest, dass der Gefangene verwirrende und nicht nachvollziehbare Angaben machte und behauptete, nicht der Gesuchte zu sein. Verschiedene Medien berichten mittlerweile übereinstimmend, dass Amed A. versucht hatte, auf die Verwechslung aufmerksam zu machen. Vergebens. Möglicherweise hat das maßgeblich damit zu tun, dass er zu keinem Zeitpunkt einen Dolmetscher zur Seite gestellt bekam – wie auch Oury Jalloh. Was in seinem Fall vielleicht noch mit Nachtzeiten und der vorübergehenden Ingewahrsamnahme zu erklären ist, wirft im Klever Fall umso mehr Fragen auf. Die Angaben dazu, wie gut Amed A. Deutsch sprach, variieren. Daher gibt es zwei Möglichkeiten: Er konnte sich nicht verständlich machen oder er sollte nicht verstanden werden.

Ignorierte Notrufe

Beide, Oury Jalloh und Amed A., versuchten Hilfe zu holen, als die Flammen loderten. In beiden Fällen wurden ihre Notrufe ignoriert. In Dessau drückten die wachhabenden Polizisten den Notruf und den Feueralarm mehrfach weg. In Kleve nahmen die JVA-Bediensteten den Notruf zwar an und waren über mehrere Minuten in Kontakt mit Amed A., sagten ihm aber, dass er warten müsse, weil der zuständige Beamte erst noch ein anderes Telefonat führen müsse. Weil er sich nicht noch einmal gemeldet habe, sei der Notruf dann quittiert worden. Das Politik-Magazin monitor zitiert einen Gefangenen, der berichtet, Amed A.'s Hilferufe sowie der Brandgeruch seien deutlich wahrnehmbar gewesen. Oury Jalloh starb in der ihm zugewiesenen Zelle Nummer 5 in Dessau. Amed A. erlag seinen schweren Verletzungen im Krankenhaus.

Different but same

Allein der Versuch des Vergleichs der öffentlich zugänglichen Informationen macht Parallelen deutlich, die gerade wegen der


Foto: Zaher Ahmad privat / ANF Deutsch

auch offensichtlichen Unterschiede beider Fälle und Abläufe umso bezeichnender sind. Amed A. hatte vermutlich die Gelegenheit, in seiner Zelle Feuer zu legen. Er konnte sich in ihr bewegen, Gegenstände des täglichen Gebrauchs und brennbares Material waren verfügbar. Oury Jalloh war auf einer feuerfesten Matratze fixiert und hatte kein Feuerzeug bei sich. Oury Jalloh könnte von Polizisten ermordet worden sein. Amed A. saß in einer JVA, nicht im polizeilichen Gewahrsam.

Weder Amed A. noch Oury Jalloh hätten in Gewahrsam bzw. Haft genommen werden dürfen. Weil die Gründe dafür nicht gegeben waren bzw. ihr Zustand dem entgegen stand. In beiden Fällen ist auffällig, dass die Frage nach der Entstehung des Feuers sehr frühzeitig beantwortet wurde: Beide sollen das Feuer selbst gelegt haben. Brandsachverständige wurden in beiden Fällen erst spät hinzugezogen. Mittlerweile gibt es auch im Fall Kleve erhebliche Zweifel an der offiziellen Version des Ablaufes, die ein Untersuchungsausschuss des Landtages NRW ab Ende des Jahres klären soll. „Der Brand, so wie er von der Staatsanwaltschaft beschrieben ist, kann so nicht abgelaufen sein", erläutert ein Sachverständiger vom Institut für Brand- und Löschforschung dem Politikmagazin monitor. Das Institut hat ein Brandgutachten zum Brand in der Klever Zelle erstellt. Auch im Fall Oury Jalloh war es u.a. ein Brandgutachten, das die offizielle Version, Jalloh habe den Brand selbst gelegt, für unmöglich erklärte. Die Voraussetzungen sind in beiden Fällen unterschiedlich – aber wieso steht die Entstehungsursache des Brandes in den Augen der Behörden eigentlich so schnell und vor allem ohne Expertise von Sachverständigen fest? Weil nicht sein kann, was nicht sein darf und allein die Möglichkeit, Polizisten oder Justizbeamte könnten Verbrechen begehen, systematisch ausgeklammert wird.

Instanzen versagen

Sehr wahrscheinlich wurden weder Oury Jalloh noch Amed A. über ihre Rechte in einer Weise aufgeklärt, die es ihnen ermöglicht hätten, das Gesagte zu verstehen. Mehrere Institutionen und Personen mit Schutzfunktionen haben versagt. Ärzte, die im Fall Oury Jalloh rassistische Witze machten, Psychologen, die Aussagen der auf sie Angewiesenen als nicht nachvollziehbar abtaten. Bei Oury Jalloh ist die Frage nach der Rolle des Arztes entscheidend für die Dimension des Falls: Er war, wie ein großer Teil der Polizisten, die in der Nacht Dienst taten, auch im Umfeld von zwei weiteren Todesfällen im Dessauer Revier eingesetzt. Im Klever Fall stellt sich ebenso eine grundsätzliche Frage: Hätte die Psychologin genauso gehandelt, wenn ein Deutscher ihr Gesprächspartner gewesen wäre? Dass einer der Psychologen oder Ärzte verlangt hätte, einen Dolmetscher hinzuzuziehen, ist bisher an keiner Stelle öffentlich dokumentiert. Wieso eigentlich nicht? Wie sollten sie jemanden, der nur etwas Deutsch sprach, adäquat einschätzen, wie eine Gefährdung beurteilen? Wie kann ein syrischer Kurde mit einem Menschen aus Mali verwechselt werden, dem er nicht im entferntesten ähnelt?

Die entscheidende Frage in beiden Fällen ist jedoch: Hätte das alles auch einem Deutschen passieren können? Sehr wahrscheinlich nicht. Im Fall Amed A. scheint die polizeiliche Wahrnehmung als Ausländer alle anderen Kriterien überlagert zu haben. Das wiederum ist nichts Ungewöhnliches im polizeilichen Umgang mit migrantischen Zeug_innen.

So frappierend die offensichtlichen Parallelen zwischen dem Tod von Oury Jalloh und Amed A. sind – die eigentliche Klammer ist der institutionelle Rassismus, der beide Fälle erst ermöglichte. Rassismus, gepaart mit nicht existenter Fehlerkultur, nicht vorhandenen unabhängigen Kontrollinstanzen und Rechtfertigungsdruck für polizeiliches Handeln. •

Die im Artikel enthaltenen Fakten zum Fall Amed A. beruhen auf der Auswertung von öffentlich zugänglichen Artikeln und Berichten.

GESCHICHTE

Othmar Toifl: Spitzel gegen die Revolution

BERNHARD SAUER

Vor genau 100 Jahren, am 9. November 1918, stürzte die Monarchie in Deutschland. Streiks und Proteste revoltierender Matrosen und großen Teilen der Arbeiterbewegung führten zur Novemberrevolution in der, neben Beendigung des Kriegs und Abschaffung der Monarchie, auch sozialistische Forderungen laut wurden.

Schon früh versuchten konservative und antisozialistische Kreise daher, dieser Bewegung durch Spitzel und Denunzianten zu begegnen. Ausschreitungen sollten gezielt provoziert werden, um Legitimation für drakonische Polizei- und Militäraktionen zu liefern und damit die Bewegung als Ganzes zerschlagen zu können. Ein besonders eklatantes Beispiel für eine solche konterrevolutionäre Praxis waren die Tätigkeiten von Othmar Toifl.

Toifl war der Prototyp eines Nachrichtenmannes. Sicherlich gehörte er zu den schillerndsten und skrupellosesten Agenten aus dem rechtsradikalen Milieu.

Überfälle

Toifl war in den Diensten der „Antibolschewistischen Liga" und des Stabes der Garde-Kavallerie-Schützendivision. Als deren Agent mischte er sich unter die Kommunisten, nach eigenen Angaben, um „Verbrechen" aufzuklären. Er gewann sehr schnell das Vertrauen der Genossen. Besonders soll er sich mit dem Genossen Max Fichtmann „angefreundet" haben, welcher eine Schankwirtschaft in der Jüdenstraße in Berlin besaß. Wiederholt wurde in der Schankwirtschaft darüber gesprochen, wie die Parteikasse „aufgefüllt" werden könne. Zu diesem Zweck sollte eine geeignete Persönlichkeit „ausgehoben" werden. Es wurde der Plan entwickelt, den Diamantenhändler Orlowsky zu überfallen. Man verkleidete sich als Reichswehrpatrouille und Toifl verlangte die Herausgabe der Brieftasche. Orlowsky gab die Tasche heraus in der Annahme, dass es sich um echte Reichswehrtruppen handele, die zu diesem Vorgehen berechtigt seien. Die Tasche enthielt ca. 2.000 Mark. „Gleich darauf", so das spätere Urteil, „versetzte ihm ein anderer mit dem Gewehrkolben einen so heftigen Schlag über den Kopf, daß der Kolben teilweise zersplitterte. Orlowsky erreichte jedoch glücklich ein Haus an der Chaussee und wurde dort verbunden." Toifl erstattete sofort am nächsten Tag durch seinen Verbindungsmann Anzeige bei der Reichswehr. Das Gericht verurteilte Fichtmann im Oktober 1919 wegen versuchter räuberischer Erpressung zu einer Zuchthausstrafe von 12 Jahren. Gegen Toifl wurde keine Anklage erhoben. Er behauptete, dass er von den „Kommunisten gezwungen wurde, bei dem Ueberfall dabei zu sein. (...)." Seine Aussagen blieben unbeeidigt.

Mord

Auch in einer Mordsache tauchte Toifl auf. Karl Blau besaß einen Mitgliedsausweis des Spartakusbundes und war während der Januarkämpfe 1919 in Berlin der Kommandant der revolutionären Besatzung der Büxenstein'schen Druckerei und soll die Arbeiter aufgefordert haben, „bis zum letzten Blutstropfen gegen die Regierungstruppen zu kämpfen". Doch Blau war auch ein Agent der „Antibolschewistischen Liga" und betrieb ein Doppelspiel: Er lieferte auch den Kommunisten geheime Berichte und verlangte dafür eine entsprechende Entschädigung. Als die Kommunisten von der Spitzeltätigkeit Blau's erfuhren, beschlossen sie – so die Anklageschrift im Blau-Prozess – dessen Liquidierung. In Berlin besuchte Blau am Abend des 1. August 1919 eine kommunistische Versammlung. Schon auf der Versammlung wurde Blau von einem Teil der anwesenden Genossen zur Rede gestellt. Ein Trupp Kommunisten umringte Blau und bezichtigte ihn der Spitzelei. Die nächsten Stunden sind vor Gericht widersprüchlich. Fest steht nur, dass Blau ermordet wurde. Man hatte ihm Wein mit Morphium zu trinken gegeben. Als Blau eingeschlafen war, wurde ihm eine Schlinge um den Hals gelegt und zugezogen. Die Leiche wurde in eine Decke gehüllt, aus dem Haus gebracht und in den Landwehrkanal geworfen, aus dem sie dann am 7. August 1919 geborgen wurde. Und wieder tauchte Toifl im Umfeld dieses Vorganges auf.

Der Prozess selber dauerte vom 24. Juni bis zum 5. Juli 1920 und fand in der Öffentlichkeit reges Interesse. Von Seiten der Verteidigung wurde die Behauptung aufgestellt, dass die Lockspitzel der Polizei die eigentlichen Täter seien. Toifl stand im Verdacht, an der Tat beteiligt gewesen zu sein: „Man inszenierte ein Kesseltreiben; schob den Kommunisten den lästigen Blau hin, als Beute; man wollte ihnen die Ausführung eines Urteils überlassen, das man selbst gefällt hat. Dann hatte man zwei auf einen Schlag: man war den Blau los und hatte neue kommunistische Greuel!".

Toifl wurde eingehend vernommen. Er beantragte Personenschutz, ansonsten aber bestritt er jedwede Tatbeteiligung. Zahl-



Foto: Privatbesitz von Felizitas Toifl

Othmar Toifl im Jahre 1934





Foto: Wikipedia (gemeinfrei)

reiche Kommunisten behaupteten dagegen in den Verhandlungen, dass Toifl es gerade gewesen sei, der immer wieder versucht habe, die Genossen zu strafbaren Handlungen zu animieren. Eine Zeugin sagte aus, „er habe sich immer an die jungen Leute herangemacht und sie zu Gewalttaten aufgefordert“. Gegen Toifl wurde jedoch keine Anklage erhoben. Das Schwurgericht verurteilte dagegen die anderen Beteiligten zu mehreren Jahren Zuchthaus.

Beide Prozesse machten die undurchsichtige Rolle von Toifl deutlich: Wenn es tatsächlich seine Aufgabe gewesen sein soll, Verbrechen aufzuklären, warum hat er nicht im Vorfeld versucht, diesen Überfall zu verhindern? Auffällig ist aber das massive Auftreten auch anderer Polizeispitzel. Warum haben diese nicht mit vereinten Kräften versucht, den Mord zu verhindern? Von den Polizeispitzeln erschien nicht einer vor Gericht. So blieb die Rolle der zahlreichen Agenten völlig im Dunkeln.

Agents Provocateurs

Festzuhalten ist, dass Toifl nur einer von hunderten bezahlten Spitzeln und Zuträgern war. Der Blau-Prozess hat offen gelegt, dass allein die Garde-Schützendivision 110 Agenten unterhielt. So ist wiederholt der Verdacht geäußert worden, dass Agenten der Garde-Kavallerie-Schützendivision im Anschluss an die große Protestdemonstration vom 5. Januar 1919 in Berlin die Druckerei des „Vorwärts“ und die großen Betriebe von Mosse, Ullstein, Scherl, Büxenstein und das Wolff'sche Telegrafenbüro besetzten. Die Besetzung der Zeitungshäuser war verhängnisvoll, sie lieferte auch den Vorwand für das brutale Eingreifen der Freikorps. Sind die Besetzer des Zeitungsviertels in eine Falle gelockt worden, um insgesamt gegen die Arbeiterbewegung vorgehen zu können?

Am 1. September 1930 trat Toifl der NSDAP bei (Mitglieds-Nr. 312782). Auch hier scheint er innerhalb der NSDAP seine Agententätigkeit weiter fortgeführt zu haben – diesmal für die NSADP-Leitung gegen parteiinterne Abweichler.

So berichtete der Leiter der SA Berlin-Brandenburg und SS-Führer Kurt Daluege spätere Leiter der Gestapo, dass Toifl seit Juli 1931 für Heinrich Himmler und seit Oktober 1931 für ihn nachrichtendienstlich tätig gewesen sei. Toifl habe Daluege mit Informationen über Kommunisten, Sozialdemokraten und Zentrumsleute versorgt. Nach der Machtübernahme habe Toifl begonnen Nachrichten über höhergestellte Persönlichkeiten der NSDAP zu sammeln. 1933 wurde Toifl bekannt und berüchtigt als Kommandant der SS-Mannschaft im Columbiahaus – eine der schlimmsten Folterstätten, die die Nationalsozialisten nach 1933 errichtet hatten. In seinem Buch „Der SS-Staat“ schreibt Eugen Kogon, im Columbiahaus „wurden wohl die schlimmsten Greueltaten verübt, die sich menschliche Einbildung vorstellen kann“ und auch Diels berichtete über das Columbiahaus als einzigartige Folterstätte. „Die unzulänglichste Stätte war das Columbiahaus. Es übertraf an Systematik der Torturen die Marterhöhlen der SA. Es war eine völlig selbständige Domäne der SS. Erst allmählich drangen Gerüchte über den wahren Charakter dieser Unternehmung an unsere Ohren. Wie zum Symbol war ein Mann namens Toifl der ‚Leiter'. Er hatte sich durch nichts anderes als durch Eifer und Sadismus seine dominierende Stellung verschafft. (...)“ Doch seine undurchsichtige Tätigkeit als Nachrichteninformant wurde ihm nun schnell zum Verhängnis. Während des sogenannten „Röhm-Putsches“ wurde Toifl erschossen. Die genauen Hintergründe und der Umfang seiner geheimdienstlichen Tätigkeiten sind bis heute unbekannt. Fest steht nur, dass Toifl über ein Jahrzehnt für die Gegner der Demokratie gespitzelt hatte und auch vor Mordkomplotten nicht zurückschreckte – bis er den neuen Herren schnell selber zu ungemütlich wurde. •

1 www.bernhard-sauer-historiker.de/B_Sauer_zfg_10 2016.pdf 2 Spitzel. Aus dem Sumpf der politischen Polizei. 1922. https://portal.dnb.de/bookviewer/view/1033575666#page/n0/mode/2up

GESELLSCHAFT

Der Rechtsruck der Mitte

REGINA WAMPER

Bei der Frage nach autoritären Formierungen in Deutschland und Europa und den Bedingungen für den rasanten Aufstieg der AfD, ist die Debatte um Flucht und Migration relevant. In ihr verdeutlichen sich die Verschiebungen im politischen Diskurs. Es war und ist nicht maßgeblich die AfD, von der diese Verschiebungen ausgingen.

Am 26. August 2018 kam es in Chemnitz zu einer Auseinandersetzung zwischen sechs Personen. Eine Person wurde getötet. In den Leit-Medien wurden die Tatverdächtigen entlang ihrer Herkunft als geflüchtete Syrer und Iraker benannt, der getötete hingegen wurde oftmals entlang seiner Berufswahl als Schreiner bezeichnet. Der Problemzusammenhang war mit dieser Erzählung bereits aufgemacht. In sozialen Medien tauchte unter Rassist_innen dementsprechend schnell die Geschichte auf, dass Flüchtlinge „einen von uns" getötet hätten und fügten hinzu, dass dies dann sicherlich etwas mit einer als liberal imaginierten Flüchtlings- und Asylpolitik zu tun habe. Noch am Abend des Tattages und an folgenden Tagen kam es zu extrem rechten Demonstrationen, in deren Zuge rassistische und antisemitische Übergriffe und Angriffe erfolgten. Auch politische Gegner_innen wurden attackiert.

Sämtliche Leitmedien lehnten die Ausschreitungen ab. Der Sprecher der Bundesregierung Steffen Seibert verurteile „Hetzjagden auf Menschen anderen Aussehens". Es dürfe „keine Selbstjustiz" geben. Auch bei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) sprach man von der Gefahr, „dass die Bürger das Recht selbst in die Hand nehmen und auf Bürgerwehren und Selbstjustiz bauen".

Erstaunlich war, dass nicht die Phrase der Selbstjustiz zum Anstoß öffentlicher Debatten wurde und auch nicht, dass die GdP offensichtlich meinte, Neonazis hätten durch rassistische und antisemitische Angriffe „das Recht selbst" in die Hand genommen, ganz als ob die Opfer der Angriffe irgendetwas mit der Tat zu tun gehabt hätten. Auch der Begriff der Selbstjustiz vermittelt dies und entsprechend des rassistischen Framings der Tat war eine solche Aussage absehbar. Stein des Anstoßes war hingegen der Begriff der Hetzjagden. Den hatte auch Merkel selbst genutzt: „Wir haben Videoaufnahmen darüber, dass es Hetzjagden gab [...] und das hat mit unserem Rechtsstaat nichts zu tun".

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer widersprach in einer Regierungserklärung im Sächsischen Landtag. Es habe keinen Mob, keine Hetzjagden und keine Pogrome gegeben. Der ehemalige Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, teilte dies und behauptete ferner, dass keine Belege dafür vorliegen würden, dass das im Internet diesbezüglich kursierende Video zu diesem Vorfall authentisch sei. Er nehme an, dass es sich um eine gezielte Falschinformation handele. Innenminister Horst Seehofer schließlich zeigte in der rheinischen Post Verständnis für „eine Aufregung und eine Empörung in der Bevölkerung wegen dieses Tötungsdelikts" und damit für die Demonstrationen. Er selbst, so sagte er, wäre dort mitgelaufen, wenn er nicht Innenminister wäre, allerdings natürlich nicht mit „Radikalen". Er meinte, die Migrationspolitik sei Ursache für den Aufstieg extrem Rechter und nicht nur dafür, denn „die Migrationsfrage ist die Mutter aller politischen Probleme in diesem Land". Viele Menschen würden eben „ihre sozialen Sorgen mit der Migrationsfrage" verbinden.

Und letzteres stimmt ja auch irgendwie. Die Ethnisierung des Sozialen ist ein durchaus gängiges, wenn auch rassistisches Deutungsmuster, ebenso wie die Ethnisierungen von Sexismus und von Kriminalität im Allgemeinen. Für diese Interpretationen, die Probleme ins ethnisch andere zu legen, braucht es eigentlich gar keinen Seehofer und ebensowenig eine AfD. Dieser Begründungszusammenhang findet sich nicht erst seit 2015 in den Leitmedien selbst, es ist eine vielfach erzählte Geschichte. Der Flucht- und Migrationsdiskurs von 2015 war durchzogen von der Konstatierung bzw. Befürchtung von denormalen Zuständen: Steigende Migration bedinge Kriminalität, höhere soziale Ungleichheit und auch die Terrorgefahr in Deutschland steige. Zudem wurde Migration als ursächlich für Rassismus angenommen.

Die Markierung von Geflüchteten als Problemursache für allerlei bis hin zum Rassismus, ist ein zentrales extrem rechtes Argumentationsmuster und sie war ein gängiges Deutungsschema in bürgerlichen Diskursen während der Fluchtdebatte. Seehofer hat dies mit seinem Statement in Stein gemeißelt. Die „Migrationsfrage ist die Mutter aller politischen Probleme in diesem Land". Das heißt im Umkehrschluss auch, ohne Migration gäbe es keine politischen Probleme in diesem Land. Rassismus wird so zur Selbstverteidigung einer marginalisierten und bedrohten autochtonen Bevölkerung.

Nun sollte dieser Ausspruch Seehofers nicht verwundern. Er ist neben etlichen



anderen in seiner Partei nicht ganz unbekannt für solche Positionen. Bei einem Deutschlandtag der Jungen Union 2010 meinte er, „Wir wollen nicht zum Sozialamt für die ganze Welt werden" und ein Jahr später fügte er auf dem politischen Aschermittwoch hinzu, dagegen werde sich die Berliner Koalition „bis zur letzten Patrone" wehren. Ob das seine Forderungen nach Obergrenzen für Asylsuchende waren (und damit nach einer Abschaffung des Asylrechts) oder sein Ausspruch, der Islam gehöre nicht zu Deutschland, ob sein Wunsch nach Ankerzentren oder seine ausgedrückte Freude darüber, dass ausgerechnet an seinem 69. Geburtstag 69 Personen nach Afghanistan abgeschoben wurden, ob das jüngst die bundesweite Plakataktion zur „Freiwilligen Rückkehr" war, Seehofer war nie verlegen um das Äußern von Positionen, die eher Vertreter_innen extrem rechter Parteien zugeschrieben werden. Er ist mit solchen Parolen nicht allein in der CSU. Es sei nur kurz an Andreas Scheuer erinnert, der 2016 beim Regensburger Presseclub sagte: „Das Schlimmste ist ein fußballspielender, ministrierender Senegalese, der über drei Jahre da ist. Weil den wirst Du nie wieder abschieben." Wie substanziell solche Positionen sind, dass sie eben nicht nur plumper „Populismus" sind, wird spätestens durch einen Gastbeitrag von Alexander Dobrindt in der Welt deutlich. Dobrindt beklagt da eine vermeintliche linke Meinungshegemonie und konstatiert: „Auf die linke Revolution der Eliten folgt eine konservative Revolution der Bürger. Wir unterstützen diese Revolution und sind ihre Stimme in der Politik." Wir hier unten rechts gegen die da oben links.

Zur Erinnerung: Der Ruf nach einer Konservativen Revolution ist eben kein Ausdruck des Konservatismus, der Wahrung des Bestehenden, sondern ein Aufruf zum nationalen Umsturz. Armin Mohler, ein Vordenker der Neuen Rechten nutze diesen Begriff 1950 als umstrittenen Sammelbegriff für unterschiedliche völkische, jungkonservative und nationalrevolutionären Bewegungen der Weimarer Republik. Mohler versuchte so eine scharfe Trennungslinie zu nationalsozialistischen Ideen herzustellen, um der intellektuellen extremen Rechten eine halbwegs saubere Ahnenreihe zu verschaffen.

Auch schon vor Mohler wurde dieser Begriff für einen nationalen Umsturz verwendet. Beispielsweise von Edgar Jung, der ein Jahr nach seinem 1931 erschienenen Buch „Die Herrschaft der Minderwertigen" den Aufsatz „Deutschland und die konservative Revolution" veröffentlichte. Darin hieß es: „Konservative Revolution nennen wir die Wiederinachtsetzung all jener elementaren Gesetze und Werte, ohne welche der Mensch den Zusammenhang mit der Natur und Gott verliert und keine wahre Ordnung aufbauen kann. An Stelle der Gleichheit tritt die innere Wertigkeit, an Stelle der sozialen Gesinnung der gerechte Einbau in die gestufte Gesellschaft, an Stelle der mechanischen Wahl das organische Führerwachstum, an Stelle bürokratischen Zwangs die innere Verantwortung echter Selbstverwaltung, an Stelle des Massenglücks das Recht der Volkspersönlichkeit. Die Grundhaltung des neuen Menschen, der diese Ordnung begründet, die dadurch die Persönlichkeit und ihr Eigenstes erst wieder herstellt, daß sie diese in demütige Beziehung zum Ganzen setzt, [...] ist eine religiöse."

Dobrindt ist sicherlich kein Revolutionär, die CSU keine sonderlich umstürzlerische Partei. Aber was Dobrindt hier deutlich gemacht hat, ist: Sollte es zu einem nationalistischen Umsturz kommen, zu einer Konservativen Revolution, dann wird die CSU an ihrer Seite stehen. •

Regina Wamper ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Duisburger Institut fur Sprach- und Sozialforschung. Dort forscht sie meist diskursanalytisch zur extremen Rechten, zu Rassismus und Antifeminismus. Sie veröffentlichte u.a. zusammen mit Margarete Jager 2017 eine Studie zum Fluchtdiskurs 2015/2016 und ist Mitherausgeberin des beim Unrast-Verlag erschienenen Sammelbandes „Autoritäre Zuspitzung. Rechtsruck in Europa"

GESELLSCHAFT

In der postkolonialen Erinnerungspolitik findet die AfD derzeit ein neues Betätigungsfeld für ihren Rassismus. Gleich ob es um Straßenumbenennungen, die Restitution von geraubten Kulturgütern oder die Anerkennung des Genozides in Deutsch-Südwestafrika geht, sie vertritt zuverlässig eine kolonialapologetische Sichtweise. Wie funktioniert dies im Einzelnen und was lässt sich der AfD entgegenhalten?

Die AfD entdeckt den deutschen Kolonialismus

ANDREAS BOHNE

Im Lokalen agitieren

Erstens setzt die AfD auf die Ablehnung von Straßenumbenennungen und Erinnerungskonzepten auf lokaler Ebene. So wie etwa im Berliner Bezirk Mitte: Viele Jahre engagierten sich dort migrantisch-diasporische und deutsche AktivistInnen für eine Umbenennung der Petersallee, der Lüderitzstraße und des Nachtigalplatzes im Afrikanischen Viertel. Im April 2018 war es dann soweit, die Bezirksverordnetenversammlung beschloss neue Namen. Die AfD positionierte sich gegen die Umbenennung, lud zu „Bürgerdialogen" und Kundgebungen für die Beibehaltung ein. Schließlich, so die AfD-Sichtweise, könne man nur so die Erinnerung an den Kolonialismus aufrechterhalten.

Aktuell fordert die AfD die Beibehaltung der Wissmannstraße im Berliner Bezirk Neukölln. Als Begründung dient das „Engagement" des früheren Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika, Hermann von Wissmann, gegen den arabischen Sklavenhandel, der nur militärisch beendet werden konnte[1], wie es in einer Postwurfsendung 2017 hieß. Damit wiederholte sie die damalige koloniale Argumentation. Ende Juni 2018 lud die AfD-Fraktion zu einem „Bürgerdialog" zur Umbenennung ein. Dieser wurde zwar abgesagt, jedoch nicht aufgrund der spontanen Proteste, sondern durch die Entscheidung des Neuköllner Rathauses.

In beiden Fällen versucht die AfD, sich - offensiv und nicht versteckt - an die Spitze der zumeist schon bestehenden Gegenbewegung und der öffentlichen Diskursräume zu stellen. Sie setzt dabei auf die partizipative Karte und beschwert sich über ein vermeintliches Übergehen der AnwohnerInnen. Vehikel dafür sind für sie Bürgerinitiativen oder Dialoge, um die öffentliche Meinung und die Politik zugunsten eigener Interessen zu beeinflussen. Unterschiedlich ist die konkrete Vorgehensweise: Wird im Afrikanischen Viertel versucht, die Vorbehalte der lokalen BewohnerInnen auszunutzen und sich an die Spitze bestehender Gegenproteste zu setzen, geht es bei der Wissmannstraße darum, selbst einen Beteiligungsprozess zu etablieren und eine von der AfD dominierte Gegenbewegung zu initiieren. Dass die Partei es in Neukölln geschafft hat, zum ersten Mal die Diskussion um die Wissmannstraße in den breiteren öffentlichen Raum zu holen, liegt aber auch daran, dass dem im April 2016 eingebrachten Antrag der Neuköllner Fraktion der Grünen für eine Bürgerbeteiligung nicht nachgekommen wurde. Dies ermöglicht nun das lokalpatriotische Auftreten der AfD.

Etwas anders verhält es sich in Hamburg. Hier etablierte die Stadt, insbesondere auf Druck postkolonialer Gruppen, einen Prozess für das städtische Erinnerungskonzept. Aufgrund ihrer Präsenz im Hamburger Landesparlament wurde die AfD darin einbezogen. Als Ende März 2018 zum zweiten „Runden Tisch zur Kolonialismus-Aufarbeitung" geladen wurde, nahm auch der AfD-Abgeordnete Alexander Wolf teil. Nach Protesten aus der Schwarzen Community musste er jedoch den Saal verlassen. Daran gab es durchaus Kritik, denn der AfD gelang es so, sich als Opfer darzustellen, und ihren Ansichten konnte im öffentlichen Raum nicht entgegen getreten werden.

Restitution? Überflüssig!

Die zweite Ebene der AfD-Befassung mit dem Kolonialismus betrifft die postkoloniale Provenienzforschung[1] und Restitution[2]. Anfang Juli 2018 stellte die AfD im Bundestag eine Große Anfrage zur „Aufarbeitung von Provenienzen". Die AfD gab sich dabei viel Mühe und entwarf einen detailversessenen Fragenkatalog. In der Einleitung identifiziert die AfD drei Problembe-



reiche: Die geringe Personal- und Finanzdecke für Provenienzforschung, die Frage nach "konservatorischen und kuratorischen Know-hows in den Herkunftsländern" und die Überformung der postkolonialen Aufarbeitung durch marxistische Ansätze. Während der erste Punkt eine Tatsache aufgreift, die von postkolonialen KritikerInnen ebenfalls genannt wird, nämlich dass mit dem Verweis auf Kosten und Zeit eine Hinhaltetaktik bei möglichen Restitutionsansprüchen erfolgt, zeigen die anderen Fragen, in welche Richtung es eigentlich geht: schlicht um Rassismus und Hegemonie. Restitutionen etwa von afrikanischen Kulturgütern lehnt die AfD mit dem Argument ab, es gebe in den Herkunftsländern keine Erfahrungen und vor allem „keine westlichen Standards“. Dass es sehr wohl ExpertInnen aus den Herkunftsländern gibt, übergeht die AfD.

Wie über Geschichte gelernt, wo und von wem sie interpretiert werden müsse, ist für die AfD klar: im Globalen Norden und durch den Globalen Norden. Schließlich gebe es in Afrika eine eher „orale Weitergabe der Geschichte“, nur hiesige Museumskonzeptionen seien Norm der Wissensvermittlung. Damit suggeriert die AfD, Kulturgüter sollten nur den BesucherInnen europäischer Museen zur Verfügung stehen. Die eurozentristische Zivilisierungsidee des Kolonialismus lässt grüßen.

Kein Genozid, keine Entschädigung

Die dritte Ebene der Beschäftigung der AfD mit Kolonialismus betrifft den Genozid an den OvaHerero und Nama im damaligen Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia). Jahrzehntelanges Engagement namibischer Gruppen, unterstützt von hiesigen schwarzen, afrodeutschen und weißen AktivistInnen, erreichte, dass die Bundesregierung 2015 den Völkermord als solchen benannt und einen - wenn auch in seiner gegenwärtigen Umsetzung zu kritisierenden - Dialog begonnen hat. Im Juni 2018 gab der AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Protschka dem rechten Magazin „ZUERST!“, das sich zunehmend als AfD-Sprachrohr positioniert, dazu ein Interview. Bereits die erste Antwort verdeutlicht die Kernmerkmale der AfD-Sicht: „Es geht dabei offiziell um die Aufarbeitung des sogenannten Herero-Aufstandes von 1904 bis 1908. Die Regierung in Windhuk ist der Meinung, daß für die Schäden an dem Volk der Herero - das den Krieg übrigens begonnen hat - Entschädigungszahlungen fällig sind. Dabei haben wir seit 1990 870 Millionen Euro Entwicklungshilfe an Namibia gezahlt. [...] Diese enorme Summe ist aber in den Taschen irgendwelcher linksradikaler SWAPO[3]-Seilschaften versickert, und jetzt sucht man halt nach neuen Einnahmequellen.“

Ein genauer Blick auf das Zitat zeigt die verschiedenen Dimensionen der rassistischen Argumentationsstruktur: Es handele sich lediglich um einen „Aufstand“, nicht um einen Völkermord. Es wird auf die Schuld der Herero verwiesen, ohne das koloniale Unrechtsregime als Ursache auch nur ansatzweise in Betracht zu ziehen. Daneben suggeriert Protschka mit dem Adjektiv „offiziell“ eine Hidden Agenda, um dann zu behaupten, dass Aufarbeitung nur Geldzahlungen bedeute. Ganz in der Tradition des kolonialen „Wir und die Anderen“ haben „wir“, also das ‚deutsche Volk‘, bereits umfangreiche Zahlungen an

„sie“, die linksradikalen Seilschaften, geleistet.

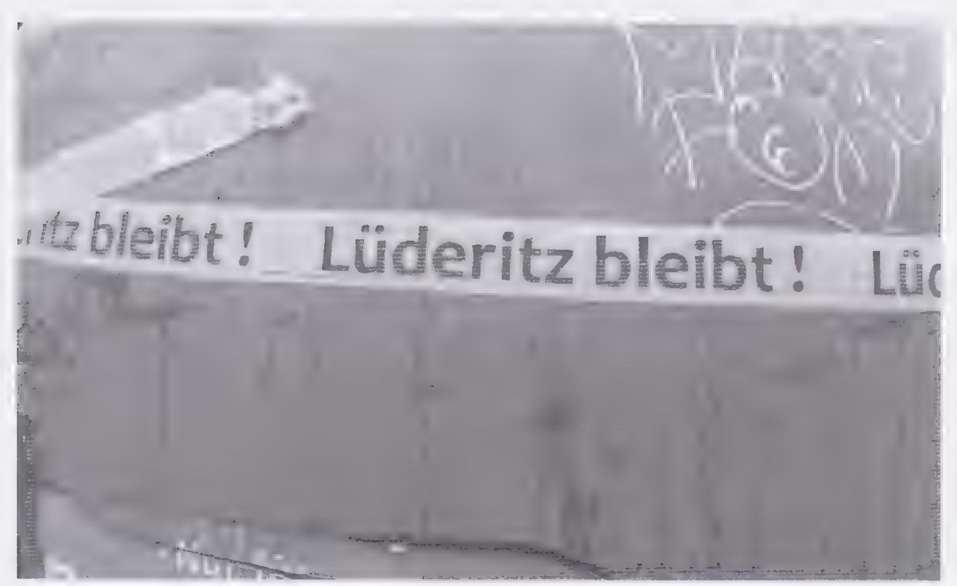
Einen weiteren Schwerpunkt im Interview mit Protschka nimmt die Sorge um die deutschen Landsleute in Namibia ein, die von Landenteignungen bedroht sind. Hier wird das landsmännische Prinzip betont: Die Definition, wer als ‚Deutscher‘ anzusehen und juristisch als solcher zu behandeln ist, beruht für die AfD klar auf dem jus sanginis, also auf Abstammung. Sie inszeniert sich als Schutzmacht der ‚Deutschen‘ in Namibia (ähnlich den Buren in Südafrika).

Vielschichtiges Rassismusbild der AfD

Zu Recht könnte hier angemerkt werden, dass die pro-kolonialen Sichtweisen und die Aktivitäten der AfD nicht überraschend sind. Auffallend sei eher, dass sie erst so spät nach ihrem Einzug in die Parlamente auftreten. Jedoch ist das Rassismusbild der AfD, das sich im Bezug auf den deutschen Kolonialismus zeigt, nicht ganz so schlicht, wie von KritikerInnen oft suggeriert wird. Es besteht aus (neo)kolonialen Denkstrukturen und Praxen, aus geopolitischen Hegemonieansprüchen, aus Dominanzgedanken und kapitalistischen Verwertungslogiken. Kontinuitäten liegen im kulturalistischen und ethnopluralistischen Rassismus, in der Aufrechterhaltung kultureller Asymmetrien und in der Kontrolle über die (neo)koloniale Warenwelt. Es geht um Ausschluss, Exklusivität und um Verteilungskämpfe, unter jeglicher Negierung der transnationalen Verflechtungsgeschichte.

Unschwer ist der AfD-Populismus auch in der Kolonialismusdebatte als Stilmittel zu erkennen. Etwa durch typische Merkmale wie die Negierung der Relevanz („Gibt es nichts Besseres zu tun?“) und Freund-Feind-Schemata - nicht nur im kolonialen „Wir versus die Anderen“, sondern auch gegenüber KritikerInnen. Auch die Kritik an der vermeintlichen Elite, welche die BürgerInnen vom Entscheidungsprozess ausschließen wolle, ist typisch. Der Berliner AfD-Bundestagsabgeordnete Götz Frömmig behauptet beispielsweise, Kämpfe um Umbenennungen von kolonialrassistischen Spuren im öffentlichen Raum seien selbst koloniale Attitüde, die AktivistInnen „würden sich wie Kolonialisten des 19. Jahrhunderts gebärden“. Überhaupt wird der gesamten postkolonialen Theorie eine „ideologische Überformung“ vor allem durch „marxistische Ansätze“ nachgesagt, etwa in der Großen Anfrage der AfD zu Provenienzen.

Der gesamte deutsche und europäische Kolonialismus wird von der AfD nicht als Unrechtssystem gesehen - weder moralisch, noch menschenrechtlich. Dass viele ethnografische Sammlungen in einem kolonialen Unrechtskontext erworben wurden, will die AfD nicht begreifen. Dass Straßenumbenennungen darauf abzielen, die Kontinuität des Kolonialen im öffentlichen Raum aus menschenrechtlicher Sicht zu hinterfragen, bleibt für sie ohne Bedeutung. Zugleich geht es der AfD darum,



In Berlin-Mitte wurde für den Erhalt des Namens „Lüderitz Straße" mobilisiert.

postkoloniale Initiativen abzuwerten, zu marginalisieren und zu delegitimieren – und im Gegenzug eine eigene lokale Identitätspolitik zu initiieren und zu stärken. Es ist eine Chuzpe, dass die AfD im Berliner Bezirk Mitte zum Beispiel auf die Möglichkeit von Klagen gegen neu benannte Straßen hinweist, wenn der „Name nach dem heutigen Demokratieverständnis negativ belastet ist".

Der angebliche „deutsche Schuldkult", eine der Zielscheiben der AfD, lässt sich im Zuge solcher Argumentationen endlich vom Nationalsozialismus auch auf den Kolonialismus ausbreiten. Als Kronzeuge für die Mär vom unschuldigen deutschen Kolonialismus wird zum Beispiel der konservative Gründungsdirektor des Humboldt-Forums, der Kunsthistoriker Horst Bredekamp, herangezogen[4]. Dessen Aussage von der „hypostasierte[n] Schuld, [Exponate] zu besitzen" wird gern von der AfD aufgegriffen. Zum NS-Regime zeigt sich dennoch ein Unterschied: Es wird nicht allein eine kollektive Unschuld und Opferrolle konstruiert, es werden sogar Helden wie Wissmann konstruiert oder angebliche positive Seiten des Kolonialismus herausgestellt. Björn Höcke behauptet gar, dass aufgrund der deutschen Kolonialherrschaft die Deutschen in Afrika einen guten Ruf genießen. Kolonialapologetischer[5] und chauvinistischer geht es kaum.

Frappierend ist, wie viele Diskurse, Ansichten und politische Argumentationen der AfD sich mit denen anderer Parteien decken. Die fehlende Positionierung zum Genozid an den OvaHerero und Nama im heutigen Namibia, die Weigerung, Restitutionen von Museumsartefakten zu diskutieren, die konfuse Kritik an Straßenumbenennungen oder das Stemmen gegen Erinnerungskonzepte im öffentlichen Raum sind auch in Parteien der Regierungskoalition sowie auf Bezirks- und Landesebene vertreten. Ein kolonialismuskritischer Perspektivwechsel ist auch mit diesen Parteien derzeit kaum zu machen. Überspitzt könnte man sagen, dass die AfD den meisten anderen Parteien ihre kolonialapologetische Politik nicht aufzwingt oder sie vor sich hertreibt, sondern hier mit ihnen übereinstimmt. Rechte, ethnopluralistische und bürgerlich-konservative AkteurInnen treffen in einem überparteilichen Block aufeinander.

Endlich postkoloniale Kritik ansetzen

Mit dem Aufstieg der AfD nahmen auch die Analysen über ihre Wählerstruktur zu. Darin wird das rassistische Gesinnungsbild allzu oft einseitig als sogenannter „Abstiegsnationalismus" interpretiert. Die kolonialrassistischen Kontinuitäten sind hingegen nur begrenzt ein Erklärungsmuster. Es ist jedoch nicht nur die vermeintliche Abstiegsangst der heteronormativen Mittelklasse, die zu rassistischen Einstellungen führt, sondern sie beruhen auch auf kulturellen Gewohnheiten, die durch den Kolonialismus geprägt wurden.

Ähnlich wie der Antifeminismus der AfD muss auch ihre kolonialrassistische Haltung thematisiert werden; sie findet sich mehr oder minder offen in ihren Positionen zu Migration, Entwicklungspolitik und Nord-Süd-Hegemonie. Doch antirassistische, antifaschistische und postkoloniale Initiativen finden bisher beim Vorgehen gegen die AfD zu wenig zusammen. Zu selten wird thematisiert, wie sehr die Ursache des AfD-Rassismus auch in einem (neo)kolonialen Geschichtsbild zu suchen ist.

Der AfD sollte eine progressive Erinnerungspolitik entgegengehalten werden, bloße Appelle dazu sind nicht ausreichend. Der Alltagsrassismus in Sprache, Gesellschaft und öffentlichen Räumen muss benannt, bekämpft und im Schulunterricht behandelt werden. Die (post)koloniale Vergangenheit und Gegenwart muss allerorts auf die Agenda gesetzt werden, in der Wissenschaft ebenso wie in politischen Debatten. Mehr Gelder für entsprechende Forschungen wären ein erster Schritt.

Ob aber eine offene Diskussion mit AfD-SympathisantInnen erfolgreich ist, darf bezweifelt werden. Personen mit einem in Stein gemeißelten rassistischen Weltbild zu einem Perspektivwechsel zu bewegen, erscheint fast unmöglich. Erfolgversprechender ist eher, den AfD-Positionen keine Bühne, etwa in Talkshows, mehr zu geben, sodass ihr Rassismus sich nicht weiterverbreiten kann. •

1 Forschung zur Geschichte der Herkunft von Kunstwerken.
2 Wiedergutmachung oder Schadensersatz für einen Schaden, der einem Staat von einem anderen zugefügt wurde.
3 Die SWAPO ist eine Partei in Namibia. Davor war sie eine linke Befreiungsbewegung.
4 Zur Kritik an Bredekamp siehe „iz3w" Nr. 366.
5 Die Ansichten des Kolonialismus vertretend, verteidigend.

Andreas Bohne ist im NGO-Bündnis „Völkermord verjährt nicht!" engagiert und arbeitet im Afrikareferat der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Der Artikel erschien zuerst in der Ausgabe 369 der IZ3W vom November/Dezember 2018.

GESELLSCHAFT

In Sachsen-Anhalt lässt sich beobachten, wie die rechten Kulturkampf-Strategien der AfD ihre gesellschaftliche Wirkung entfalten.

Generalprobe Kulturkampf

Unruhig rutscht Dr. Hans Thomas Tillschneider, Islamwissenschaftler, Landtagsabgeordneter der AfD und einer der ideologischen Köpfe des völkischen Flügels der Partei, an einem Vormittag im Oktober 2018 auf seinem hölzernen Sitzplatz im Vorlesungssaal der Martin Luther Universität hin und her. Souverän will er wirken. Doch es läuft nicht gut für ihn und seine rund zehn Mitstreiter aus der AfD-Fraktion bei der Tagung „Autoritäre Revolte." Eben hat Tillschneider zu einer Verharmlosung seiner extrem rechten Ansichten angesetzt und sie in den Mantel der Meinungsfreiheit gekleidet. Doch die anwesenden Dozenten der Tagung lassen Tillschneider seinen Mimikry-Versuch nicht durchgehen. Klar weisen sie seine rechten Ansichten zurück und lassen alle rhetorischen Pappfiguren des Redners in sich zusammenfallen. Dieses Muster zieht sich durch die ganze Tagung. Die AfD-Landtagsabgeordneten sind gekommen, um auf der Tagung der Universität ihre Strategie der Wortergreifung umzusetzen. Doch es zeigt sich, dass die Uni für die AfD kein sicheres Terrain ist, wo sie nicht auf ein wohlwollendes oder wenigstens indifferentes Publikum zählen kann. Der Auftritt der Fraktionäre an der Uni in Halle gerät zur diskursiven Niederlage. Und das, obwohl sich Hans Thomas Tillschneider in der Öffentlichkeit gern als akademischer Bildungsbürger stilisiert.

Bauhaus ohne Sahne

Nur wenige Tage später, am 17. Oktober 2018, stellt Claudia Perren im Dessauer Stadtrat das Programm zum Jubiläum „Hundert Jahre Bauhaus" vor. In der Sitzung spricht der AfD Stadt- und Bundestagsabgeordnete Andreas Mrozek das bevorstehende Konzert der Band „Feine Sahne Fischfilet" an, die im Rahmen einer Aufzeichnung des ZDF im Bauhaus auftreten soll. Mrozek konfrontiert die überraschte Bauhaus-Chefin mit Textzeilen der Band, in denen von Gewalt gegen Polizisten die Rede ist. Danach nimmt der Skandal Fahrt auf: Köthener Neonazis kündigen vor dem Eingang des Bauhaus eine Kundgebung an, die AfD erhöht unter dem Schlagwort „Linksextremismus und Gewalt" in sozialen Netzwerken den Druck auf die Öffentlichkeit, und die Bauhaus-Leitung bittet das ZDF um eine Absage des Konzerts unter Hinweis auf den Denkmalschutz der eigenen Räumlichkeiten. Zwar konnte das Konzert am Ende doch noch andernorts in Dessau stattfinden, doch die AfD hatte in diesem Fall ihre rechte Kulturkampfagenda im indirekten Zusammenspiel mit der CDU im Landtag, dem Kulturstaatsminister Robra und der vor den Neonazis und der AfD eingeknickten Leitung des Bauhaus durchgesetzt. Was sich im überregionalen Feuilleton wie eine ostdeutsche Provinzposse las, kann die AfD als Modell ansehen, wie sie ihren Gegnern im Feld der Gesellschafts- und Kulturpolitik ihren Willen aufzuzwingen vermag. Dies ist nur möglich, wo es der Partei gelingt, konservative Resonanzräume in Parteien und Medien mit der Allzweckwaffe des Linksextremismus-Diskurses aufzuschließen, und somit zugleich linke, kulturell liberale und emanzipatorische Akteure unter Druck zu setzen, in die Defensive der Rechtfertigung zu bringen und einzuschüchtern. Eine weitgehend entpolitisierte Kulturszene befördert eine solche Entwicklung. Entscheidend für Erfolg oder Misserfolg der Kampagnen der AfD ist die Frage, wie sich die CDU in solchen Fällen verhält. Denn erst ihr Schwergewicht verschafft der AfD die Position, sie stelle zwar berechtigte gesellschaftspolitische Fragen zu Themen wie Migration, Gender und Kultur, beantwortet würden diese aber ausschließlich von der CDU. Meister des Tonfalls der „staatspolitischen Veranwortung" ist Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Stahlknecht (CDU), der die Abgrenzung von der AfD mit Begriffen wie „Anstand" vornimmt, um sodann umstandslos die Extremismustheorie zu bedienen, die in der AfD auf Gegenliebe stösst, wo es um Linksextremismus geht.

Die AfD im Landtag Magdeburg: rechte Agenda und Intrigen

Die unbestreitbaren gesellschaftspolitischen Diskurserfolge der AfD in Sachsen-Anhalt lenken jedoch von der bescheidenen parlamentarischen Bilanz der Partei ab. Seit ihrem Wahlerfolg bei der Landtagswahl 2016 gibt es für die AfD in dem Bundesland zwischen Altmark und Zeitz eine Konstante: innerparteiliche Skandale. Fast im Wochentakt kommen aus Partei und Fraktion Nachrichten, die alles bestätigen, was diese bei den von ihr geschmähten Altparteien verortet: Personalquerelen und endlose Intrigen. Wie in einer Politsoap-Serie geht es um Macht, Sexismus und das Ego der fast ausschließlich männlichen Protagonisten. Partei- und fraktionsintern überzieht man sich gegenseitig mit Abwahl- und Parteiausschlussbegehren. Kalkulierte rhetorische Entgleisungen etwa der Abgeordneten André Poggenburg und Mario Lehmann sorgen in den Medien für Krawall und öf-



Screenshot von youtube/FürGerechtigkeit

v.l.n.r.: Die AfD-Funktionäre André Poggenburg, Oliver Kirchner und Ulrich Siegmund bei einer Pressekonferenz der AfD Sachsen-Anhalt im August 2018.

fentliche Polarisierung. In den Ausschüssen glänzen AfD-Abgeordnete durch weitgehende Inaktivität oder rechten Whataboutism. Eine langfristige politische Strategie ist nicht erkennbar. Vielmehr bedient die Fraktion die rechten Identitätsthemen Migration und Innere Sicherheit mit rassistisch motivierten Knalleffekten und dem Ziel, Teile der CDU-Fraktion auf ihre Seite zu ziehen.

Wirkliche parlamentarische Professionalität beweist die Partei dort, wo es ihr um die Markierung des von ihr ausgemachten politischen Feindes geht. Mit der Etablierung der „Linksextremismus Enquete-Kommission" hat die AfD einen echten Coup gelandet, als sie für deren Einsetzung die Unterstützung eines Teil der CDU einwarb. Seitdem befindet sich die Partei auf dem Kriegspfad gegen den Linksextremismus im Land, den sie in der Landeszentrale für politische Bildung ebenso ausgemacht haben will, wie bei Trägern der Jugendhilfe oder Kulturvereinen. Aus dem rechten burschenschaftlichen Spektrum stammende Fraktionsmitarbeiter recherchieren akribisch vermeintliche linksextreme Verstrickungen, die die Fraktion öffentlich anprangert. Die über das Mittel der parlamentarischen Anfrage und die Presserecherche gewonnenen Informationen werden sogleich von dem „patriotischen Bürgernetzwerk" „EinProzent" zu Infohäppchen verarbeitet und dort als investigative Recherche dargestellt. Die Tonlage der dabei erarbeiteten Materialien der AfD ähnelt den Berichten eines Felix Krautkrämer in der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit": Fakten werden so interpretiert, dass sie die Existenz eines linksextremen Netzwerkes nahelegen, gegen welches die AfD allein im Interesse der Wahrheit kämpfe.

Besondere Aufmersamkeit der AfD galt in den zurückliegenden Monaten dem Verein „Miteinander", der vor und nach der Landtagswahl Dossiers zum extrem rechten Charakter der AfD publiziert hatte. In zwei Pressekonferenzen im Herbst 2018 versuchte die Fraktion den Nachweis zu führen, dass Miteinander in den Linksextremismus verstrickt sei, und mit Fördergeldern des Landes eine unzulässige, weil das Neutralitätsgebot verletzende Kampagne gegen die AfD betreibe. Die AfD strebt an, dem Verein die Fördermittel zu entziehen und seine Gemeinnützigkeit zumindest prüfen zu lassen. Die Vorwürfe gegen den Verein und seine Mitarbeiter_innen fanden in einem Teil der regionalen Presse durchaus Widerhall, was die AfD in ihrem Vorgehen bestätigte, zivilgesellschaftliche Strukturen zu diffamieren und zu delegitimieren. So überzieht sie inzwischen andere Vereine und Verbände mit ähnlichen Vorwürfen und will so Druck erzeugen. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt hierbei die CDU, an die die politischen Initiativen der AfD in erster Linie adressiert sind. Die Botschaft ist klar: Konservative Herzensthemen seien bei der AfD gut aufgehoben oder ließen sich mit ihrer Hilfe besser durchsetzen als mit dem in der CDU ungeliebten Bündnis mit SPD und Grünen.

Die rechten Fundamente der AfD Sachsen-Anhalt

Anders als in anderen Landesverbänden steht die AfD in Sachsen-Anhalt seit ihrer Gründung fest auf extrem rechten Fundamenten. Bereits bei der Gründung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt waren hier extrem rechte Kräfte in einer guten Startposition. Ob Luckes Abgang oder das Ende der Ära Petry: Die AfD Sachsen-Anhalt bildete mit dem Thüringer Björn Höcke so etwas wie die völkische Speerspitze. Nicht ohne Grund fanden die Treffen des „Flügel" in allen Jahren in Sachsen-Anhalt statt. Führende Köpfe der Landespartei sind über alle Abgrenzungsbeschlüsse und rhetorischen Distanzierungen hinweg mit den Identitären verbunden. Die AfD-Jugend „Junge Alternative" fiel bislang jedenfalls nicht durch Distanz zu den Identitären auf.

Auch der Draht zum in Sachsen-Anhalt ansässigen „Institut für Staatspolitik" ist kurz. Der eingangs erwähnte Abgeordnete Tillschneider bekannte sich öffentlich zum Institut in Schnellroda[1] und nahm an einer ihrer Tagungen teil.

Kontinuierlich bemüht sich die AfD in Sachsen-Anhalt um das Image der bürgernahen Bewegungspartei. Ob auf dem Marktplatz in Köthen oder im Landtag, die AfD rührt die Trommel der Anti-Establisment-Ressentiments. Zwar hat die ursprünglich 25 Personen umfassende Fraktion durch Austritte und Rückzüge einige Federn gelassen. Doch für die politische Zukunft der Partei ist nicht der parlamentarische Alltag, sondern ihre gesellschaftliche Kampagnenfähigkeit entscheidend.•

1 www.youtube.com/watch?v=pUbR5uc9zXk

REPRESSION

Das Gefahrenabwehrrecht als polizeiliche Wunderwaffe

GEFAEHRLICH.NOBLOGS.ORG

Was ist gefährlich, was bedeutet Gefahr und was ist eine drohende Gefahr?

Man könnte meinen, die Wortklauberei über die Begrifflichkeiten und juristischen Spitzfindigkeiten bezüglich Gefährder*in, „drohende Gefahr" oder Gefahrenabwehrrecht sollte widerständige Bewegungen nicht weiter interessieren. Dem ist mit nichten so. Ob bürgerliche Anti-Überwachungs-Initiativen, gesellschaftlich Ausgestoßene, Knackis oder radikale Bewegungen – die Dystopie eines Orwells[1] klopft nicht mehr an die Tür – wir sind es, die den Blick hinter die Tür werfen sollten.

Gefahrenabwehr des LKA am Beispiel Berlin

In Berlin gibt es viele Hausdurchsuchungen des polizeilichen Staatsschutzes, häufig tauchen zivile „szenekundigen" Beamt*innen vor vermeintlichen Szenelokalitäten auf. Diese Häufungen entsprechen einem Kalkül, das schon seit geraumer Zeit verfolgt wird: Prävention und Gefahrenabwehr. Razzien gegen Hausprojekte, vermeintliche Politkombos oder größere Ermittlungsverfahren – teilweise mit Vereinigungskonstruktionen – sind Instrumente des Staatsschutzes, um unliebsame Aktivitäten zu unterbinden und die eigene Arbeit zu legitimieren. Viele erinnern sich an die großen „Paragraph 129 StGB-Verfahren", das Schema war fast immer gleich: Erst wurde mit oft dünnen Behauptungen eine Art Vereinigung konstruiert, um dann ein Ermittlungsverfahren wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung" einzuleiten und auf dieser Grundlage Gerichtsbeschlüsse für allerlei „Operative Mittel" durchzusetzen. Von Observationen über Telekommunikationsüberwachungen bis zu Hausdurchsuchungen wurde dann alles sukzessive umgesetzt. Eine Bestrafung wurde im seltensten Fall erreicht. Priorisiertes Ziel war die Einschüchterung von Betroffenen, des Umfelds und der Szene.

In der Zwischenzeit hat ein Paradigmenwechsel in den Rechtsgrundlagen stattgefunden. Während mit dem Paragraphen 129 StGB eine strafprozessuale Verfolgung stattfindet, deren Maßnahmen vom Gericht „kontrolliert" und beschlossen werden, arbeitet der Staatsschutz nun oft nach dem Gefahrenabwehrrecht, also präventiv. Grundlage dafür ist das Polizeirecht, in Berlin Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) genannt. Maßnahmen nach der Strafprozessordnung wie Observationen, Überwachungen von Telefonen, Fahrzeugen oder Wohnungen müssen aus einem Gesetzesverstoß resultieren und die Ermittler Verdächtige finden oder konstruieren. Bei der Prävention ist das nicht mehr nötig: Die Person ist ja schon gefunden. Ihr muss nur noch eine gewisse Gefährlichkeit unterstellt werden, was sich einfacher konstruieren lässt, um dann die gleichen Maßnahmen anwenden zu können. So regelt das ASOG beispielsweise die Möglichkeit, eine Person für ein Jahr zur polizeilichen Beobachtung auszuschreiben. Dies hat zur Folge: Eintragung der Ausschreibung in polizeiliche Systeme – das heißt jedes Mal, wenn die Person kontrolliert wird, ergeht eine Meldung über den Umstand der Kontrolle an das Landeskriminalamt (LKA)[2]; die Erfassung aller Verkehrsmittel der Person – wenn ein der Person zugeschriebenes, auch nicht auf sie zugelassenes, Fahrzeug kontrolliert wird, ergeht eine Meldung; die Möglichkeit zur längerfristigen Observation auch mit technischen Mitteln. Auch wenn „szenekundige" Beamt*innen an der Person vorbeifahren, ergeht ein „Tätigkeitsbericht" an das LKA. Dabei werden auch die Kontaktpersonen der*s Ausgeschriebene*n erfasst. Um eine „Erlaubnis" für diese Maßnahmen zu bekommen, bedarf es einer Gefahrenanalyse durch eine*n Mitarbeiter*in der zuständigen Fachdienststelle – in Berlin das LKA 5. Dazu reichen meist ein paar Seiten darüber wer, wie, warum auf welcher Demo rumspringt und die Unterschrift der Polizeipräsidentin. Ein Jahr später kann die Maßnahme einfach verlängert werden. Noch einfacher sind konkrete Maßnahmen wie längerfristige Observationen umsetzbar. Hier schreibt die zuständige Dienststelle einen kleinen Text und die Unterschrift kommt vom direkten Vorgesetzten beim LKA. Fertig. Auch Meldeauflagen oder gar präventiver Gewahrsam für mehrere Wochen können auf Grundlage einer einfachen Gefahreneinschätzung eines Beamten angeordnet werden. DNA von diesen Personen werden in die DNA Analyse Datenbank (DAD) aufgenommen. Grundlage ist auch hier eine vom Staatsschutz gefertigte Gefährdungsanalyse. Ein Tatnachweis für begangene Straftaten ist nicht nötig, nicht einmal einschlägige Urteile oder Ähnliches. Es reicht der Eindruck „Du bist irgendwie gefährlich". Dazu kommen die im Gefahrenabwehrrecht geregelten Einstufungen als „Gefährder" oder „Relevante Person". Nach

welchen Kriterien eingestuft wird, ist in einem Papier geregelt, das als Verschlusssache – Nur für den Dienstgebrauch (VS-NfD) – klassifiziert ist. Der bürokratische Name dieses Geheimpapiers: „Standardmaßnahmen bei Gefährdern und Relevanten Personen", Einstufung im Rahmen der Gremienbeschlüsse der AG Kripo, zuletzt geändert im Umlaufbeschlussverfahren mit Stand 2. Juli 2013. Direkte Folgen aus der Einstufung ergeben sich bisher schon für Menschen ohne deutschen Pass. Das Staatsschutzprinzip ist hierbei der Umkehrschluss: Eingestuft wird, wer als gefährlich gilt, gefährlich ist, wer eingestuft ist. Als Wolfgang Schäuble 2008 vom Abschießen entführter Flugzeuge und sogar der Eliminierung vermeintlicher „Terroristen" fabulierte, setzte dies die Diskurslinie ein gutes Stück nach oben. Während die Opposition gegen derlei Vorschläge Kritik äußerte, konnten Gesetzesentwürfe zu Fußfesseln und Präventionsmaßnahmen wie die Überwachung und Internierung eingestufter Personen als Kompromiss durchgewunken werden. Das ist heute Realität und Praxis, nicht nur gegen vermeintliche Islamist*innen oder Terrorist*innen, sondern auch gegen politisch Widerständige und ideologisch Unliebsame.



Schuld durch Kontakt

Polizeiliche Vorgehensweisen sind angelehnt an die Agenda der politischen Entscheidungsträger. Diese nimmt Einfluss auf die Ermittlungen bzw. die jeweiligen Ermittlungskonstruktionen. Hat der Staatsschutz einen „Vermerk" angelegt, demzufolge kontrollierte Personen Linksextremisten seien, tauchen diese fortan auch in Akten zu anderen Verfahren auf. Zitat aus einer Ermittlungsakte: „bei den genannten Personen der beiden zitierten Kontrollen handelt es sich um Angehörige der linksextremistischen Szene, die alle Repressionsorgane, Personen und Einrichtungen, die diese unterstützen oder denen nahestehen als klar definierte Angriffsziele sehen" und weiter wird spekuliert: „Eine Verurteilung führt hier nicht zu einer Entwicklung von Unrechtsbewusstsein, sondern unter Umständen zu einer stärkeren Radikalisierung". Man beachte, diese Analyse bezieht sich auf zwei allgemeine Kontrollen. Die Gefährlichkeit ergibt sich hier aus der Kontaktschuld derer, die sich beispielsweise in Parks mit Menschen treffen, die „spektakulären" Wohnadressen (etwa dem Hausprojekt Rigaer 94) zugeordnet werden. So schafft sich das LKA Personen, die fortan als „Mittäter" und „Kontaktpersonen" bezeichnet werden, mit einem Bezug zu dem Reizwort „Rigaer 94". Zitat aus der Polizeianalyse: „Eine Zugehörigkeit zum besetzten Hausprojekt Rigaer Str. 94 ist aus hiesiger Bewertung eine qualitative Aussage zur dort wohnhaften Person." Selbst nur versuchte Anrufe zählen als Indiz für einen Beschuldigtenkontakt oder Telefonate mit einer Person, die zuvor wiederum als Kontaktperson des Beschuldigten eingestuft wurde. Das Landgericht Berlin hat dies als Grundlage für Durchsuchungen bereits als rechtswidrig deklariert. Scharf kritisiert wird im Urteil insbesondere die Kontaktschuldmethode. Das Konstrukt „Schuld durch Kontakt" bleibt dennoch Arbeitsbaustein des Berliner LKA, das private Bekanntschaften sogar zu möglichen Mittäter*innen erklärt. Das Kalkül dahinter: Aktivist*innen zu isolieren und Solidarität zu brechen. Nicht immer laufen diese Versuche ins Leere. Die andauernde Anwendung des Gefahrenabwehrrechts muss als Verselbstständigung der Behörden wahrgenommen werden – ohne jede Prüfung durch juristische Institutionen. Politiker*innen und Behörden suchen sich gerne Gegner*innen, die als Sinnbild für ihre Propaganda herhalten können. Eine gewisse Ansprechbarkeit bzw. Sichtbarkeit kann das begünstigen, ist aber auch eine Basis, auf der unsere Ideen und Vorschläge weiter wachsen können. Dem personalisierten, permanenten Angriff kann nur eine permanente Solidarität entgegengesetzt werden. Wir möchten mit diesem Beitrag einen Anstoß hierfür geben. •

Der Text wurde gekürzt und ist auf der Website https://gefaehrlich.noblogs.org in der Originallänge zu lesen.

1 Der Roman „1984" von George Orwell beschreibt einen totalitären Uberwachungsstaat. 2 Zuvor wurde dieses Prinzip als „Sondersperre" umgesetzt (Hinweis „Sofortanruf LKA 5") in den jeweiligen Personendatensätzen im Informationssystem Verbrechensbekämpfung (ISVB), später POLIKS. Personen, die zur polizeilichen Beobachtung / Meldefahndung ausgeschrieben werden, werden bspw. in der Datei „Gewalttater Links" zu dem Delikt „gefährliche Körperverletzung" geführt, mit dem Zusatz: „Fiktives Delikt, da Ausschreibung sonst technisch nicht moglich". Wer als „Gefährder" in den polizeilichen Informationssystemen gespeichert ist oder als „Relevante Person – Kontaktperson zu einem Gefahrder" gilt, hat z.B. den Merker „BRPTGEFLINKS", was soviel bedeutet wie: „Berlin Potentiell Gefahrder Links".

REPRESSION

#guiltyofsolidarity Kriminalisierung der Seenotrettung

AUTOR*INNENKOLLEKTIV LOUD AND CLEAR

Das Rettungsschiff Iuventa liegt nun seit über 16 Monaten festgesetzt in Trapani, Sizilien. Es wurde am 2. August 2017 von den italienischen Behörden beschlagnahmt, nachdem die Crews der Iuventa über 14.000 Menschen aus Seenot gerettet hatten (siehe AIB Nr. 116). Dies war der Auftakt einer von den Ermittlungsbehörden lancierten Hetzkampagne in den italienischen Medien gegen alle in der Seenotrettung aktiven NGOs, die schließlich darin gipfelte, dass im Spätsommer und Herbst 2018 zeitweise kein einziges Rettungsschiff im zentralen Mittelmeer aktiv sein konnte. Die Folge war ein drastischer Anstieg der Todesrate auf dieser Fluchtroute. Lag sie 2017 bei ca. 2,5 Prozent, stieg sie in diesem Jahr teilweise auf bis zu 20 Prozent an. Das heißt: Jede*r fünfte Flüchtende starb bei dem Versuch Europa zu erreichen. Das Mittelmeer ist nach wie vor die tödlichste Grenze der Welt. Die Stimmung gegenüber den NGOs ist in Teilen der Gesellschaft extrem feindselig geworden.

Dabei war die öffentliche Meinung zu Beginn der privaten Seenotrettungen durchaus wohlwollend. Als Sea Watch im Jahr 2015 mit den Rettungseinsätzen begann und im Folgejahr viele weitere Schiffe dazu kamen, wurde darüber zunächst positiv berichtet. Kritik in den rechten Medien gab es zwar von Anfang an, aber erst Ende 2016, Anfang 2017 fanden die kritischen Stimmen einen Weg in die breitere Öffentlichkeit. Interessant dabei ist zu betrachten, woher diese kamen und wie der öffentliche Diskurs schließlich kippte.

Die ersten Berichte über eine angebliche Zusammenarbeit von NGOs mit Schleppern wurden Ende 2016 von der niederländischen Gefira Foundation und dem Newropeans Magazine verbreitet.[1] Beide stehen ideologisch den Identitären nahe. Sie behaupteten, NGOs würden in großem Umfang Flüchtende nach Europa schmuggeln. Die angeblichen Beweise: Screenshots von der Schiffstracking-Webseite Marinetraffic, die falsch beschriftet und teilweise gefälscht waren. Die Artikel erschienen am 11. November und 4. Dezember 2016 und sind nach wie vor online verfügbar.

Der erste Bericht in den Mainstream-Medien folgte kurz darauf. Am 15. Dezember 2016 titelte die englische Financial Times „EU border force flags concerns over charities' interaction with migrant smugglers" und bezog sich dabei auf einen internen Frontex-Bericht. Beweise für die Behauptungen, die NGOs würden mit Schleppern zusammenarbeiten, wurden jedoch nicht geliefert. Frontex dementierte prompt und der Artikel wurde überarbeitet. Dennoch nährte Frontex-Chef Fabrice Leggerie unter anderem in einem Interview mit der Welt im März 2017 die Zweifel an der korrekten Arbeit der NGOs. Auch er äußerte keine konkreten Vorwürfe, sondern machte nur nebulöse Andeutungen, die Rettungseinsätze vor der libyschen Küste könnten „die Geschäfte der kriminellen Netzwerke und Schlepper in Libyen... unterstützen" und müssten deshalb „auf den Prüfstand".[2]

Der italienische Staatsanwalt Carmelo Zuccaro behauptete in Folge dieser Berichte, er hätte Beweise für die Zusammenarbeit der NGOs mit Schleppern, aber diese seien vor Gericht nicht verwertbar. Vorlegen konnte er jedoch nichts. Dennoch berief sich der damalige deutsche Innenminister De Maizière in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt" auf eben diese Aussagen, um weitere Zweifel an der Arbeit der NGOs zu sähen.[3] In der Folge berichteten immer mehr Medien über Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Handelns der NGOs. Dankbar aufgegriffen wurden diese Vorlagen von der extremen Rechten, vor allem den Anhängern der „Identitären Bewegung", die mit verschiedenen öffentlichen Aktionen immer wieder versuchten, die Seenotrettung weiter zu diskreditieren. Insbesondere ihre Kampagne „Defend Europe" im Mittelmeer sorgte im Sommer 2017 für eine breite Medienberichterstattung.

Mitten hinein in diese Stimmung fiel die Beschlagnahmung der Iuventa durch die italienischen Behörden am 2. August 2017. Die Ermittlungen gegen die Crews der Iuventa wurden bereits im September 2016 von zwei Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes IMI-Security aus Italien angestoßen. Sie hatten in einer Email an den italienischen Geheimdienst AISE und an einen Lega-Abgeordneten behauptet, die Crews der Iuventa würden mit Schleppern zusammenarbeiten. In einer geschlossenen von IMI-Security betriebenen Facebook-Gruppe war auch Gian Marco Concas Mitglied. Concas wurde als „technischer Direktor" des Schiffes „C-Star" geführt, mit dem die „Identitäre Bewegung" im Mittelmeer die Arbeit der NGOs vor der libyschen Küste behindern wollten. Auf einer Facebook-Seite der „Identitären Bewegung" wurde am Tag nach der Beschlagnahmung der Iuventa ein Artikel veröffentlicht, der die „Aufklärungsarbeit" von Concas lobte und die Beschlagnahmung

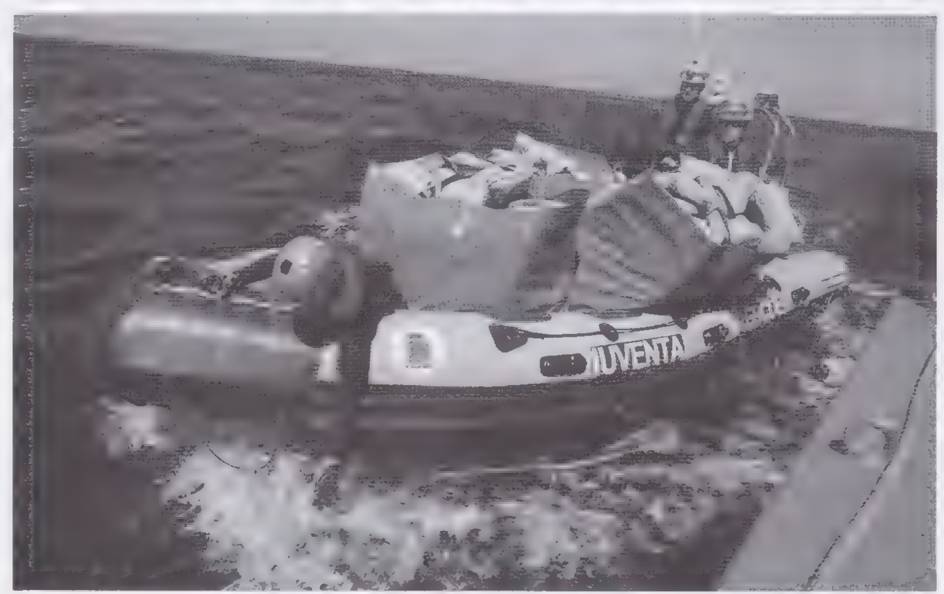
als „erste Früchte seiner Arbeit" präsentierte.

Substanzielle Beweise für die Beschlagnahmung gab es nicht, dafür war sie medial gut inszeniert. Die italienischen Medien waren vorab informiert, so dass sie rechtzeitig in Lampedusa am Pier sein konnten, um über die Aktion zu berichten. Alle durch die Behörden vorgelegten angeblichen Beweise konnten inzwischen von der unabhängigen Forschungsgruppe „Forensic Architecture" der Goldsmith University in London widerlegt werden.[4]

Nichtsdestotrotz wurden im Juni 2018, nur wenige Wochen nach Amtsantritt Matteo Salvinis post-faschistischer Lega in Koalition mit der 5-Sterne-Bewegung, zehn ehemalige Crew-Mitglieder der Iuventa von der italienischen Staatsanwaltschaft darüber benachrichtigt, dass Ermittlungen gegen sie geführt werden. Der Vorwurf lautet „Beihilfe zur illegalen Einreise" und wird in Italien mit Gefängnis zwischen fünf und zwanzig Jahren und hohen Geldstrafen bestraft. Zu erwarten ist ein langwieriger Prozess, der sich über drei bis vier Jahre hinziehen und mehrere hunderttausend Euro kosten wird.

Innenminister Salvini, der den „Identitären" nahe steht und sich bereits 2015 mit dem rechten Verleger Götz Kubitschek ablichten ließ, hatte NGOs, die Seenotrettung im zentralen Mittelmeer betreiben, immer wieder als „Taxis der Meere" bezeichnet. Dieser Begriff war ursprünglich von seinem Regierungskollegen Luigi Di Maio von der 5-Sterne-Bewegung geprägt worden, der bereits Anfang 2017 von einem „Sea-Taxi Service" sprach, der unbedingt gestoppt werden müsse. Unter Salvini wurde dieser Stopp dann tatsächlich Realität. Nicht nur NGO-Schiffen wurde die Einfahrt in italienische Häfen verwehrt, auch Handels- und NATO-Schiffe waren betroffen und sogar der eigenen Küstenwache wurde das Einlaufen mit geretteten Migrant*innen zunächst verweigert. Auf Druck Italiens hinderte Malta die NGO-Schiffe am Auslaufen und Gibraltar und Panama entzogen dem Rettungsschiff „Aquarius" der NGO SOS Mediterranee – ebenfalls auf Druck Italiens – die Flagge. Die „Aquarius" musste den Betrieb inzwischen einstellen. SOS Mediterranee war





zuvor mehrfach Ziel von Aktionen der Identitären gewesen. Am 12. Mai 2017 verzögerten sie medienwirksam das Auslaufen der Aquarius in Catania, am 5. Oktober besetzten sie zeitweise das Büro von SOS Mediterranee in Marseille.

Die Flucht über das zentrale Mittelmeer verhinderten diese Maßnahmen nicht. Sie führten lediglich dazu, dass keine Rettungsschiffe mehr vor Ort sind und Handelsschiffe in zunehmendem Maße Boote in Seenot ignorieren, da sie eine tagelange Odyssee auf der Suche nach einem sicheren Hafen fürchten müssen. Die 2018 massiv gestiegene Todesrate ist eine direkte Folge der Verhinderung von Seenotrettung durch Italien und die Staaten der europäischen Union. Die Kriminalisierung humanitärer Helfer*innen ist ein Baustein in dieser Abschottungspolitik, die das Mittelmeer zur tödlichsten Grenze der Welt macht.

Mehr Informationen und einen Spendenaufruf findet Ihr hier: https://solidarity-at-sea.org/donate

1 „Getting to know Gefira and the "identitarians" of Defend Europe: our interviews", https://openmigration.org, 26.09.2017. **2** „Rettungseinsatze vor Libyen müssen auf den Prüfstand", welt.de, 27.02.2017. **3** „De Maiziere kritisiert Arbeit von NGOs im Mittelmeer", welt.de, 18.07.2017. **4** www.forensic-architecture.org/case/iuventa

BRASILIEN

Jair Bolsonaro: Autoritärer Staatsumbau in Brasilien

NIKLAS FRANZEN

Seit langer Zeit schläft er schlecht. In Bars geht er grundsätzlich nicht mehr. Nur selten läuft er draußen herum. Adriano Ferreira steht auf der Abschussliste – weil er sich für die Rechte von Kleinbäuer*innen engagiert. „Ich denke ständig daran, dass mein Leben plötzlich vorbei sein kann." Der Aktivist lebt im Bundesstaat Alagoas im Nordosten von Brasilien und ist Nationaldirektor der Kleinbäuerinnen-Bewegung MTC. Seit der Wahl des extrem rechten Politikers Jair Bolsonaro hat die Gewalt stark zugenommen. Ferreira meint: „Marginalisierte Gruppen wie Schwarze, LGBT, Indigene, Kleinbauern und Landlose werden verfolgt." In der Tat kam es in den Wochen nach der Wahl zu zahlreichen Übergriffen. Gerade auf dem Land sind Aktivist*innen Zielscheibe von rechten Kräften.

Soziale Bewegungen stehen besonders im Fokus. Mit einer Drohung beendete Bolsonaro eines seiner ersten Interviews nach der Wahl: „Säuberungen" werde es geben, Proteste wolle er als Terrorismus einstufen und das Gesetz mit voller Härte durchsetzen. Schon im Wahlkampf hatte Bolsonaro immer wieder gegen Aktivist*innen gehetzt – nun hat er ihre Bekämpfung zur obersten Priorität seiner künftigen Regierung gemacht.

Lucas de Campos machen die Drohungen von Bolsonaro Angst. Der 26-jährige Jurastudent ist seit vier Jahren in der antikapitalistischen Jugendorganisation RUA in São Paulo aktiv. „Seine Wahl bedeutet einen direkten Angriff auf uns. Bolsonaro erkennt nicht an, dass Menschen anders denken als er." Außerdem mache er Politik „für Wenige", seine Regierung werde das Leben für viele Menschen schwer machen, ist sich de Campos sicher.

Die Namen von zwei Bewegungen tauchen in Bolsonaros Ansprachen immer wieder auf: MST und MTST. Doch wer sind diese Bewegungen eigentlich? Die Landlosenbewegung MST kämpft mit Besetzungen für eine Agrarreform und eine gerechtere Verteilung von Land. Die Wohnungslosenbewegung MTST besetzt Häuser und Freiflächen in den urbanen Zentren Brasiliens, um ein Zeichen gegen die massive Wohnungsnot zu setzen und Wohnraum für arme Familien zu schaffen. Mittlerweile ist die MTST in ganz Brasilien aktiv und gilt als wichtigste soziale Bewegung des Landes. Mit Guilherme Boulos ist ein Aktivist aus den Reihen der Bewegung in diesem Jahr für die Linkspartei PSOL in den Wahlkampf gezogen. Zwar hat Boulos nur wenige Stimmen geholt, jedoch ist es dem 36-Jährigen gelungen, eigene linke Akzente mit Themen wie Wohnraum, Indigenen-Rechte, Feminismus und LGBT-Politik zu setzen.

Dass Bolsonaro gerade die MST und MTST zum Staatsfeind Nummer eins erklärt hat, ist kein Zufall. Denn: Sie gelten als Stimme der Armen und stellen radikal die Verteilungsfrage. Bolsonaro steht hingegen für die Forcierung der Ungleichheit. Bei ihm treffen ein faschistoider Sozialdarwinismus, blanker Rassismus und ein neoliberaler Wirtschaftskurs aufeinander.

Die MTST-Aktivistin Beatriz Novik meint, Bolsonaro stelle einen großen Rückschritt dar. Aber für ihre Bewegung sei es nie einfach gewesen: „Wir schlafen unter Plastikplanen und haben oft nichts zu Essen. Außerdem hatten wir immer mit Kriminalisierung zu kämpfen. Deshalb wissen wir was es heißt, zu kämpfen." Aber die Aussagen Bolsonaros machen auch ihr Angst. Ob es Bolsonaro wirklich gelingen wird, die MTST als terroristische Vereinigung einzustufen, ist fraglich. Novik sagt: „Wir bewegen uns innerhalb des gesetzlichen Rahmens und treten für eine Sache ein, die in der Verfassung steht." In der Tat ist in der progressiven Verfassung von 1988 festgeschrieben, dass jede*r Brasilianer*in einen Anspruch auf Wohnraum hat. Die Verfassung schreibt auch vor, dass Eigentum, das keine soziale Funktion erfüllt, enteignet werden kann. Somit sind Besetzungen faktisch legal. „Doch der Staat macht seine Aufgaben nicht – deshalb besetzen wir", erklärt Novik.

Neben einer möglichen staatlichen Verfolgung machen sozialen Bewegungen derzeit insbesondere die Angriffe von Unterstützer*innen Bolsonaros zu schaffen. Mehrere Camps der Landlosenbewegung MST und von indigenen Gemeinden wurden angegriffen, Aktivist*innen bedroht, Linke und LGBTIQ* auf offener Straße ermordet. Es scheint als setzten Faschist*innen nun um, was Bolsonaro in seinen hasserfüllten Reden fordert. Unverhohlen hetzt er gegen alle Menschen, die in seinem reaktionären Weltbild als minderwertig gelten. Mehrfach hat er erklärt, politische Gegner im Falle eines Wahlsieges erschießen zu lassen.

Diese Forderungen stoßen in einer von Klassenhass und Rassismus geprägten Gesellschaft auf viele offene Ohren. Auch

Fotos Mídia NINJA







die bürgerlichen Kräfte haben dazu beigetragen, dass nun soziale Aktivist*innen im Fadenkreuz stehen. Seit vielen Jahren hetzt das konservative Establishment gegen soziale Bewegungen. Die großen Medienhäuser streuten schon vor der Ära der Fake News wilde Gerüchte über die als „Invasoren" gebrandmarkten Land- und Wohnungslosen. So setzte sich bei vielen Brasilianer*innen ein völlig verdrehtes Bild der angeblich „faulen, gewalttätigen und gesetzlosen" Aktivist*innen durch.

Aber: Viele Menschen in Brasilien besetzen ein Haus oder ein Stück Land, weil sie keine andere Wahl haben. Während Millionen von Häusern leer stehen, haben Millionen von Brasilianer*innen kein Dach über dem Kopf. Während Agrarmultis ganze Landstriche besitzen und das Agrobusiness den Lebensraum von Kleinbäuer*innen zerstört, haben Millionen von Landarbeiter*innen kein eigenes Land und leben unter äußerst prekären Bedingungen. Die sozialen Bewegungen sind eine Reaktion auf die unerträglichen Ungerechtigkeiten und das historische Erbe, das Brasilien nach Jahrhunderten der kolonialen Ausbeutung, Sklaverei und rechtem Autoritarismus mit sich schleppt.

Soziale Bewegungen haben in Brasilien Tradition: Nach dem Ende der Diktatur 1985 entstanden sie im ganzen Land. Die Gründung der Arbeiterpartei PT ist ohne sie nicht zu denken. Sie waren auch maßgeblich an der Erarbeitung der Verfassung im Jahr 1988 beteiligt. Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist dort festgeschrieben. Somit ist Bolsonaros Hexenjagd vor allem ein Angriff auf die Demokratie und der Ausdruck eines autoritären Staatsumbaus.

Ein Brasilien „wie vor 40, 50 Jahren" schwebe ihm vor, sagte Bolsonaro vor der Wahl. Zur Erinnerung: Zwischen 1964 und 1985 herrschte eine brutale Militärdiktatur. Tausende Oppositionelle mussten das Land verlassen, Hunderte wurden gefoltert und ermordet. Auch dem Ex-Militär Bolsonaro, der die Folterknechte der Diktatur als Vorbilder nennt, strebt ein Brasilien ohne Opposition auf der Straße an. Das Ziel: Eine rechtsautoritäre, umweltfeindliche und moralkonservative Wende, ohne Rücksicht auf die Rechte von Indigenen, Schwarzen, Homosexuellen und Frauen.

„Bolsonaros Präsidentschaft ist eine große Gefahr für die Zukunft Brasiliens und markiert einen Angriff auf unsere sozialen Rechte", meint Carla Vitoria. Die 27-Jährige ist beim „Weltmarsch der Frauen" aktiv, eine der größten feministischen Bewegungen Brasiliens. Gerade Frauen würden direkt von Bolsonaros wertkonservativer und neoliberaler Politik betroffen sein. Auch eine umstrittene Rentenreform, die der Rechtsaußenpolitiker mit oberster Priorität umsetzen will, werden vor allem Frauen zu spüren bekommen, meint Vitoria. Deshalb bekommt Bolsonaro von ihnen den stärksten Gegenwind: Viele Proteste und Online-Kampagnen werden von Frauen initiiert. Am 29. September folgten hunderttausende Brasilianer*innen dem Aufruf zu Massenprotesten im ganzen Land, zu denen feministische Gruppen aufgerufen hatten. Auch nach der Wahl reißen die Proteste nicht ab - im Netz und auf der Straße. Denn: Für Aktivist*innen von sozialen Bewegungen ist die Sichtbarkeit auf der Straße auch ein Schutz vor Verfolgung und Repression.

Die sozialen Bewegungen werden darauf angewiesen sein, dass Brasiliens demokratische Institutionen Bolsonaros Vorhaben einen Riegel vorschieben können. Leider sieht es nicht danach aus: Im Senat soll schon bald über eine Gesetzesänderung abgestimmt werden, durch die Proteste von sozialen Bewegungen künftig als „terroristische Akte" gewertet und mit bis zu 30 Jahren Haft bestraft werden können. Nicht Wenige rechnen damit, dass das Gesetz durchkommt. Viele Aktivist*innen sind sich sicher: Ein geplantes Verbot von sozialen Bewegungen wäre der erste Schritt in Richtung Diktatur.

Und wie geht es für den Aktivisten Kleinbäuerinnen-Bewegung MTC Ferreria weiter? „Wenn es nach mir ginge, würde ich auch in Brasilien sterben. Aber ich habe eine Frau und Tochter, deshalb spielt man schon mit dem Gedanken, zu fliehen." Kurz denkt er nach und sagt: „Aber ob ich nächstes Jahr noch am Leben bin, weiß ich sowieso nicht." •

ÖSTERREICH

Die braunen Kirschenpflücker und der Mörder

KARL ÖLLINGER

In Österreich wurden die besonderen Umstände, unter denen ein Häftling im April 2018 aus der Justizanstalt Garsten (Oberösterreich) nach einem Freigang abgetaucht ist, um sieben Wochen später auf einem Bauernhof in Sachsen-Anhalt von Zielfahndern aufgegriffen zu werden, bisher nicht wirklich öffentlich erörtert. Nur das Boulevard-Blatt „Kronenzeitung" gab mit der Meldung, dass der „Prostituiertenmörder" Gerhard S. beim „Kirschenpflücken" auf einem Neonazi-Bauernhof gesehen wurde, einen knappen Hinweis darauf, wohin die Reise tatsächlich ging.



Facebook-Solibanner für das Objekt 21 von Tino „Krafti" K.

Der Neonazi-Bauernhof, den die „Kronenzeitung" etwas ungenau in Sachsen verortete, liegt tatsächlich in Sachsen-Anhalt, und zwar in Görschen bei Naumburg. Ob der Bauernhof dort noch immer im Eigentum von Philip Tschentscher steht, der als „Reichstrunkenbold" widerliche antisemitische und neonazistische Liedchen trällert, ist unklar. Zwischendurch war Tschentschers bäuerliches Leben in Görschen dadurch gestört worden, dass er eine dreijährige Haftstrafe wegen NS-Wiederbetätigung und Verstoß gegen das Waffengesetz in Österreich verbüßen musste.

Wie einige seiner Neonazi-Freunde aus Deutschland war Tschentscher vorher auf einem Bauernhof in Österreich aktiv gewesen. Im nach der Hausnummer 21 im Ortsteil Windern in der Gemeinde Desselbrunn in Oberösterreich benannten „Objekt 21", haben österreichische Neonazis über mehrere Jahre hinweg einen Bauernhof als regionalen Stützpunkt und Rückzugsort genutzt.[1] Die Kirschen werden es aber wohl eher nicht gewesen sein, die Gerhard S. bis nach Görschen geführt haben. Warum aber landet ein Prostituiertenmörder, der nach über zwanzig Jahren Haft bei einem die Haftentlassung vorbereitenden Freigang in Oberösterreich abtaucht, auf einem Neonazi-Bauernhof in Sachsen-Anhalt? Dafür gibt es zwei denkbare Erklärungen:

Die eine knüpft an seiner Vergangenheit im Rotlicht-Milieu an. Im Dezember 1996 wurde Gerhard S. verhaftet, weil er verdächtigt wurde, die Prostituierte Petra K. im Auftrag ihres Zuhälters Georg W. äußerst brutal ermordet zu haben. Die „Kronenzeitung" schrieb am 31. August 1997 über die Tat: „Die Frau mußte sich im Keller eines Abbruchhauses niederknien, S.... setzte ihr einen Revolver am Genick an. Nach einem Fehlversuch drückte er ein zweites Mal ab".[2]

Gerhard S. und sein Auftraggeber Georg W. wurden in einem Geschworenenprozess in Jahr 1997 zu lebenslanger Haft verurteilt. Im Strafprozess kam kurz zur Sprache, dass Gerhard S. im Wiener Resselpark neben einer Schule eine Handgranate vergraben hatte. Ein Linzer, der in einem Wiener Park eine Handgranate vergräbt? Weshalb? Das wurde im Prozess ebenso wenig genauer beleuchtet wie der Umstand, dass sein Auftraggeber Georg W., der sich im Jahr 2001 in der Haft das Leben nahm, Kontakte zum Wiener Neonazi Gottfried Küssel hatte: „Fotos im Akt belegten seine Kontakte zu rechtsradikalen Kreisen. Sie zeigen den Waffennarren mit dem Neonazi Gottfried Küssel und bei Schießübungen vor einem Kleinkind"[3].

Viel wahrscheinlicher als irgendwelche denkbaren, aber diffusen Neonazi-Beziehungen aus den 1990er Jahren ist ohnehin die Erklärung, dass der Mörder aus dem



Screenshot Facebook

Gruppenbild in Görschen mit Tino „Krafti" K. (2. von rechts)

Rotlicht-Milieu in den letzten Jahren seiner Haft die Neonazi-Kameraden vom „Objekt 21" kennengelernt hat, die ebenfalls einige Erfahrung im Rotlicht-Milieu haben. Einige der Neonazis vom „Objekt 21" wurden nämlich, nachdem sie Anfang 2013 wegen ihrer kriminellen Aktivitäten aufgeflogen waren, in der Folge zu Haftstrafen wegen einer breiten Palette von Delikten verurteilt, die von Diebstahl, Raub, Körperverletzung, Erpressung, Drogen- und Waffenhandel, Brandstiftungen im Rotlicht-Milieu bis hin zur NS-Wiederbetätigung reichten. Unter den Verurteilten waren auch Neonazis aus Thüringen wie Steffen Mäder von der „Hausgemeinschaft Jonastal" (2014 zu drei Jahren Haft verurteilt) und Andreas P. aus Gotha, der „Mann fürs Grobe", der mit seinen Aussagen einige seiner Kameraden belastet hatte (verurteilt zu drei Jahren, neun Monaten und zwei Wochen Haft).

Aus polizeilichen Unterlagen ging hervor, dass Andreas P. noch während der Untersuchungshaft aus dem Kreis seiner ebenfalls inhaftierten Neonazi-Kameraden massiv bedroht und alternativ mit einem lukrativen Angebot zum Schweigen gebracht werden sollte.

Jürgen Windhofer, der eigentliche Chef von „Objekt 21", hatte schon während seiner Haft, die er zwischen 2010 und 2012 wegen NS-Wiederbetätigung im „Kampfverband Oberdonau" in der Justizanstalt Suben in Oberösterreich verbringen musste, aus der Zelle und bei Freigängen die kriminellen Aktivitäten von „Objekt 21" koordiniert und dafür Mithäftlinge begeistern können. Windhofer – das geht aus Aussagen von späteren „Objekt 21"-Aktivisten hervor – hat schon die alte Haftzeit für Bekehrungsversuche zur Neonazi-Ideologie genutzt und diese publizistisch über seine Facebook-Konten begleitet. Den Button „Freiheit für Wolle", also für den NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben, zeigte Windhofer zeitweilig auf seinem Facebook-Titelfoto.

Das „Objekt 21" entwickelte sich vor und während der Haftzeit Windhofers – gefördert durch dessen zahlreiche Freigänge – zu einem über die regionale Szene hinausreichenden Anlaufpunkt für Neonazis, wobei die kriminellen Komponenten bei den Aktivitäten des zunächst als „Kulturverein" gegründeten braunen Projekts zunehmend an Bedeutung gewannen.

Vor allem mit Steffen Mäder (Neonazi-„Hausgemeinschaft Jonastal" in Crawinkel) und Tino K. („Krafti") gab es rege Kontakte. Beide waren beispielsweise in diverse Aktivitäten von „Objekt 21" eingebunden – vom „Escort-Service" bis hin zu Einbrüchen und Brandanschlägen.

Gerhard S. tauchte im Frühjahr 2018 nach seinem heimlichen Abgang aus der Haftanstalt Garsten aber nicht in Thüringen auf einem Bauernhof auf, sondern in Sachsen-Anhalt. Das ist deshalb interessant, weil sich auch dort Neonazis von „Objekt 21" versammelt hatten. Ein Foto, das ein früherer „Objekt 21"-Aktivist aus Oberösterreich im Dezember 2017 auf Facebook veröffentlichte, zeigt eine fröhliche, aus Österreichern und Deutschen gemischte Neonazi-Runde – bei Tino K. auf dem Bauernhof in Görschen. Freilich kann das Foto schon älter sein – der Bauernhof ist jedoch derselbe, auf dem Gerhard S. die Kirschen pflückte.

Fast alle der verurteilten Aktivisten von „Objekt 21" sind mittlerweile aus der Haft entlassen worden, haben viel Freizeit und beschäftigen sich vermutlich mit ihren politischen und beruflichen Perspektiven. Kirschenpflücken wird nicht darunter sein •

Karl Öllinger ist Redakteur bei Stopptdierechten.at und war bis 2017 Abgeordneter der Grünen zum Nationalrat

1 Vgl. AIB Nr. 98 und Nr. 104 **2** Siehe: „Die Kronenzeitung: „Flucht bei Freigang – Prostituiertenmörder beim Kirschpflucken verhaftet" von Christoph Gantner, 26.06.2018. **3** Vgl. „Die Kronenzeitung" vom 31.8.1997

FRANKREICH

Der Prozess zum Mord an Clément Méric in Paris

ANTIFA PINNEBERG

Vom 4. bis zum 14. September diesen Jahres fand im Pariser Justizpalast der Prozess gegen die Mörder von Clément Méric statt. Vor über fünf Jahren, am 5. Juni 2013, wurde der 18-jährige Antifa-Aktivist und Gewerkschafter am Tage auf offener Straße von Neonazis angegriffen und ermordet. Über fünf Jahre warteten die Familie, Freund*innen und Genoss*innen von Clément auf einen Prozess gegen die Mörder und auf die Anerkennung des Mordes als politische Tat.

Schon am Vorabend des ersten Prozesstages versammelten sich hunderte Antifaschist*innen, Gewerkschafter*innen und Freund*innen zu einer Kundgebung in der Nähe des Justizpalastes, um Clément zu gedenken und auf den anstehenden Prozess aufmerksam zu machen. Zahlreiche Medienvertreter*innen kamen zur Kundgebung und führten dort Interviews. Am Ende gab es eine spontane Demonstration. Schon am frühen Morgen des 4. September 2018 trafen sich Freund*innen und Antifaschist*innen, die mit Clément politisch aktiv gewesen waren, am Justizpalast. Auch fanden sich zahlreiche Prozessbeobachter*innen und Medienvertreter*innen ein, um über den Prozess zu berichten.

Der Beginn verzögerte sich zunächst, da der Angeklagte Samuel Dufour nicht zum Prozess erschienen war. Seine Erklärung dafür war, im Zuge einer polizeilichen Überprüfung auf eine Wache gebracht worden zu sein. Der Faschist Serge Ayoub, der als Zeuge geladen war, hatte sich krank gemeldet. Da er jedoch weiterhin Interviews gab, zweifelte die Staatsanwaltschaft daran. In den Interviews, die von einigen Medien unkritisch verbreitet wurden, stellte Ayoub den Mord an Clément als einen Akt der Selbstverteidigung dar. Daneben mache er sich Sorgen um seine Sicherheit vor Gericht und befürchtete sinngemäß, sich gegen mögliche antifaschistische Angreifer verteidigen zu müssen, wobei es „wieder Tote geben könne". Insgesamt standen wegen des Mordes an Clément drei Personen vor Gericht. Samuel Dufour, Esteban Morillo und Alexandre Eyraud. Der vierte Täter, Stephane C., schaffte es, aus dem Verfahren wegen Mordes herausgehalten zu werden – ihm wurden nur noch Beleidigungen zur Last gelegt.

Schnell wurde klar, dass die Angeklagten versuchen würden, sich einen möglichst entpolitisierten Prozess zu erarbeiten. Alle erschienen vor Gericht in Hemd und Anzug – ihren klassischen „Neonazi-Skinhead"-Look hatten sie abgelegt. Esteban Morillo hatte sich noch kurz vor dem Prozess seine Nazi-Tattoos wie zum Beispiel die Parole: „travail, famille, patrie" („Arbeit, Familie, Vaterland") entfernen lassen. Ein Slogan, der vom französischen Vichy-Regime geprägt wurde, das im Zweiten Weltkrieg mit Nazi-Deutschland kollaboriert hatte.

Der Mord an Clément geschah in Tagen eines erstarkten Selbstbewusstseins vieler neonazistischer und gewaltbereiter Gruppierungen, die sich im Zuge der homophoben Mobilisierungen der politischen Rechten gegen die Ehe für alle neu formiert hatten. Die Angeklagten gehörten zu den mittlerweile verbotenen Neonazi-Organisationen „Troisieme Voie" (III. Weg) und „Jeunesses Nationalistes Révolutionnaires" (Nationalrevolutionäre Jugend). Anführer beider Gruppen war Serge Ayoub. Er ist Betreiber der im Süden von Paris gelegenen Bar „Le Local", einem bekannten Treffpunkt der extrem rechten Szene von Paris. Daneben gründete Ayoub den Motorradclub „MC Praetorians"[1], der vor allem durch die Organisation von Neonazi-Konzerten bekannt wurde. Schon in den 1980er Jahren war Ayoub im Raum Paris als Neonazi-Skinheadführer unter dem Namen „Batskin" aktiv. Er wird unter anderem mit einem rassistischen Giftmord sowie dem Mord an Hervé Rybarczyk, Musiker der Punk-Band Ashtones, in Lille in Verbindung gebracht.[2]

Esteban Morillo, der am Tattag von Samuel Dufour angerufen und dazu eingeladen wurde, die Gruppe um Clément anzugreifen, räumte vor Gericht zwei Schläge gegen Clément ein. Dufour und Morillo behaupteten übereinstimmend, sie mussten sich gegen die Antifaschist*innen verteidigen, die sie zuerst angegriffen hätten- sie selbst hätten aber keine Schlagringe benutzt.

Der Angeklagte Alexandre Eyraud gab an, er habe sich zwar mit einem Gürtel als Peitsche bewaffnet, aber niemanden geschlagen. Als er zu seiner politischen Einstellung befragt wurde, erklärte er, zwar Antikommunist aber kein Rassist zu sein. Der Anwalt der Familie von Clément stellte diese Aussage in Frage. Am Tag des Mordes trug Eyraud ein T-Shirt mit dem Aufdruck „100% pur race". Auf seine Tätowierung „1488" angesprochen, behauptete er nichts zur Bedeutung der Zahlen zu wissen. Insgesamt fiel im Prozess auf, dass alle Angeklagten nicht viel über ihre



Neonazi-Karrieren erzählen wollten. Auch zum Tathergang widersprachen sie sich vielfach. Doch gab es eine Textnachricht, in der Dufour von einem Angriff mit einem Schlagring berichtete. Nach der Tat wurden weitere Nachrichten zwischen den Angeklagten und Ayoub verschickt, in deren Inhalt es unzweifelhaft um den Angriff auf die Gruppe Antifaschist*innen um Clément ging. So wurde beispielsweise um Unterstützung dafür gebeten, um einen Ablageort für die mit Blut verschmutzte Kleidung der Täter zu finden. Vor Gericht wollte sich daran niemand mehr erinnern, genau so wenig wie an auf Facebook veröffentlichte Hitler-Zitate oder an Gespräche über Waffen. Letztlich erschien Serge Ayoub vor Gericht und wiederholte seine Thesen. Neben vielen Sachverständigen wurden auch die Eltern und die ehemaligen Freundinnen der Angeklagten befragt. Sie konnten keine sachdienlichen Hinweise zur Aufklärung geben und hatte große Gedächtnislücken. Die Freundin von Eyrault, Lydia Da F., erschien im „Skinhead-Look" vor Gericht, sagte aber aus, mit rechter Ideologie nichts mehr zu tun zu haben. Auf Facebook posiert sie nach wie vor mit T-Shirts aus der Neonazi-Szene. Der ganze Prozess wurde von zahlreichen Aktionen begleitet. In der Straße Rue Caumartin, in der Clément ermordet wurde, gab es eine Kundgebung und die Straße wurde symbolisch in „Rue Clément Méric„ umbenannt. Auf dem Pont du Carrousel, dem Ort, an dem Brahim Bouarram am 1. Mai 1995 am Rande der jährlich stattfindenden Demonstration des Front National von Neonazis gejagt, in die Seine geworfen wurde und dort ertrank, gab es eine Gedenkkundgebung für alle Betroffenen rechter Gewalt weltweit. So wurde unter anderem den von Neonazis ermordeten Antifaschisten Davide „Dax" Cesare († 16. März 2003 in Mailand/ Italien)[3], Carlos Javier Palomino († 11. November 2007 in Madrid/ Spanien)[4], Hervé Rybarczyk († 11. November 2011 in Lille / Frankreich) und Ivan Khutorskoy († 16. November 2009 in Moskau / Russland) gedacht. Auch an anderen Orten gab es Straßenumbenennungen. Den Höhepunkt bildete eine Demonstration am Tag des Urteils, bei der nicht nur Clément, sondern auch all denen gedacht wurde, die von rassistischen Kontrollen und Polizeigewalt in den Vorstädten betroffen sind.

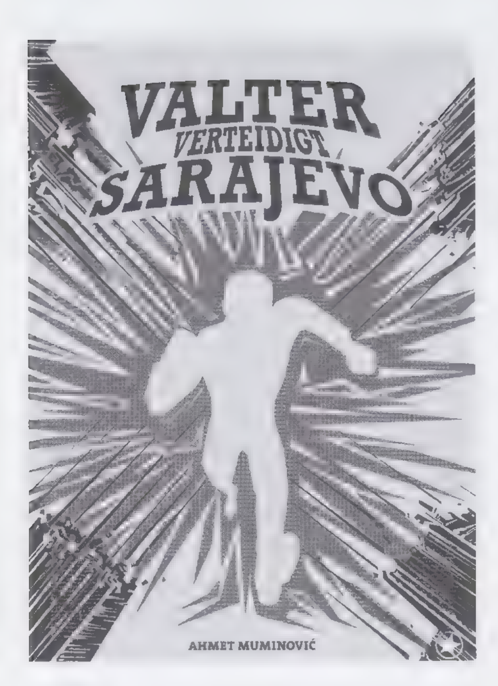
Vor Gericht konnten die Lügen der Neonazis, die teilweise auch durch die Medien verbreitet wurden, widerlegt werden. Der Angriff auf die Gruppe um Clément erfolgte nicht, um sich zu verteidigen, sondern allein deshalb, weil sie als Antifaschist*innen ausgemacht wurden. Auch wurde vom Gericht der Einsatz einer Waffe – eines Schlagrings – bestätigt. Esteban Morillo wurde zu elf Jahren, Samuel Dufour zu sieben Jahren Haft nach Artikel 222-7 des Französischen Strafgesetzbuchs wegen der Ausübung von Gewalt mit Todesfolge verurteilt, wobei der Umstand, dass eine Waffe eingesetzt wurde, sich strafschärfend auswirkte. Alexandre Eyraud wurde freigesprochen, weil ihm keine direkte Beteiligung an dem Angriff nachgewiesen werden konnte. Die Anwälte von Morillo und Dufour kündigten direkt nach der Urteilsverkündung an, in Berufung zu gehen. Am 7. November 2018 wurde Morillo, zur Verwunderung der Genoss*innen vor Ort, bis zum Berufungsprozess unter Auflagen aus der Haft entlassen, weil das Gericht davon ausging, dass keine Fluchtgefahr bestehe. Dufour befindet sich weiterhin in Haft. Wann es zu einer erneuten Verhandlung kommen wird, ist derzeit unklar.

Die Mutter von Clément kommentierte das Urteil mit den Worten: „Inhaftierung ist niemals ein Sieg. Was nötig ist, ist die Weiterführung des Kampfes gegen alles, was für die extreme Rechte eine Brutstätte ist." Dem können wir uns nur anschließen. Das würdigste Gedenken ist es, den antifaschistischen Kampf fortzusetzen. •

1 AIB Nr. 110 (1.2016) 2 AIB Nr. 115 (2.2017) 3 AIB Nr. 59 (1.2003) 4 AIB Nr. 85 (4.2009)

Ahmet Muminović:
Valter verteidigt Sarajevo

bahoe books
Hardcover mit Fadenbindung
14 Euro, 120 Seiten
ISBN: 978-3-903022-94-2



Vlamir Perić alias Valter war Partisan, Mitglied der Kommunistischen Partei Jugoslawiens und Sekretär der Kommunistischen Partei Sarajevos. 1919 im ehemaligen Jugoslawien geboren, kämpfte er ab 1941 gegen die Nazis, die im Zuge ihres Balkanfeldzuges Jugoslawien zur Kapitulation gezwungen hatten, die faschistische Ustascha und die königstreuen Tschetniks. Ab 1942 war Valter in Sarajevo stationiert. Dort sabotierte er gemeinsam mit anderen Untergrundkämpfer_innen Aktionen der Deutschen und ihrer KollaborateurInnen, unterstützte die Bewohner_innen und organisierte den Austausch von Genoss_innen aus den Konzentrationslagern Jasenovac und Stara Gradiška gegen gefangengenommene Deutsche.

In dieser Zeit spielt der Comic „Valter verteidigt Sarajevo". In sechs Episoden, die jeweils eine erfolgreiche Aktion gegen die Deutschen zeigen, erzählt der Comic, wie Valter und seine Mitstreiter auf kreative und mutige Weise die Pläne der Nazis vereiteln.

Der erstmals in den 1970er Jahren veröffentlichte jugoslawische Comic über den legendären Partisanen-Kommandanten des 1940 geborenen Zeichners Ahmet Muminović, erschien im Sommer auf deutsch bei bahoe books. Dabei erinnert der Comic nicht nur an die Person Valter und den Widerstand gegen die Nazis im ehemaligen Jugoslawien, sondern auch an die Kriegs- und Abenteuercomics der 1960er und 1970er Jahre. In schwarz-weiß gehaltenen Zeichnungen werden kantige, männliche Protagonisten gezeigt, die sich mit Fäusten und Waffen den Nazis entgegenstellen. Valter hat dabei im entscheidenden Moment immer die richtige Idee und den Mut, um seine Freunde zu beschützen und ein paar Nazis in den Tod zu schicken. Besonders die vielen in die Luft gejagten Nazis bleiben einem dabei im Gedächtnis. Stil und Erzählweise sind somit, ganz ihrem historisch-kulturellen Kontext verpflichtet, unterhaltsam bis komisch. Komisch dann, wenn die Nazis mal wieder gar nicht merken, wie die als Deutsche verkleideten Partisanen direkt vor ihrer Nase Maschinen sabotieren und Valter immer wieder als selbstloser Held die Situation meistert.

Die Stilisierung Valters als unfehlbarer Held ist nicht aus der Luft gegriffen. 1949 wurde der Partisan offiziell zum jugoslawischen Volkshelden erklärt. Während der Comic eine Erfolgsgeschichte erzählt, als Valter und seine Freunde einen Baukran der Deutschen zerstören, der enorm wichtig für die Reparatur der von anderen Partisanen zerstörten Bahngleise ist, stirbt der echte Valter im April 1945 durch eine Granate. Seine Beerdigung wurde von 15. 000 Menschen begleitet.

Neben Fotografien von dem Begräbnis werden die gezeichneten Bilder auch von Fotografien von Valter und seinen Genoss_innen ergänzt. Das Vorwort, das viele Informationen zur Person Vlamir Perić und den Ereignissen in Jugoslawien während des Zweiten Weltkriegs enthält sowie der Anhang rahmen den fiktionalen Comic und führen den Leser_innen vor Augen, dass sie es hier mit einer an die Historie angelehnten grafischen Erzählung zu tun haben. Die häufig doch pathetische Überhöhung Valters und seines unfehlbaren Heldentums, das zum Teil fast dem rhetorischen Mittel des Deus ex machina ähnelt, ist neben seiner realen Verehrung (es gibt Straßen, Bäckereien, ein Fahrradrennen, Filme und eine Biermarke, die sich auf Valter beziehen) auch auf den Stil und die Er-



zählweise der Comics der 1960er und 1970er Jahre zurückzuführen. Schade ist es dabei, dass im Comic nicht eine Partisanin vorkommt, obwohl auf den Fotografien Mitra Mitrović und andere Partisaninnen zu sehen sind.

Eindrucksvoll ist dagegen die Rezeptionsgeschichte des Comics. So ist er der erfolgreichste jugoslawische Comic und erfreut sich auch in China größter Beliebtheit, wo er über acht Millionen mal verkauft wurde. Die deutsche Erstauflage ermöglicht nun auch einem deutschsprachigen Publikum den Legenden von Valter zu folgen und einen Einblick in den eher unbekannten Widerstand im ehemaligen Jugoslawien zu bekommen. Wünschenswert wäre es, wenn es noch mehr Comics über den Widerstand gäbe, die auch anderen Beteiligten die verdiente Aufmerksamkeit zukommen lassen würden. •

Andreas Speit (Hg.)
Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten

18 Euro, 264 Seiten
Ch. Links Verlag
ISBN: 978-3-96289-008-7

Nachdem sich der ausgewiesene Fachautor Andreas Speit zuletzt bereits mit dem Buch „Bürgerliche Scharfmacher“ dem Netzwerk neurechter Strukturen ausgiebig widmete, legt er nun nach: Mit „Das Netzwerk der Identitären: Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten“ beleuchtet er konkret einen zentralen und medial wohl meist rezipierten Akteur in diesem Netzwerk. Dafür versammelt er unterschiedliche Expert_innen in einem Sammelband. Ziel soll es sein, ein „Handbuch mit Nachschlagecharakter“ zu bieten, weswegen auch ein Personen- und Organisationsregister sowie ein Literaturverzeichnis den Band am Ende vervollständigen.

Die ersten vier Texte verfasste Speit selbst. Darin zeichnet er unter anderem die Entstehung und Entwicklung der Identitären in Deutschland nach und widmet sich ihren Vordenkern und Vorbildern sowie den ideologischen Grundlagen. Mittels popkultureller Adaptionen, modischem Aussehen und subversiven Aktionen wollen sie ihre altbackenen Ideen von Konservativer Revolution, Ethnopluralismus und anderen antimodernistischen Konzepten attraktiv verpacken. Die Identitären sind kein Massenphänomen und wollen das auch nicht sein, so Speit. Dennoch geht von ihnen eine Gefahr aus, nämlich dadurch, „dass die politischen Aktivitäten der Identitären in einen wachsenden Resonanzraum fallen, den sie selbst weiter ausdehnen.“ Die Identitären isoliert zu betrachten, würde zu kurz greifen, vielmehr muss ihre Rolle im gesamten Spektrum der Neuen Rechten gesehen werden.

Um dem Handbuchcharakter Rechnung zu tragen, sind die Texte in „Das Netzwerk der Identitären“ so verfasst, dass sie auch unabhängig voneinander gelesen werden können. Stephanie Heide berichtet vom ersten Hausprojekt der Identitären in Halle, bei dem sich die IB-Regionalgruppe „Kontrakultur“ an den italienischen Faschisten von „Casa Pound“ orientiert. Andrea Röpke schreibt über die Verbindungen von der IB zu völkischen Familien. Johanna Sigl betrachtet Geschlechterkonstruktionen bei den Identitären, Kultur und Musik untersuchen David Begrich und Jan Raabe, Simone Rafael ihre Strategien im Internet.

Jean-Philipp Baeck betrachtet die personellen Überschneidungen und Verbindungen zwischen AfD und den Identitären, von denen sich die Partei offiziell weiterhin distanziert, obwohl von Einzelfällen schon lange nicht mehr gesprochen werden kann. Wird die AfD „mit den Fällen einer Zusammenarbeit konfrontiert, sind die Reaktionen meist ähnlich“: Selten wird ein Parteiausschluss versucht, in der Regel folgt eine Strategie der Leugnung, bei der man angeblich von den Aktivitäten nichts gewusst habe, oder das dies schon länger her sei oder eine Privatangelegenheit wäre. „Immer öfter folgt auf solche Abgrenzung dann ein Statement, in dem der Identitären Bewegung allerdings inhaltlich zugestimmt wird.“

Patrick Gensing untersucht die Wahrnehmung der Identitären durch die Medien und deren PR-Strategie. Dabei kommt er zu einem ambivalenten Ergebnis. Zwar sei es der IB in Ausnahmefällen gelungen, ihre Inszenierung unkritisch zu platzieren. Diese medialen Einzelerfolge sollten jedoch „nicht überblenden, dass sie bis heute nicht die Relevanz erreicht haben, um regelmäßig in Massenmedien zu gelangen.“ Durch ihre Medienstrategie, die Bildwirkung und ähnliches bewusst mitdenkt und einplant, bleiben sie für Journalist_innen in der Berichterstattung trotzdem eine „Herausforderung, die eine ständige Reflexion erfordert“ und bei der es darum geht, „die Identitären als rechtsextreme Kadergruppe zu entlarven und ihren Bildern die ikonische Wiedergabe zu verweigern.“

Besonders spannend ist auch der Beitrag von Hinnerk Berlekamp und Jan Opielka, die den Blick über den deutschsprachigen Tellerrand wagen und über die Bemühungen des identitären Strukturaufbaus in den verschiedenen Ländern Osteuropas berichten. Die Annahme, dass sich womöglich gerade in Ländern mit extrem rechten oder rechtspopulistischen Regierungsbeteiligungen entsprechende Strukturen besser ausbreiten können, entpuppt sich als Trugschluss. Vielmehr sehen sich Identitäre dort mit der Schwierigkeit konfrontiert, dass ihre Forderungen schon Regierungshandeln sind oder in nationalen Diskursen als viel zu weichgespült daherkommen und sie dadurch überflüssig sind. In vielen osteuropäischen Ländern existieren entsprechende Strukturen daher vor allem virtuell. •



Rückblick: Unser Freund „Thümi“ ist erschossen worden


Unser Freund Thymi ist erschossen worden

Erst einige Wochen ist es her, daß unser Freund Silvio ermordet wurde und daß drei Menschen in den Flammen faschistischer Mordbrenner umkamen.

Da kam die nächste Schreckens-Nachricht: In Leipzig wurde ein Antifaschist von einem wildgewordenen Pistolen»helden« aus der Halbwelt erschossen, weil er den Angriff auf ein besetzes Haus mit abwehren wollte. Die Umstände dieses Angriffs machen den Tod von Thymi noch sinnloser: Es handelte sich nicht – wie irrtümlich angenommen – um einen Naziangriff, sondern um eine unpolitische Auseinandersetzung wegen eines geklauten Autos. Für solche unpolitischen, sinnlosen Aktionen nutzten die betreffenden Besetzer das Haus als Ausgangsbasis. Für sowas mußte Thymi nun sterben.

Thymi war aktiver Antifaschist und schon lange dabei. Er war einer der vielen, die im Herbst 89 die DDR-Regierung stürzten und die dann mit ansehen mußten, wie das Land von neuen Herren über...

Wir trauern um Thymi und werden ihn nicht vergessen.

Berliner Freunde und Freundinnen

■ Vor 25 Jahren berichteten wir in der Ausgabe Nr. 21 über den Tod eines Freundes: „Thümi war aktiver Antifaschist und schon lange dabei. Er war einer der vielen, die im Herbst 1989 die DDR-Regierung stürzten und die dann mit ansehen mußten, wie das Land von neuen Herren übernommen wurde. Als im Frühjahr 1990 Leipziger Neonazis mit Hilfe aus dem Westen ihren Terror auf die Straße trugen, war Thümi meist mit dabei, sie in monatelangen Kämpfen wieder zurückzudrängen. Innerhalb der „Antifa Jugendfront“ und der „Edelweiß-Piraten“ arbeitete er mit an einer neuen antifaschistischen Jugendbewegung und dafür, daß Neonazis auch auf der kulturellen Ebene der Boden entzogen wurde. Er war mit dabei, wenn Angriffe auf Flüchtlinge oder besetzte Häuser abgewehrt werden mußten und auch, wenn dies in anderen Städten nötig war. Zu uns in Berlin hatte er enge Verbindungen. Es war für ihn selbstverständlich, daß er am 22. Dezember mit losging, als es hieß, die Leopoldstraße wird überfallen.“ Steffen „Thümi“ Thüm war im Leipziger Stadtteil Connewitz aktiv. Der Begriff des „Faschoalarms“ machte hier oft die Runde. Wenn ein Haus angegriffen wurde, eilten andere HausbesetzerInnen zur Verteidigung herbei. Als Thümi in der Dezembernacht 1992 helfen wollte, wurde er erschossen. Der 21-Jährige war damals auch Sprecher einer Hausbesetzerinitiative. Ganze Straßenzüge im Viertel standen leer und wurden ab 1990 in rascher Folge besetzt. Die Häuser waren das Ziel von Neonaziangriffen, polizeilichen Übergriffen und politischer Hetze. Die CDU-Fraktion der SVV Leipzig erklärte im August 1992: „Eine weitere Ausbreitung autonomen Hausbesetzerterrors bringt die Gefahr mit sich, daß der Stadtteil Connewitz zu einer Mischung aus Hafenstraße und Bronx verkommt.[1]“ Im November 1992 wurde ein 17-Jähriger in der Connewitzer Leopoldstraße durch eine Polizeibeamtin angeschossen, zuvor war ein Einsatz gegen zwei Jugendliche wegen Sachbeschädigung eskaliert. Es folgten heftige Ausschreitungen. Die Rechtsausleger der CDU / DSU der Stadt machten Druck zur Räumung der Häuser[2]. Der Präsident des sächsischen LKA Peter Raisch machte in der Presse Stimmung gegen „autonome linke Kräfte“ aus den Kreisen von „Sharp-Skins“, „Antifa“ und den „Edelweißpiraten“[3]. Ein Haus in der Leopoldstraße bewohnten damals auch Teenager mit Vorliebe für Autorennen mit gestohlenen Wagen – die „Crashkids“. Diese hatten Ende 1992 den Hausbesetzer_innen bereits zugesagt, mit den Rennen aufzuhören. In der Nacht von Thümis Tod kam ein Bewohner der Leopoldstraße in die Kulturfabrik ZORO und berichtete von einem Angriff. Ein Autobesitzer war mit einer Gruppe "Schläger aus dem Rotlicht-Milieu"[4] ins Viertel gekommen. Einige Freunde machten sich auf den Weg, schon an der nächsten Hausecke begannen die Angreifer zu schießen. Es ging offenbar nicht um Politik, sondern um einen 51.000 DM teuren Mazda eines Professors der Uniklinik und möglicherweise um den Inhalt des Kofferraums. Vermutet wurde eine Racheaktion, weil im Auto Drogen versteckt gewesen seien und die Diebe sich bedient hätten[5]. Anfang 1993 kommt es zu weiteren Angriffen auf besetzte Häuser von Personen aus dem „Autoklaugeschäft“, darunter laut Anwohner_innen „höchstwahrscheinlich Faschos“.[6] Szenekenner berichten seinerzeits vom Autoklauen als „Volksport der Volkstreuen“, eine lokale Szenegröße betrieb eine „Autoverwertung“[7] und es gab Szenekontakte zu Rockern der „Road Lions“. Bei den Gerichtsverhandlungen nach Thümis Tod durch mehrere Instanzen blieben die Vorgänge nebulös. Der Autobesitzer wurde vom Landgericht als Mittäter verurteilt. Der mutmaßliche Schütze, sein damaliger Schwiegersohn Gregor P., – der wie sein Mittäter Norman K. als „Türsteher“ bzw. „Zuhälter“ bezeichnet wurde – kam mit einer geringen Strafe davon. Die Motive der Angreifer – die sich bereits am Tag zuvor am 21. Dezember 1992 den unversehrten Mazda gewaltsam zurückgeholt hatten – blieben unklar. •

1 Anfrage der CDU-Fraktion an die Stadtverwaltung zur SVV am 26.8.1992, Manfred Heine (Vorsitzender)
2 DSU-Fraktion: Wiederherstellung von Recht und Ordnung in Connewitz (A 358/92), Wolf-Dietrich Rost (Stadtverordneter)
3 Markus Lesch: In Leipzig Furcht vor den „Edelweißpiraten“, Faksimile: Epi-Rundbrief Nr. 7, Februar 1993
4 Der Spiegel: Hausbesetzer: Sog der Freiheit, 27. November 1995
5 Morgenpost Dresden: Chronik eines Connewitzer Todes, 23. Dezember 2012
6 Broschüre „Vier Wochen Connewitz: Zu den Ereignissen vom 27./28. November 1992 und der Ermordung von Thümy“, 1993: S.25
7 Broschüre „Leipzig ganz rechts“, 1995: S. 57

KONTAKT
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/Antifaschistisches Infoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
0DEA A79A 9738 7F2B 5245 62BF
8DC1 51B9 9FAE 15B1

IMPRESSUM
Antifaschistisches Infoblatt
32. Jahrgang
Nummer 121 | 4.2018

Preis: 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Herausgeber: AIB e.V.
Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P.: Ulrike Müller (Adresse s.o.)

Konto AIB
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Abonniert
das Antifaschistische Infoblatt

ABOKONDITIONEN

Preise*

• 5 Ausgaben im Abonnement	17,50 Euro
• 10 Ausgaben im Abonnement	35,00 Euro

Weiterverkauf

• ab 3 Exemplaren je	3,50 Euro
• ab 5 Exemplaren	20 % Rabatt
• ab 50 Exemplaren	25 % Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich **widerrufen** werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse, Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 120

TITEL
Chemnitz — Der Mob und seine Akteure

Schwerpunkt
Das Ende des NSU-Prozesses

NS-Szene
Heidenau im Rückblick

Geschichte
Lichtenhagen im Gedächtnis



AIB 119

TITEL
Österreich

NS-SZENE
Top oder Flop? Neonazistische Großkonzerte

Antifa
Antifaschistische Spaziergänge in Japan

Repression
Terrorvorwurf gegen Antira-Aktivist_innen

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe ☐
für 5 ☐ 10 ☐ Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle ☐ Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

☐

Datum, Unterschrift

Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin